



Plenarprotokoll

57. Sitzung

Mittwoch, 9. Mai 2007

Aktuelle Stunde	4074	Verfassungsschutzbericht 2006	4085
Steuerentwicklung - Raum für Mehrausgaben des Landes?	4074	Bericht der Landesregierung Drucksache 16/1358	
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN		Dr. Ralf Stegner, Innenminister.....	4085
Karl-Martin Hentschel [BÜND- NIS 90/DIE GRÜNEN].....	4074	Peter Lehnert [CDU].....	4087
Dr. Johann Wadephul [CDU].....	4075	Thomas Rother [SPD].....	4088
Lothar Hay [SPD].....	4076	Wolfgang Kubicki [FDP].....	4090
Wolfgang Kubicki [FDP].....	4077, 4083	Karl-Martin Hentschel [BÜND- NIS 90/DIE GRÜNEN].....	4091
Anke Spoorendonk [SSW].....	4079, 4084	Anke Spoorendonk [SSW].....	4092
Rainer Wiegard, Finanzminister.....	4080	Beschluss: Überweisung an den In- nen- und Rechtsausschuss zur ab- schließenden Beratung.....	4093
Frank Sauter [CDU].....	4082		
Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	4082		

Schleswig-Holstein in Europa: Europapolitische Schwerpunkte der Landesregierung 2007 - Euro- pabericht 2007	4094	Anke Spoorendonk [SSW].....	4112
Bericht der Landesregierung Drucksache 16/1214		Dr. Ralf Stegner, Innenminister.....	4113
Uwe Döring, Minister für Justiz, Arbeit und Europa.....	4094	Beschluss: Überweisung an den In- nen- und Rechtsausschuss.....	4114
Manfred Ritzek [CDU].....	4095	Länge der Wahlperiode für Kreis- tagsabgeordnete	4114
Rolf Fischer [SPD].....	4096, 4101	Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 16/1373	
Dr. Ekkehard Klug [FDP].....	4098	Dr. Ralf Stegner, Innenminister.....	4115, 4120
Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	4099	Günther Hildebrand [FDP].....	4115
Anke Spoorendonk [SSW].....	4100, 4102	Werner Kalinka [CDU].....	4116, 4122
Beschluss: Überweisung an den Europaausschuss zur abschließen- den Beratung.....	4102	Klaus-Peter Puls [SPD].....	4117
Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung wahlrecht- licher Vorschriften	4102	Karl-Martin Hentschel [BÜND- NIS 90/DIE GRÜNEN].....	4118
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/1154		Anke Spoorendonk [SSW].....	4118, 4120
Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses Drucksache 16/1369		Wolfgang Kubicki [FDP].....	4119
Werner Kalinka [CDU], Bericht- erstatter.....	4102	Dr. Johann Wadephul [CDU].....	4121
Werner Kalinka [CDU].....	4102	Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	4123
Klaus-Peter Puls [SPD].....	4103	Beschluss: Durch Berichterstattung der Landesregierung für erledigt erklärt.....	4123
Wolfgang Kubicki [FDP].....	4104	Antrag der Volksinitiative gegen die Zusammenlegung von Kreisen ohne deren Zustimmung	4123
Karl-Martin Hentschel [BÜND- NIS 90/DIE GRÜNEN].....	4105	Drucksache 16/1147	
Anke Spoorendonk [SSW].....	4105	Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses Drucksache 16/1348	
Dr. Ralf Stegner, Innenminister.....	4106	Werner Kalinka [CDU], Bericht- erstatter.....	4123
Beschluss: Verabschiedung des Ge- setzentwurfs der Landesregierung in der Fassung der Drucksache 16/1369.....	4107	Werner Kalinka [CDU].....	4124
Dopingbekämpfung im Sport	4107	Klaus-Peter Puls [SPD].....	4124
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/1297		Wolfgang Kubicki [FDP].....	4124
Karl-Martin Hentschel [BÜND- NIS 90/DIE GRÜNEN].....	4107	Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	4125
Niclas Herbst [CDU].....	4108	Anke Spoorendonk [SSW].....	4127
Jürgen Weber [SPD].....	4110	Dr. Ralf Stegner, Innenminister.....	4128
Dr. Heiner Garg [FDP].....	4111	Beschluss: 1. Annahme der Be- schlussempfehlung Drucksache 16/1348 2. Überweisung des An- trages Drucksache 16/1147 an den Innen- und Rechtsausschuss und den Petitionsausschuss.....	4129

**Bericht des Unabhängigen Landes-
zentrums für den Datenschutz
Schleswig-Holstein - Tätigkeitsbe-
richt 2007.....** 4129

Drucksache 16/1250

Ursula Sassen [CDU].....	4129
Thomas Rother [SPD].....	4130
Wolfgang Kubicki [FDP].....	4131
Karl-Martin Hentschel [BÜND- NIS 90/DIE GRÜNEN].....	4133, 4136
Anke Spoorendonk [SSW].....	4134
Dr. Ralf Stegner, Innenminister.....	4135, 4136

Beschluss: Überweisung des Berichts
Drucksache 16/1250 an den In-
nen- und Rechtsausschuss und alle
übrigen Ausschüsse zur abschlie-
ßenden Beratung..... 4137

* * * *

Regierungsbank:

Peter Harry Carstensen, Ministerpräsident

Ute Erdsiek-Rave, Stellvertreterin des Minis-
terpräsidenten und Ministerin für Bildung und
Frauen

Uwe Döring, Minister für Justiz, Arbeit und
Europa

Dr. Ralf Stegner, Innenminister

Dr. Christian von Boetticher, Minister für
Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume

Rainer Wiegard, Finanzminister

Dietrich Austermann, Minister für Wissen-
schaft, Wirtschaft und Verkehr

Dr. Gitta Trauernicht, Ministerin für Soziales,
Gesundheit, Familie, Jugend und Senioren

* * * *

Beginn: 10:01 Uhr

Präsident Martin Kayenburg:

Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 22. Ta-
gung des Schleswig-Holsteinischen Landtages. Das
Haus ist ordnungsgemäß einberufen und be-
schlussfähig. Erkrankt sind die Abgeordneten Mo-
nika Schwalm und Bernd Schröder. - Ich wünsche
beiden von dieser Stelle aus gute Besserung.

(Beifall)

Wegen auswärtiger Verpflichtungen war heute Herr
Minister Austermann abgemeldet. Ich sehe ihn aber
hier. Da Sie abgemeldet sind, sind Sie damit trotz-
dem entschuldigt.

(Heiterkeit)

Meine Damen und Herren, während unserer heuti-
gen Tagung blicken wir auf ein besonderes Datum
in der Geschichte unseres Landes zurück. Vor
60 Jahren trat der erste gewählte Landtag zusam-
men. Aus diesem Anlass findet heute um 12 Uhr im
Plenarsaal eine Feierstunde statt, in der unser Bun-
destagspräsident Dr. Lammert Festredner sein wird.

Meine Damen und Herren, ich habe Ihnen eine
Aufstellung der im Ältestenrat vereinbarten Rede-
zeiten übermittelt. Der Ältestenrat hat sich verständ-
igt, die Tagesordnung in der ausgedruckten Rei-
henfolge mit folgenden Maßgaben zu behandeln:
Zu den Tagesordnungspunkten 2 bis 4, 6, 7, 9, 18,
20 bis 22, 24, 28, 30 und 31 sowie 33 bis 36 ist eine
Aussprache nicht geplant. Zur gemeinsamen Ber-
atung vorgesehen sind die Tagesordnungspunkte 26
und 37, „Neubau von Kohlekraftwerken in Schles-
wig-Holstein verhindern“ und „Veräußerung eines
Grundstücks in Brunsbüttel“. Von der Tagesord-
nung abgesetzt werden sollen die Tagesordnungs-
punkte 12, Entwurf eines Gesetzes zur Änderung
des Denkmalschutzgesetzes, und 13, Betreuung in
Schleswig-Holstein, sowie 14, Strafvollzug in
Schleswig-Holstein. Anträge zu einer Fragestunde
liegen nicht vor.

Wann die weiteren Tagesordnungspunkte voraus-
sichtlich aufgerufen werden, ergibt sich aus der Ih-
nen vorliegenden Übersicht über die Reihenfolge
der Beratung der 22. Tagung. Wir werden heute
und morgen unter Einschluss einer zweistündigen
Mittagspause jeweils längstens bis 18 Uhr tagen.
Am Freitag ist ein Ende der Sitzung spätestens ge-
gen 14 Uhr zu erwarten. Eine Mittagspause ist da-
her am Freitag nicht vorgesehen. - Ich höre keinen
Widerspruch, dann werden wir so verfahren.

Bevor wir allerdings in die Tagesordnung eintreten,
gratuliere ich den Kolleginnen Anna Schlosser-Kei-

(Präsident Martin Kayenburg)

chel und Astrid Höfs ganz herzlich zu ihrem heutigen Geburtstag. - Herzlichen Glückwunsch, alles Gute!

(Beifall)

Wir wünschen Ihnen vor allem viel Gesundheit und uns eine weitere gute Zusammenarbeit mit Ihnen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich darf nunmehr auf der Tribüne sehr herzlich die Kameraden der Feuerwehr Tinnum auf Sylt und Schülerinnen und Schüler mit ihren Lehrkräften der Schule Pellworm sowie der Berthold-Brecht Realschule aus Büdelsdorf begrüßen. - Seien Sie uns alle sehr herzlich willkommen!

(Beifall)

Ein weiterer Willkommensgruß gilt unseren früheren Kollegen Herrn Johna und Herrn Behm.

(Beifall)

Ich rufe nunmehr den Tagesordnungspunkt 1 auf:

Aktuelle Stunde**Steuerentwicklung - Raum für Mehrausgaben des Landes?**

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Ich erteile dem Fraktionsvorsitzenden der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Herrn Karl-Martin Hentschel, das Wort.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die erstaunlichen Äußerungen des Innenministers zum 1. Mai und die panischen Reaktionen des Koalitionspartners darauf sind der Höhepunkt einer Entwicklung, die sich schon seit einigen Monaten anbahnt. Nach der Verabschiedung des Schulgesetzes gab es empörte Aufschreie an der CDU-Basis und anschließend verschickte die kommunalpolitische Vereinigung sogar Strategiepapiere, wie die Umsetzung des Gesetzes vor Ort boykottiert werden kann.

Bei der Verwaltungsreform liegt zwei Jahre - zwei Jahre! - nach Beginn dieser Regierung immer noch kein Konzept vor, welche Aufgaben auf welcher Ebene erledigt werden sollen. Aber die Basis der CDU organisiert schon einmal lustig einen Volksentscheid gegen die eigene Regierung.

Bei der Sanierung des Landeshaushaltes ist die Landesregierung stecken geblieben. Großmundig wurde verkündet, es sollten 300 Millionen € einge-

spart werden, davon sollte ein Drittel aus den eigenen Bereichen erwirtschaftet werden. Tatsächlich haben Sie nur die Gehälter der Beamten angefasst und den Kommunen Geld weggenommen, den Kommunen, die das Geld nach Jahren der Einnahmeausfälle dringend gebraucht hätten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der FDP)

Der moderate Stellenabbau von 200 Stellen unter Rot-Grün jährlich ist seit Antritt dieser Landesregierung einfach zum Stillstand gekommen. Die Neuverschuldung liegt immer bei noch fast 1 Milliarde € und der Finanzminister hangelt sich von Flop eins zu Flop zwei.

Und in dieser Situation kommt der Innenminister auf die Idee, geht zum 1. Mai und fordert Extrageschenke für die Beamten. Der Wirtschaftsminister lässt sich natürlich nicht lumpen und fordert noch einmal zusätzliche Steuersenkungen in Milliardenhöhe.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Sehr gut!)

Meine Damen und Herren, diese Landesregierung braucht dringend eine Diskussion über sachliche Themen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Lachen bei der CDU)

Holen Sie sich Nachhilfe beim Vorsitzenden des Finanzausschusses Neugebauer.

(Zurufe von CDU und SPD: Hui!)

Der hat sehr deutlich gesagt: Selbst wenn die **Einnahmen** noch so gut fließen, wird diese Landesregierung auch in diesem Jahr erneut bei der **Neuverschuldung** die **Verfassungsgrenze** reißen. Es gibt keine Verteilungsspielräume. - Und da hat er recht.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Frauke Tengler [CDU]: Und was sagt der Finanzminister?)

Aber der Innenminister hat offensichtlich gar nichts dergleichen vorgehabt. Wie man in der Zeitung lesen konnte, hatte er nur den Verdacht, dass der Koalitionspartner auch mit solchen Plänen kommen könnte. Wenn das stimmt,

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das stimmt, ja!)

dann ist das der Wettlauf der Verantwortungslosigkeit in dieser Regierung.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Wolfgang Kubicki [FDP]: Und das von den Grünen!)

(Karl-Martin Hentschel)

Ich habe nichts gegen sachliche Diskussionen. Wir brauchen sie über Klimapolitik, über Innenpolitik, über Umweltpolitik, über die Verkehrspolitik und auch über das, was Sie neulich angerichtet haben, Herr Austermann. Wir brauchen dringend eine Diskussion darüber, wie die Bildungsreform finanziert werden soll, wie die Kindergärten finanziert werden sollen, wie die Kinderkrippen finanziert werden sollen. Aber was diese Landesregierung seit Monaten hier vorexerziert, hat mit einer sachlichen Debatte nichts mehr zu tun.

Herr Ministerpräsident, in dieser Landesregierung weiß niemand mehr, wer tut was, aber alle wissen, wer schuld ist, nämlich immer der andere.

Wenn es in einer Firma oder einem Konzern Kompetenzgerangel gibt, wenn es ständige Blockaden gibt, wenn es keine organisierten, strukturierten Entscheidungsprozesse mehr gibt, dann ist das nicht das Problem der Abteilungsleiter, dann ist das das Problem des Vorstandsvorsitzenden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das gilt für Siemens und das gilt auch für Schleswig-Holstein. Man kann es auch landestypisch ausdrücken: Der Fisch stinkt immer vom Kopf.

Herr Ministerpräsident, da reicht es nicht, wenn Sie ab und zu einmal einen Koalitionsausschuss einberufen und Formeln beschließen. Es reicht überhaupt nicht, wenn Sie Drachenboot fahren oder Seine Heiligkeit besuchen, um die Landesseiten der Zeitung zu füllen.

Es gibt kein gemeinsames Projekt, das diese Landesregierung noch zusammenhält und ihre Existenz rechtfertigt. Der Ministerpräsident hat das Steuer der Regierung längst aus der Hand verloren und die Minister zerfleischen sich abwechselnd auf den Ruderbänken. Herr Ministerpräsident, das Niveau dieser Landesregierung ist dieses Landes nicht würdig. Machen Sie einen ehrlichen Schnitt,

(Lachen bei der CDU)

machen Sie den Weg für Neuwahlen frei, damit das Land endlich wieder eine handlungsfähige Regierung bekommt!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Martin Kayenburg:

Für die Fraktion der CDU erteile ich deren Fraktionsvorsitzenden, Herrn Abgeordneten Dr. Johann Wadepful, das Wort.

Dr. Johann Wadepful [CDU]:

Herr Landtagspräsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Herr Kollege Hentschel, es ist natürlich Pech, wenn eine Aktuelle Stunde ihre Aktualität verloren hat.

(Beifall bei CDU und SPD)

Man kann natürlich das eigene Dilemma dadurch vergrößern, indem man hier einen Wortbeitrag abliefern, bei dem sich das ganze Haus fragt: Was wollte uns der Redner damit eigentlich sagen?

(Beifall bei CDU, SPD und FDP)

Wir haben gleich Zeit, ein bisschen über Parlamentarismus und Schleswig-Holstein nachzudenken. Kollege Kubicki hat gleich noch seinen Aufschlag - -

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Schlechter kann ich nicht sein! - Beifall bei CDU und FDP)

- Wie es sich für eine Regierungskoalition gehört, warten wir mit der entsprechenden Demut auf den Beitrag des Kollegen Kubicki.

Nach 60 Jahren Schleswig-Holstein muss ich allerdings feststellen: So eine Opposition hat das Land nicht verdient, Herr Hentschel. Das war kein Beitrag, der uns weitergeführt hätte.

(Beifall bei CDU und SPD)

Natürlich müssen wir in dieser Lage darüber nachdenken, was wir mit **möglichen Steuermehreinnahmen** machen, mit denen wir nicht haben rechnen können. Das Allererste, was mir dazu einfällt, ist,

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Kinderkrippen!)

dass wir uns darüber freuen, dass es Steuermehreinnahmen gibt. Sie sind nämlich nicht vom Himmel gefallen, sondern sie sind das Ergebnis von Politik.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wessen Politik? - Detlef Mattiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Welche Gesetze haben Sie denn beschlossen, die dazu beigetragen haben?)

Ich will es Ihnen ganz offen sagen, wer zu diesem Ergebnis beigetragen hat. Ich habe kürzlich im ZDF ein Interview mit dem Chefvolkswirt der Deutschen Bank, Herrn Professor Walter, gesehen. Er hat gesagt, dass das momentane Wirtschaftswachstum viele Mütter und Väter hat. Er hat gesagt - das möchte ich in diesem Hause durchaus sagen -, dass die letzten Reformen, die von Rot-Grün auf Bundesebene mit angestoßen wurden - beispielsweise Hartz IV -, auch einen Beitrag dazu geleistet haben.

(Dr. Johann Wadephul)

Das gehört zur Wahrheit mit dazu, genauso wie die erfolgreiche Politik, die die Großen Koalitionen in Berlin und Kiel machen.

Mit irgendwelchen dummen Bemerkungen zur Verkehrspolitik von Herrn Austermann kommen wir an der Stelle nicht weiter. Wir kommen nur mit einer Politik weiter, die die Grundlagen für Wachstum und Beschäftigung liefert. Insofern sind wir gerade in der Verkehrspolitik mehr als froh, dass die grünen Bremser nicht mehr in der Regierung hier in Kiel vertreten sind und dass grüne Bundestagsabgeordnete wie Herr Steenblock in Berlin nicht mehr die Chance haben, die wichtigen Verkehrsprojekte für dieses Land zu stoppen. Wir haben endlich eine klare Politik, die auf **Wachstum und Beschäftigung** ausgerichtet ist und den Vorrang für Arbeitsplätze unterstreicht. Das ist das einzig Richtige, was wir an dieser Stelle machen können.

(Beifall bei CDU und SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn es Steuermehreinnahmen gibt - in der Tat sieht es so aus, aber selbst der Finanzminister hat noch keine genauen Zahlen -, werden wir sehen müssen, was wir mit ihnen machen können. Dazu gibt es im Koalitionsvertrag und in einer Entschließung, die im Rahmen der Haushaltsberatungen getroffen wurde, klare Festlegungen. Ich darf an dieser Stelle den Koalitionsvertrag zitieren. Da heißt es:

„Mehreinnahmen bei Steuern und Minder Ausgaben durch Ergebnisse der Verwaltungsreformen werden für Investitionen in Wachstum für mehr Beschäftigung, die Senkung der Neuverschuldung und für mehr bessere Bildung verwendet.“

So werden wir vorgehen, meine Damen und Herren. Unsere allererste Aufgabe in dieser finanzpolitischen Situation besteht darin, dafür zu sorgen, dass die Erblast für die Kinder und Enkelkinder geringer wird. Dort muss das Geld eingesetzt werden und dafür setzen wir uns ein. So wird es auch kommen.

(Beifall bei CDU und SPD)

Dass das kein einfacher Weg ist, wissen wir. Dass es kein Weg ist, auf dem man jeden Tag von Applaus begleitet wird, wissen wir auch. Dass das ein Weg ist, auf dem wir uns viel Unterstützung der Opposition wünschen, wissen wir auch.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Haben wir doch!)

Herr Kubicki, ich erinnere an Ihre letzten Haushaltsanträge im vergangenen Dezember. Darin haben Sie eigentlich Mehrausgaben gewollt.

(Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Nein!)

Sie haben unsere Sparvorschläge nicht mitgetragen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das ist auch in Ordnung so!)

Wenn sich das jetzt ändern sollte

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Nein!)

und Sie heute hier im Haus erklären, dass Sie unsere mutigen Sparbeschlüsse mittragen, dann muss ich einräumen, dass sich bei diesem Teil der Opposition ein deutlicher Erkenntnisgewinn bemerkbar macht, den wir nur unterstützen können.

Allerdings, meine Damen und Herren, kommen wir an der Analyse von Professor Seitz nicht vorbei. Er hat gesagt:

„Die schwere finanzielle Schiefelage des Landeshaushalts in Schleswig-Holstein erfordert mehr als einen finanzpolitischen Konsolidierungskurs. Notwendig ist, dass die Politikverantwortlichen im Land einen Paradigma-beziehungsweise Philosophiewechsel vornehmen und mit der Mentalität der letzten drei Dekaden, der Lösung der Probleme auszuweichen, brechen.“

Meine Damen und Herren, zu einem solchen Mentalitätswechsel gibt es überhaupt keine Alternative. Wir müssen und werden unseren **Konsolidierungskurs** energisch fortsetzen. Der Finanzminister und das gesamte Kabinett haben die geschlossene Unterstützung meiner Fraktion und ich bin sehr froh, dass die SPD-Fraktion in einem gestrigen Beschluss diesen Kurs eindeutig unterstützt. Wir machen weiter beim Sparen. Denn alles andere wäre gegenüber nachfolgenden Generationen unverantwortlich.

(Beifall bei CDU und SPD)

Präsident Martin Kayenburg:

Für die Fraktion der SPD erteile ich deren Vorsitzenden, Herrn Abgeordneten Lothar Hay, das Wort.

Lothar Hay [SPD]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gestatten Sie mir zunächst einige Vorbemerkungen. - Es geht nicht darum, ob wir in einer Großen oder kleinen Koalition das Land Schleswig-Holstein regieren. Meine Erfahrungen sagen mir: Es wird immer unterschiedliche Auffassungen geben. Denn meistens sind mindestens zwei Parteien an einer Koalition beteiligt.

(Lothar Hay)

Dass es Streit und Differenzen gibt, ist nichts Neues, Herr Kollege Hentschel. Ich kann mich an viele Differenzen erinnern, die wir beide miteinander hatten. Diese haben sicherlich nicht immer das Licht der Öffentlichkeit erblickt, aber auch das ist nichts Verwunderliches. Ich möchte ein mongolisches Sprichwort zitieren: Nicht jeder Streit führt zur Trennung.

Nach einem Streit muss man sich zusammensetzen und schauen, was falsch gelaufen ist. Das haben wir gemacht und so haben wir den Weg nach vorn gefunden.

(Beifall bei der SPD)

Eine weitere Bemerkung. Bestimmte Forderungen nach Neuwahlen erinnern mich an pawlowsche Reflexe einzelner Oppositionskräfte. Diese gehören zum Ritual. Man sollte dieses Ritual einmal abstellen. Man sollte vielmehr einen neuen Reflex einführen, der beinhaltet, Alternativen zur Regierungspolitik zu entwickeln.

(Beifall bei der SPD)

Nun zum eigentlichen Thema. - Zur **Haushaltskonsolidierung** gibt es keine Alternative. Die Fraktionen von CDU und SPD haben sich darauf verständigt - und zwar schon seit Längerem und wiederholt -, die Nettoneuverschuldung bis 2010 zu halbieren. Die zusätzlichen Einnahmen, die wir am Horizont erwarten, werden wir in erster Linie für den Abbau der Neuverschuldung nutzen. Warum? - Schleswig-Holstein hat einen Schuldenberg von 22 Milliarden €. Wir nehmen nicht so viel Geld ein, wie wir ausgeben.

Um das Ganze mal mit einigen Zahlen zu unterfüttern: Wir borgen uns zurzeit am Kreditmarkt 2007 4,33 Milliarden €. Wir zahlen 3,5 Milliarden € für Zinsen und Tilgung. Im Jahre 2008 nehmen wir 3,82 Milliarden € an Krediten auf und zahlen 3,6 Milliarden € an Zinsen und Tilgung. Diese Zahlen sind so beeindruckend, dass wir keine Alternative zu dem haben, was die Koalitionsfraktionen mehrfach beschlossen haben. Wir sind der kommenden Generation und unserer Enkelgeneration gegenüber dafür verantwortlich, dass wir ihnen ein Land mit einem Finanzvolumen hinterlassen, das es ihnen ermöglicht, Politik in den wesentlichen Feldern Arbeitsmarkt, Bildung und Umwelt gestalten zu können. Wir wollen unseren Kindern und Enkelkindern ein solides Land Schleswig-Holstein hinterlassen.

(Beifall bei SPD und CDU)

Die Wirtschaftsinstitute sagen, dass der nun beginnende Aufschwung noch einige Jahre anhält. Da ist

mir ein Schweizer Sprichwort eingefallen: Vertraue nicht einer Prognose. Sorge für die Vorsorge. - Das ist aus meiner Sicht wichtig. Das ist der konservative Ansatz des Finanzministers, den ich immer unterstützt habe: Vertraue nicht den Prognosen. Betreibe lieber Vorsorge.

(Beifall bei SPD und CDU)

Wir wissen doch ganz genau, dass dieser Aufschwung irgendwann wieder zu einem Abschwung werden kann, und deshalb muss man **Vorsorge** treffen. Das war unter anderem ein Ansatz des Stabilitätsgesetzes der 60er-Jahre, das von Karl Schiller wesentlich mit beeinflusst wurde.

Ein Punkt, der in der Debatte bisher keine Rolle gespielt hat, ist das Thema **Unternehmensteuerreform**. Ich gehe davon aus, dass die Unternehmensteuerreform 2008 kommen wird. Sie wird dem Land Schleswig-Holstein kurzfristig gewaltige Mindereinnahmen bringen. Mittelfristig soll sie ja kostenneutral sein. Aber erst einmal muss die öffentliche Hand Einnahmeausfälle von 7 Milliarden € verkraften. Das müssen wir im Hinterkopf haben, wenn wir über Mehrausgaben diskutieren.

(Vereinzelter Beifall bei SPD und CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie mich zum Schluss kommen. Zur Haushaltskonsolidierung gibt es keine Alternative. Steuereinnahmen müssen genutzt werden, um die Neuverschuldung zu reduzieren. Unser Ziel muss es sein, möglichst schnell auf die Neuaufnahme von Krediten zu verzichten. Die Koalitionsfraktionen werden sich über die Bereiche unterhalten, in denen wir eine Nachjustierung vornehmen müssen, im Bildungsbereich, beim Thema, wie wir möglichst viele Betreuungsangebote für Kinder und Jugendliche schaffen. Wir gucken, was wir machen können, aber zur Haushaltskonsolidierung, zum Abbau von Schulden gibt es keine Alternative. Ich wäre dankbar, wenn das mit großer Mehrheit im Haus getragen würde.

(Beifall bei SPD und CDU)

Präsident Martin Kayenburg:

Für die Fraktion der FDP erteile ich dem Oppositionsführer, Herrn Abgeordneten Wolfgang Kubicki, das Wort.

(Holger Astrup [SPD]: Mal sehen, ob er wirklich besser ist!)

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Kollege Astrup, ich nehme an, dass die

(Wolfgang Kubicki)

Mitglieder des Hohen Hauses festgestellt haben, dass die FDP-Fraktion weder den Antrag auf Durchführung einer Aktuellen Stunde gestellt hat noch dass es aus meiner Fraktion Äußerungen zur Frage von Neuwahlen oder sonstigen Dingen gegeben hat.

(Zurufe)

- Niemand ist für seinen Landesvorsitzenden verantwortlich.

(Heiterkeit, Beifall und Zurufe)

Das weiß die SPD-Fraktion besser als jeder andere in diesem Haus.

(Zurufe)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, was in den letzten Tagen passiert ist, mit dem Begriff „Provinzposse“ zu umschreiben, würde der Provinz nicht gerecht werden. Es war Realsatire.

Wir müssen uns in Erinnerung rufen: Im Jahr 2005 hat diese Große Koalition den Mitarbeitern des öffentlichen Dienstes durch Verlängerung der Arbeitszeit eine reale Gehaltskürzung aufgebürdet. So wurde im Koalitionsvertrag versprochen, dass es keine weiteren Sonderopfer für Beamtinnen und Beamte geben soll. Dann stellte die Unionsfraktion fest, dass ihr Blick in die Kasse doch tiefer war als vorher geahnt. Es war nichts drin und es wurde erklärt, die schwächelnde Konjunktur, die schlechten Aussichten, die miserable Finanzlage des Landes und die Entwicklung der Steuereinnahmen nötigten dazu, das gegebene Versprechen nicht umzusetzen und von den Beamtinnen und Beamten ein Sonderopfer zu verlangen.

Nun sprudeln die **Steuereinnahmen** wie wild und der Innenminister dieses Landes, von dem ja jeder weiß, dass er für die Finanzmisere des Landes in der Vergangenheit durchaus Verantwortung getragen hat - übrigens wie die Mother of Disaster Frau Heinold auch, die ja neun Jahre allen Haushaltsanträgen der damaligen Koalition zugestimmt hat -, kommt auf die glorreiche Idee, das Versprechen des Koalitionsvertrages vielleicht doch einzulösen, weil das Begründungselement weggefallen ist, die mangelnden Steuereinnahmen verlangten ein Sonderopfer.

Nun kann man ja über den Vorschlag streiten. Das haben wir in den Haushaltsdebatten im Dezember getan und die FDP hat einen entsprechenden Vorschlag unterbreitet, auch um ein Stück Glaubwürdigkeit gegenüber den Mitarbeitern des öffentlichen Dienstes zurückzugewinnen. Und was passiert? - Die geballte mediale und die geballte Unionsmacht

fällt über Herrn Stegner her, so, als sei die Idee, darüber einmal zu reden, des Teufels.

Ich möchte daran erinnern, dass andere aus der Großen Koalition, zum Beispiel der von mir sehr geschätzte Kollege Wadephul, durch die Lande eilen und überall erklären, was man mit Steuermehreinnahmen machen kann. Es wird vermeldet, dass der Kollege Wadephul in Rieseby erklärt hat, die Unterrichtsverpflichtung für Lehrer müsste abgesenkt werden. Das bedeutet im Umkehrschluss, dass wir mehr Lehrer brauchen, und die müssen ja bezahlt werden. Heute entnehmen wir den „Kieler Nachrichten“, dass ein Teil der Steuermehreinnahmen verwandt werden soll, um Krippenplätze zu finanzieren.

Wie gesagt, man kann darüber streiten, ob das sinnvoll ist oder nicht, aber dass man in einer Koalition nicht mehr vom Koalitionsvertrag abweichende Ideen äußern darf, um zum Fortschritt beizutragen, ist ein bemerkenswerter Zustand. Das habe ich recherchiert - noch nie erlebt, dass Koalitionsparteien außerhalb des Koalitionsvertrages keine weiteren Überlegungen in den Markt der Meinungen hineinstreuen können.

Nun erleben wir - da bin ich ganz begeistert, ich muss den Innenminister loben - einen wunderbaren, genialen Auftritt des Innenministers - wobei ich sagen muss, dass die Behauptung der Presse, der Grillabend am Montag sei abgesagt worden, falsch ist, denn er ist ja gegrillt worden wie nichts Gutes.

(Beifall bei der FDP)

Der Innenminister entschuldigt sich, ohne zu erklären, wofür. Er übernimmt einen Teil der Verantwortung, ohne dass wir wissen, welchen Teil. Herr Innenminister, auch ich übernehme einen Teil der Verantwortung und bekenne mich. Solange Sie aber nicht sagen, welcher Teil der Verantwortung Ihr Teil ist und wer einen weiteren Teil der Verantwortung trägt, ist das eine völlig inhaltsleere Diskussion. Ich empfehle wirklich allen, einmal seine Dissertation nachzulesen.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Die lebt er jetzt!)

- Die lebt er jetzt: Theatralik in der Politik.

Es ist dem Innenminister gelungen, in der Sache vom „Buhmann“ zu einem „guten Menschen“ zu werden. Er ist jetzt der Rächer der Enterbten und Geschundenen, er setzt sich für die Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes ein. Man muss nur die DGB-Erklärung, die Erklärung der GdP lesen. Die anderen sind die bösen Buben, die ihre Zusagen nicht einhalten.

(Wolfgang Kubicki)

In einer Woche, in 14 Tagen wird verraucht sein, was an persönlichen Dissonanzen da gewesen ist. In der Sache wird es dabei bleiben, was die SPD-Fraktion gestern beschlossen und verkündet hat: Man könne diesen Vorschlag in der jetzigen Koalition nicht umsetzen. Das heißt nicht, dass der Vorschlag falsch war.

Herr Stegner, Sie haben den Gewerkschaften gestern geschrieben:

„Diesen Vorschlag halte ich in der Sache nach wie vor für richtig.“

Ich zitiere einmal weiter:

„Die Diskussion der vergangenen Tage hat einmal mehr gezeigt, dass es in einer Koalition, allemal in einer Großen Koalition zweier gleich starker Partner, nur zur Realisierung von Projekten kommen kann, wenn beide Partner diese mittragen. Ich habe zur Kenntnis nehmen müssen, dass dies bei meinem Vorschlag nicht der Fall ist. Das ist bedauerlich.“

Wenn der Kollege Hay sagt: „Das ist einfach so, das müssen wir zur Kenntnis nehmen“, dann frage ich einmal zurück: Verabschieden sich die Sozialdemokraten von ihrem Parteitagsbeschluss, die Schülerbeförderungskosten für die Eltern wieder auf das ursprüngliche Maß zurückzuführen, Kollege Hay?

(Lothar Hay [SPD]: Das ist in einer kleinen Koalition genauso!)

- Das ist in jeder Koalition so. Dass man Selbstverständlichkeiten publizieren muss, ist für mich etwas Wundersames. Wenn man aber gleichzeitig erklärt, in der Sache sei man dieser Auffassung - Herr Kollege Wadephul hat einen Mentalitätswechsel gefordert -, die Union sei leider dagegen, stellt es sich so dar: Die Union kriegt den Schwarzen Peter für die Lösung der Finanzmisere, für die Sozialdemokraten und Grüne erheblich die Verantwortung tragen. Die Unionsleute sind die Bösen. So wird es weitergehen. Es wird bei den **Schülerbeförderungskosten** genau das Gleiche sein: Die Sozialdemokraten setzen sich für die Eltern im ländlichen Raum ein, für die Schülerinnen und Schüler, für vermehrte und bessere Bildungschancen und die Unionsfraktion ist dagegen, weil sie aus SpARBEMÜHUNGSGRÜNDEN heraus nichts anderes bewältigen kann. Ich finde eine solche Strategie genial.

(Beifall bei der FDP)

Kollege Wadephul, die Behauptung, so etwas dürfe es nicht wieder geben, dann sei die Koalition am

Ende, wird sich nicht bewahrheiten, weil bei jeder künftigen **Debatte** die **Sachfrage** im Vordergrund stehen und es der Union schwerfallen wird zu erklären, warum sie in der Sache eine Position einnimmt, die sie im Wahlkampf möglicherweise nicht durchhalten kann, während sich die Sozialdemokraten wieder einmal auf die Seite der Armen und Entrechteten stellen.

Herr Innenminister, ich beglückwünsche Sie zu dieser wunderbaren Form der politischen Kommunikation. Der Kollege Wadephul hat gesagt, der Innenminister sei kopfgesteuert - wohl wahr, es war nichts, was aus dem Bauch heraus geschehen ist, es war wohl vorbereitet und es hat funktioniert.

(Beifall bei der FDP)

Präsident Martin Kayenburg:

Für die Abgeordneten des SSW erteile ich der Frau Vorsitzenden Anke Spoorendonk das Wort.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Debatte heute hat gezeigt, dass die Aktuelle Stunde überhaupt nichts mit dem Thema, wie wir den Haushalt konsolidieren können, zu tun gehabt hat oder haben sollte. Es hat so viel mit dem Thema zu tun wie Störche mit der Geburtenentwicklung. Worum es hier geht, hat mit dem Innenleben der Großen Koalition zu tun, mit der Beziehung von CDU und SPD, damit, dass Personen nicht miteinander auskommen können, und damit, dass es in der Koalition in wichtigen politischen Sachfragen ganz unterschiedliche Vorstellungen gibt, bei der Kreisreform, bei der Verwaltungsstrukturreform, bei der Schulpolitik, bei der Hochschulpolitik und so weiter.

Richtig ist auch, dass diejenigen, die der Großen Koalition angehören, natürlich durch die Lande reisen und sagen: Wären wir allein, könnten wir allein, hätten wir schon vieles anders gemacht, dann hätten wir mehr für die Lehrer und mehr für die einen oder anderen ausgegeben.

Wir haben es mit einer Beziehung zu tun, die im wirklichen Leben so zerstritten wäre, dass die Partner jetzt auseinandergegangen wären. Bei der Scheidungsrate ist es ja auch nicht verwunderlich, wenn es so gekommen wäre, aber Politik ist anders und Politik hat manchmal sehr wenig mit dem realen Leben zu tun.

Was bleibt, ist eine Koalition, in der sich die SPD unterworfen hat. Was bleibt, ist in jedem Fall die Möglichkeit, dass man sagen kann: Wenn ihr nicht

(Anke Spoorendonk)

so macht, wie wir es wollen - der eine oder andere -, dann können wir auch auseinandergehen.

Vor diesem Hintergrund hat der SSW gesagt: Da müssen die Wähler gehört werden. Wir können keine weitere Flickschusterei betreiben. Erst wenn **Neuwahlen** stattgefunden haben, können die Karten neu gemischt werden.

Ich sage das auch vor dem Hintergrund der Situation nach der Landtagswahl 2005, wo es in Kiel große Demonstrationen für eine Große Koalition gegeben hat. Vertreter der Medien und der Wirtschaft hatten damals gemeint, **Große Koalitionen** machten große Taten. Ich kann sagen: Bisher ist es eher so, dass mehr Mist als große Taten gemacht worden ist.

(Beifall beim SSW)

Jetzt zu dem Thema Haushaltskonsolidierung. Natürlich ist **Haushaltskonsolidierung** angesagt und wichtig. Damit kann aber nicht gemeint sein, dass jeder neue Euro einfach in die Reduzierung der Nettoneuverschuldung geht. Das ist mehr als fantasielose Politik und bringt uns keinen Fortschritt; es wäre unökonomisch.

Wir sehen doch gerade, was jetzt erreicht wird, wo wir eine Senkung der Arbeitslosigkeit zu verzeichnen haben, und was erreicht wird, wenn mehr Kaufkraft vorhanden ist. Wir müssen also eine differenzierte Art von Haushaltskonsolidierung formulieren.

Dazu gehört natürlich auch eine Senkung der Ausgaben, ebenso eine Verbesserung der Einnahmensituation. Ich bin geneigt, zu sagen, dass wir es im Moment mit Tarifabschlüssen zu tun haben, die, wenn es so läuft, wie es sich die Gewerkschaften wünschen, zwischen 4 und 6 % liegen.

Dem steht die Situation der Landesbediensteten gegenüber, die im Vorwege ja schon eine Kürzung haben hinnehmen müssen und jetzt in der Situation sind, dass sich ihre Lohnentwicklung nicht an den Tarifabschlüssen orientiert.

Vor diesem Hintergrund ist es allemal gerechtfertigt, zu sagen: Da müssen wir neu überlegen. In der Sache stehen wir also hinter dem Vorstoß des Innenministers. Dazu kann es keine zwei Meinungen geben. Der Vertrauensbruch, den es im Vorweg gegeben hat, ist ja immer noch zum Greifen. Man wird ihn nicht im Laufe eines halben Jahres vergessen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich kann nur hoffen, dass sich dieser Sturm - ich weiß nicht, ob es wieder einmal ein Sturm im Wasserglas ist - und

diese politisch verworrene Situation nicht auf dem Rücken der Landesbediensteten und weiterhin zulaufen des Landes auswirken.

(Beifall bei SSW und FDP)

Präsident Martin Kayenburg:

Für die Landesregierung erteile ich dem Herrn Finanzminister Rainer Wiegard das Wort.

Rainer Wiegard, Finanzminister:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen! Meine Herren! Das war natürlich eine höchstinteressante Debatte zu einem Thema, das gar nicht auf der Tagesordnung steht. Das macht aber nichts. Ich werde mich dennoch nicht dazu verleiten lassen, davon abzuweichen.

Ich mache aber noch zwei Bemerkungen.

Herr Kollege Hentschel, wenn Sie die Entwicklung in Schleswig-Holstein im letzten Monat betrachten, wo wir ein Sinken der **Arbeitslosenzahlen** in zwei Jahren um 50.000 zu verzeichnen hatten - das ist der höchste Rückgang gegenüber einem Vorjahresmonat seit 1953 - und wo es bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten große Zuwachsraten gab, in der Folge natürlich auch sinkende Ausgaben der Haushalte des Bundes, des Landes und der Kommunen sowie steigende Einnahmen infolge wachsender Wirtschaftstätigkeit und zunehmender Beschäftigung, dann muss man sagen: Wenn Sie in einem der fast zehn Jahre, die Sie in Schleswig-Holstein regiert haben, nur einen Teil eines solchen Ergebnisses erzielt hätten, dann hätten Sie mit den Kirchen darüber verhandelt, von Flensburg bis Geesthacht von morgens bis abends die Kirchenglocken läuten zu lassen.

(Beifall bei der CDU)

Sie würden dann über nationale Feiertage nachdenken.

Aber Sie haben solches nicht erreicht. Und da frage ich mich: Warum sollten wir in einer solchen Situation Gedankenspiele über **Neuwahlen** anstellen, wenn eine Regierung so erfolgreich ist? Die Landesregierung ist dies zu einem bedeutenden Teil in dem Sinn, wie es der Vorsitzende der CDU-Fraktion gesagt hat, im Wesentlichen auch deshalb, weil die wirtschaftlichen Erfolge ein Vorschuss der deutschen Wirtschaft darauf sind, dass die Erkenntnisse, die die Politik gewonnen hat, in Fragen der Steuerpolitik, der Sanierung der sozialen Sicherungssysteme und der Flexibilisierung der Arbeitsmarktpolitik in Handeln umgesetzt werden. Wenn

(Minister Rainer Wiegard)

dies alles nicht kommt, wird sich die Entwicklung sehr, sehr schnell umdrehen.

Damit sind wir genau beim Thema. Es gehört offensichtlich zu den Ritualen der deutschen Politik, immer schon ein paar Tage oder ein paar Wochen vor einem Ereignis über dieses zu diskutieren und das Fell des Bären zu verteilen, bevor man überhaupt weiß, worum es geht.

Die Steuerschätzer tun das, was ihr Name sagt: Sie schätzen das Aufkommen der nächsten Jahre. Man bringt am Freitag von der Sitzung des Arbeitskreises Steuerschätzung keine Schecks mit, sondern eine Schätzung. Was derzeit in den Verhandlungen dort erarbeitet wird, beruht auf Annahmen und auf Vorgaben der Bundesregierung hinsichtlich des angenommenen Wachstums der nächsten Jahre.

Ich darf Sie einmal daran erinnern, dass die wirtschaftswissenschaftlichen Institute in Deutschland etwa im März vergangenen Jahres ihre Schätzungen für das Wachstum des Jahres 2006 von 1,4 auf 0,8 % reduziert haben, dass wir dann am Jahresende aber nicht bei 1,4 oder 0,8, sondern bei 2,7 % gelandet sind. Wir haben es da mit einer Erkenntnis darüber zu tun, wie sicher derartige Analysen sind.

Deshalb bin ich bei dem, was derzeit diskutiert wird, sehr skeptisch. Es wird ja gesagt, dass auf Schleswig-Holstein eine **Mehreinnahme** in einer Größenordnung von etwa 2,5 Milliarden € an **Steuern** in den Jahren 2007 bis 2011 zukommen soll. Das wäre also ein Wachstum des Steueraufkommens von 5,2 Milliarden € im Jahr 2005 auf 6,7 Milliarden € im Jahr 2010. Ich habe meine Zweifel, ob das realistisch ist. Ich wage da nur sehr, sehr vorsichtig heranzugehen.

Aber wenn wir einmal unterstellen, dass dies das Ergebnis der Steuerschätzung und der Regionalisierung sein wird, dann würde auch dieses Ergebnis noch nicht ausreichen, Schleswig-Holsteins Landeshaushalt in die verfassungsmäßige Zone zu bringen. Das ist die Nachricht, die wir haben.

(Beifall bei CDU und SPD)

Frau Spoorendonk, man kann hier alle möglichen Prioritäten setzen. Aber wir verabschieden ja auch in dieser Tagung des Landtags wieder eine Reihe von Gesetzen. Wir sollten nicht nur Gesetze verabschieden, sondern uns auch an ihre Inhalte halten. Wir sollten auf die Herstellung der **Verfassungsmäßigkeit** des schleswig-holsteinischen **Landeshaushalts** bedacht sein. Das hat oberste Priorität.

(Beifall bei CDU und SPD)

Ich füge etwas hinzu. Wir befinden uns in der Auseinandersetzung MBO II - Föderalismusdiskussion II - über die Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern. Ich kann Ihnen nur sagen: Vor zwei Jahren haben elf Bundesländer keinen verfassungsgemäßen Haushalt gehabt oder waren in der Gefahr, keinen verfassungsgemäßen Haushalt zu haben. Im Jahr 2007 sind es noch vier Bundesländer. Dazu gehört Schleswig-Holstein. Das heißt, dass die wirtschaftliche Entwicklung, die ich soeben beschrieben habe, nicht nur in Schleswig-Holstein stattfindet, sondern auch in allen anderen Bundesländern. Andere Bundesländer, die schon im schwarzen Bereich sind oder sich ihm jetzt annähern, gehen daran, Schulden abzubauen oder Überschüsse in die Zukunftsfähigkeit ihres Landes oder zum Beispiel auch in Kinderbetreuung zu investieren, weil sie es aus Überschüssen tun können. Schleswig-Holstein hat immer noch keine Überschüsse, sondern ist dabei, den Schuldenberg zu reduzieren, um überhaupt in eine arbeitsfähige, handlungsfähige Politikzone zu kommen.

Wenn wir die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Länder zum Maßstab nehmen und am Beispiel der Maastricht-Kriterien ablesen, wie viel Schulden man sich denn leisten kann, weil man sie auch bezahlen kann, dann hat Bayern noch eine Kreditlinie von 80 Milliarden €, die das Land aufnehmen könnte. Dann wäre Bayern immer noch nicht in der schwierigen Lage wie Schleswig-Holstein. Wir dagegen müssen zunächst einmal 15 % unserer Schulden reduzieren, um zu dieser Linie zu kommen. Das ist die Situation, in der wir uns befinden.

Jede positive wirtschaftliche Entwicklung verstärkt die Problematik zwischen den gut situierten und den finanziell schlechter dastehenden Ländern. Schleswig-Holstein ist mit Berlin, mit Bremen und mit dem Saarland in der Vierergruppe, die außerordentliche Schwierigkeiten haben, wenn sie sich nicht von diesem Problem lösen, sich von einem bedeutenden Teil ihrer Schulden zu trennen. Auf den Weg müssen wir uns begeben, damit wir überhaupt wieder über diese Fragen diskutieren können.

Deshalb bitte ich sehr darum, dass wir in dieser Frage in diesem Haus für unser Land zu einer weitgehenden Einigkeit kommen. Die Regierung und die regierungstragenden Fraktionen haben diese Einigkeit im Koalitionsvertrag, in den laufenden Haushaltsgesetzen festgeschrieben und auch in dieser Woche wieder erneut bekräftigt.

(Beifall bei CDU und SPD)

Präsident Martin Kayenburg:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach dieser ersten Runde der Aktuellen Stunde bedanke ich mich bei allen Rednern, dass jedenfalls überwiegend ohne vorbereitete Reden in dieser Aktuellen Stunde vorgetragen wurde.

Nunmehr erteile ich dem Herrn Abgeordneten Frank Sauter das Wort.

(Zuruf von der CDU: Lass mal den Zettel liegen! - Heiterkeit)

Frank Sauter [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Verlauf der Aktuellen Stunde, wie wir ihn erlebt haben, ist Anlass genug, sie zumindest vonseiten der CDU-Fraktion zu beenden und keine zweite Rede zu halten.

(Beifall bei CDU und SPD)

Präsident Martin Kayenburg:

Dann erteile ich der Frau Abgeordneten Monika Heinold das Wort.

(Zuruf von der CDU: Also muss du vielleicht doch noch reden!)

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Sauter, ich kann das aus Ihrer Sicht zwar verstehen, aber ich kann Ihnen meinen Redebeitrag dennoch nicht ersparen.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Aber uns könnten Sie ihn ersparen!)

Ich sehe mich auf einer Podiumsdiskussion der Gewerkschaften mit Vertreterinnen und Vertretern aller Parteien und die Situation sieht wie folgt aus: SPD, FDP und SSW sagen den Beamten: „Wir würden euch gern mehr Geld geben“,

(Beifall der Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP] und Lars Harms [SSW])

und ich als Grüne stehe da und begründe, warum der **Sparkurs der Landesregierung** an dieser Stelle richtig ist. Meine Damen und Herren, das ist verkehrte Welt.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Das ist nicht unser Problem!)

Wenn Teile der Großen Koalition, die diesen Sparkurs selbst beschlossen haben, ihn vor Ort gegenüber den Betroffenen nicht mehr vertreten, dann sollten sie auch ernsthaft dafür streiten, dass er

rückgängig gemacht wird. So geht es überhaupt nicht.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Warum haben wir als Grüne denn große Teile der strukturellen Einsparungen beim Landeshaushalt mitvertreten?

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das waren keine strukturellen Einsparungen!)

Die FDP hat es nicht gemacht. Die FDP hat sich anders entschieden. Sie hat gesagt: Wir haben eine Menge von Mehrausgaben, dann fordern wir noch ein paar Steuerminderausgaben und fertig ist. - Das ist die alte Linie der FDP.

Wir haben die Haushaltsvorschläge, die wir gemacht haben, gegenfinanziert. Die Schülerbeförderung war mit drin.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Völliger Unsinn! Quatsch! Polemik ersetzt keine Sachkunde!)

Wir haben uns bei der Frage, strukturell im Personalbereich 100 Millionen € einzusparen, hinter die Landesregierung gestellt.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Toll!)

Ein Blick in die Zahlen - ich denke, das kann ich Ihnen nicht ersparen - begründet dies auch. Wir hatten im Jahr 2005 Steuereinnahmen, die noch unter denen des Jahres 1999 lagen.

(Günter Neugebauer [SPD]: Leider wahr!)

In der Zwischenzeit sind aber die Personalkosten, die Sachausgaben und anderes gestiegen. Erst seit dem letzten Jahr, erst seit 2006 haben wir überhaupt wieder real mehr Steuereinnahmen.

Schauen wir uns einmal die **Steuerschätzung** an. Es wird immer von sprudelnden Steuermehreinnahmen gesprochen. Stellen wir uns einmal vor, dieses Sprudeln wäre so groß, dass wir pro Jahr 500.000 € mehr hätten. Dann würden wir gerade die **Verfassungskonformität** des Haushalts erreichen. Das hat der Finanzminister gesagt.

In dieser Situation große Diskussionen im Land darüber zu beginnen, wem ich alles mehr Geld geben würde, ist aus unserer Sicht unverantwortlich.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich sage Ihnen: Diese Debatte kriegen Sie nicht wieder zurückgedreht. Die Bürgerinnen und Bürger glauben das natürlich. Wenn der ehemalige Finanzminister ins Land geht und sagt: „Ich würde euch allen gern mehr Gehalt geben“, glauben die Bürgerinnen und Bürger dem ehemaligen Finanzminister, dass das finanzierbar ist. Es ist aber schlicht nicht

(Monika Heinold)

finanzierbar. Das muss man an der Stelle deutlich sagen.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Es sei denn, man macht Luftbungen wie die FDP!)

Wir haben Vorschläge gemacht, innerhalb des Haushalts umzustrukturieren. Wir sagen, wir brauchen dringend die **Verwaltungsstrukturreform**, um Aufgaben zu bündeln, um innerhalb des gesteckten Rahmens Mittel für Bildung freizuschaffen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wer in Bildung investieren will - so wie wir das machen wollen -, wer in Krippenplätze, in Kindertagesstätten investieren will - so wie wir das machen wollen -, der muss den Mut haben, innerhalb der Verwaltungsstrukturreform zu beschließen. Wenn diese Strukturreform auch noch zu mehr Bürgernähe führen kann - so unser Konzept -,

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Quatsch!)

dann sollten wir diese im Land auch gemeinsam vertreten und nicht den Bürgern Sand in die Augen streuen, was alles angeblich zu finanzieren geht.

Ich glaube, dass wir es in den nächsten Wochen sehr schwer miteinander haben werden, wenn eine **Unternehmensteuerreform** beschlossen werden sollte, die für das Land Millionen Mindereinnahmen bringt. Ich halte diese Unternehmensteuerreform komplett für falsch. Ich fürchte, die FDP sagt wieder: Das ist richtig, 10 Milliarden € Entlastung, kein Problem.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Sie haben kein ökonomisches Grundverständnis!)

Das wird uns hart treffen. Wir werden noch in dieser Landtagstagung über den SSW-Antrag diskutieren, dem wir selbstverständlich zustimmen.

Lassen Sie uns also zurückkehren zu einer ganz nüchternen Betrachtung der Haushaltszahlen. Diese sagen: Es gibt keinen Spielraum für Minderausgaben, es gibt keinen Spielraum für Steuerreformen, die nicht kostenneutral sind, und es gibt keinen Spielraum für Mehrausgaben in Millionenhöhe. Es geht schlicht und ergreifend um die alte Devise: alternativ statt additiv.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Martin Kayenburg:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Wolfgang Kubicki.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mir ist mittlerweile klar, warum der grüne Landesverband Neuwahlen gefordert hat.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Mir auch!)

Dann hätten wir wahrscheinlich, wenn überhaupt, das nächste Mal im Haus eine andere grüne Fraktion sitzen.

Frau Heinold, ich kann mich richtig daran erinnern - ich gehöre dem Haus auch schon einige Tage an -, dass Sie gemeinsam in der Koalition mit der SPD neun Jahre regiert haben. Ich kann mich richtig daran erinnern, dass es eine Reihe von Maßnahmen gab, über die hier sehr kontrovers diskutiert worden ist, die zu deutlichen Mehrausgaben des Landes geführt haben. Sie haben beispielsweise Ihre Hand dafür gehoben, Geld schlicht und ergreifend zu verschleudern, indem Sie eine **Entbeamtungspolitik** mitgetragen haben, deren Sinnlosigkeit zum Zeitpunkt - -

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die haben wir wieder durchgestoppt!)

- Das ist schön, dass Sie die wieder durchgestoppt haben. Herzlichen Glückwunsch! Ich bin ganz begeistert, Herr Kollege Matthiessen.

Ich wünschte mir, dass es bei den Grünen ein gewisses Maß an ökonomischem Grundverständnis gibt. Diese Hoffnung ist bedauerlicherweise bislang nicht erfüllt worden.

Frau Heinold, ich kann mich daran erinnern, dass die Grünen einmal angetreten sind, dass **Wachstum** etwas Schädliches ist, dass Sie für Nullwachstum eingetreten sind, dass Sie erklärt haben, Wachstum schädige nicht nur die Volkswirtschaft, sondern schädige die Erde, die Welt, die Menschheit insgesamt und überhaupt. Ich kann Ihnen nur sagen: Hätten wir gegenwärtig kein Wachstum, unterhielten wir uns über ganz andere Probleme als über die Frage, was mit möglichen Steuermehreinnahmen passieren soll.

(Beifall bei der FDP)

Wir müssten uns dann nämlich mit der Frage beschäftigen, ob wir überhaupt noch in der Lage wären, die laufenden Ausgaben und Zahlungen finanzieren zu können. Das muss man wissen.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist von gestern!)

- Herr Kollege Hentschel, Sie sind von gestern. Die Probleme selbst sind nicht von gestern. Die Probleme

(Wolfgang Kubicki)

me haben Sie uns hinterlassen, damit wir sie jetzt bewältigen.

Herr Finanzminister, wir beide sind in der Frage, ob gespart werden muss und wie gespart werden muss, überhaupt nicht voneinander entfernt. Auch bei der Frage der **Sonderzahlungen** kennen Sie meine Position. Ich habe gesagt: Wir haben das vor der Wahl versprochen. Wir hätten das einhalten müssen und dann mit den Betroffenen in eine Diskussion darüber eintreten müssen, wie sie ihren Beitrag zur Konsolidierung des Haushalts leisten können. Das ist auch eine Frage des Umgangs miteinander, des Stils, der Glaubwürdigkeit.

(Beifall bei der FDP)

Es wäre ein besserer Weg gewesen als der, den wir jetzt beschreiten und den wir beschreiten müssen.

Wir kommen mit dem bisher eingeschlagenen Kurs nicht weiter. Die Unionsfraktion hat selbst unter Ihrer Führung vor der Wahl erklärt, was notwendig ist. Herr Seitz hat uns das auch wieder gesagt. Wir müssen Personal abbauen. Es nützt nichts, dass wir 10 oder 12 oder 7,5 oder 20 % an der Gehaltschraube drehen. Wir müssen Personal einsparen.

Ich muss jetzt leider meinen Kollegen Wadephul noch einmal zitieren, der sich schon für die häufige Zitatsammlung bedankt hat. In der Dezember-Tagung des Landtages hat die CDU-Fraktion uns hier in diesem Hohen Haus in einer Replik auf einen Angriff versprochen, dass bis Mitte 2007 ein Personaleinsparungskonzept vorgelegt werden wird, das bis 2010 2.000 Stellen umfasst. Herr Finanzminister, ich habe Sie in der letzten Finanzausschusssitzung gefragt, wann wir damit rechnen können. Der Schlie-Bericht gibt uns auch keine Auskunft darüber, wo strukturell etwas passieren soll.

Ich sage noch einmal, was die FDP-Fraktion schon gesagt hat: Wir haben gesagt, dass wir das UK S-H teilprivatisieren wollen, um damit einen Teil unserer Belastung los zu sein, ohne dass die Beschäftigten Nachteile haben müssen. Wir würden damit die Wettbewerbsfähigkeit steigern. Wir haben gesagt, dass wir 500 Mitarbeiter in der Katasterverwaltung übrig haben, die wir einsparen oder umsetzen können. Wir haben vorgeschlagen, beispielsweise Schulräte abzuschaffen oder zurückzuverlagern.

(Zuruf des Abgeordneten Jürgen Weber [SPD])

Wir haben konkrete Vorschläge gemacht und sind auch bereit, uns mit den Betroffenen darüber auseinanderzusetzen, wie man Personal einsparen kann, ohne dass die Leistungsfähigkeit der Verwaltung minimiert werden muss. Ich sage Ihnen vor-

aus, dass wir durch die Einführung von E-Government noch mehr Chancen haben werden. Momentan ist es aber so, dass Sie sich untereinander wechselseitig nach der Devise blockieren: Wir haben Erbhöfe.

Sie haben mit Stand von 2005 eine **Ausgabensenkung** von 7,5 % vereinbart. Wie die einzelnen Ressorts das machen, ist ihnen überlassen. Das ist aber das Gegenteil von Politik. Das ist die Fortsetzung dessen, was Rot-Grün gemacht hat: Zementieren, ohne dass man politische Entscheidungen trifft, wo eigentlich die Schwerpunkte sind, worauf man jetzt verzichten kann und verzichten müsste. Das müsste man von einer Großen Koalition erwarten, die einen großen Wurf vorbereitet und die erklärt, sie betreibe große Politik. Das fehlt bisher und wir werden Sie jetzt regelmäßig monatlich daran erinnern, dass Sie diese Zusage einlösen müssen. Auf diese Diskussion freue ich mich.

Unsere Auffassung ist, dass wir nicht zu gut bezahlte **öffentliche Bedienstete** haben, sondern schlicht und ergreifend zu viele. Frau Kollegin Heinold, wer sich dieser Erkenntnis verschließt und glaubt, man könne mit ein paar kosmetischen Geschichten und großer staatsmännischer Pose - wir tragen den Kurs der Großen Koalition mit, was die Sparbemühungen angeht - Punkte sammeln, der wird sehr schnell feststellen, dass er weder etwas in der Sache bewegt noch die Menschen mitnimmt, auf die es ankommt.

(Beifall bei der FDP)

Präsident Martin Kayenburg:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Anke Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ein paar Bemerkungen möchte ich noch loswerden.

Zum einen: Es gehört aus meiner Sicht wirklich zu den Qualitäten des Finanzministers, dass er überzeugend argumentieren kann. Dafür schätze ich ihn sehr.

(Frauke Tengler [CDU]: Genau! - Beifall bei der CDU)

Das habe ich schon mehrfach gesagt. Herr Finanzminister, aber auch bei überzeugender Argumentation gibt es natürlich immer wieder die Frage: Kann man eine Problemstellung nicht auch anders betrachten? Da kommt es natürlich auch darauf an, überzeugend zu argumentieren. Natürlich müssen wir Gestaltungsspielraum zurückgewinnen. Man kann diskutieren, wie die anderen Bundesländer

(Anke Spoorendonk)

diesen Gestaltungsspielraum zurückgewonnen haben. Da sind wir ganz schnell bei den **Finanzverflechtungen** von Bund und Ländern und bei den Schwierigkeiten des Bund-Länder-Finanzausgleichs. Wenn aber gesagt wird, dass wir strukturelle Eingriffe durchführen müssen - Herr Finanzminister, ich glaube noch nicht einmal, dass Sie das sagen; das kam, glaube ich, von der Kollegin Heino -, muss ich natürlich sagen, dass Eingriffe in den Kommunalen Finanzausgleich und Eingriffe bei den Landesbediensteten nichts mit strukturellen Veränderungen zu tun haben.

(Beifall bei SSW und FDP)

Das ist so leicht wie mit dem Finger zu schnippen. Das kann man machen. Wer ehrlich ist, muss auch sagen, dass die Landesregierung bis jetzt große Schwierigkeiten gehabt hat, strukturelle Veränderungen durchzuführen.

(Beifall bei der FDP - Zurufe)

Das ganze Thema Bürokratieabbau wird uns weiterhin begleiten. Was bis jetzt dabei herausgekommen ist, sind zwei Telefonbücher, mehr nicht.

Unsere Forderung lautet, **Bürokratieabbau** erst einmal transparent zu gestalten. Da bin ich wieder bei der besagten Standardkostenberechnung, bei der man auf jeden Fall sehen kann, welche Bürokratiekosten bei bestimmten Gesetzen zum Beispiel auf die Wirtschaft zukommen. Danach könnte man politisch diskutieren, ob man das Gesetz so haben will oder ob man es anders gestalten kann, sodass weniger Bürokratie anfällt. Diese Diskussion findet aber nicht statt.

Wenn gesagt wird, dass eine **Verwaltungsstrukturreform** durchgeführt werden muss, dann ist das richtig. Wir müssen uns mit Verwaltungsstrukturen auseinandersetzen. Aber auch da machen wir die Rechnung nicht völlig neu auf. Denn wir wissen auch, dass Fusionen erst einmal Mehrkosten verursachen. Das wissen wir. Ich kann sagen, dass derjenige, der die Kommunalreform in Dänemark so verfolgt hat, wie ich es getan habe, wissen wird, was sie kostet. Man kann nicht einfach sagen: Wir legen mal ein paar Kreise zusammen und schaffen eine Behördenebene ab und das ist es dann. Nein, Fusionen und Veränderungen kosten erst einmal Geld.

(Beifall bei SSW und FDP)

Auch das muss mit eingearbeitet werden, wenn es um die Konsolidierung des Landeshaushaltes geht.

Letzte Bemerkung: Das Thema **Unternehmensteuerreform** werden wir noch zu einem späteren Zeit-

punkt diskutieren. Aber lieber Herr Kollege Hay, der Sie im Moment nicht da sind: Ich fand es ziemlich fatalistisch zu sagen, dass wir noch einmal die Unternehmensteuerreform kriegen, die uns auch noch einmal Geld kosten wird. Wir vom SSW wollen nur eine ausgabenneutrale Unternehmensteuerreform. Sonst wollen wir gar keine.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir wissen, wie die Situation nach der ersten Unternehmensteuerreform war: Unser Problem heute hat doch damit zu tun, dass wir damals die massiven Einbrüche bei den Steuereinnahmen zu verzeichnen hatten. Das belegen alle Zahlen. Auch damit muss man sich doch einmal beschäftigen.

(Beifall beim SSW)

Präsident Martin Kayenburg:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit ist die Aktuelle Stunde beendet.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 43 auf:

Verfassungsschutzbericht 2006

Bericht der Landesregierung
Drucksache 16/1358

Ich erteile Herrn Innenminister Dr. Ralf Stegner das Wort.

Dr. Ralf Stegner, Innenminister:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Eine wehrhafte Demokratie braucht aktive Demokraten. Diese Anforderung an uns alle geht aus dem Verfassungsschutzbericht 2006 hervor, den die Landesregierung Ihnen vorgelegt hat.

Auch in diesem Jahr ist leider über eine Fülle **extremistischer Aktivitäten** zu berichten. Sie alle richten sich gegen die Verfassung und damit gegen uns alle, die wir als Teil der Gesellschaft die lebendige, offene Demokratie gestalten. Der Bericht ist damit sowohl Bestandsaufnahme als auch Mahnung.

Im Rechtsextremismus hat sich die **NPD** nicht nur in Schleswig-Holstein zur dominierenden Kraft entwickelt. Dementsprechend bildet die Darstellung dieser Partei einen Schwerpunkt des Berichts. Der Bericht verdeutlicht, dass die NPD versucht, die für das Erringen von Wahlerfolgen entscheidende bürgerliche Mitte zu umwerben. Hierbei versucht sie, sich unverdächtig allgemeinpolitischer Themen

(Minister Dr. Ralf Stegner)

wie Arbeitslosigkeit oder Hartz IV zu bedienen. Auch die Schulreform oder die Kreisgebietsreform versucht die NPD zu instrumentalisieren.

Herr Oppositionsführer, ich will es an dieser Stelle noch einmal zu verdeutlichen, weil ich von Ihnen etwas anderes gelesen habe: Die Initiative von Gegnern einer möglichen Kreisgebietsreform ist Ausdruck demokratischer Willensbildung und Beispiel lebendiger Demokratie. Tatsache ist, dass auf einer Demonstration gegen die Kreisgebietsreform Teilnehmer aus dem rechtsextremen Spektrum gesichtet worden sind. Es ist die Pflicht des Innenministers, diese Versuche der Rechtsextremen öffentlich zu benennen. Dies diskreditiert in keiner Weise das Engagement und den Protest der Initiative, sondern es entlarvt die Scheinheiligkeit vermeintlicher Unterstützer.

Die Nazis spielen sich als die Schutzmacht der kleinen Leute auf. Umso wichtiger ist es, dass der Verfassungsschutz die tatsächliche, offenkundig auf die Beseitigung des freiheitlich-demokratischen Rechtsstaats gerichtete Zielsetzung offenlegt. Hierfür enthält der vorgelegte Bericht eine Vielzahl von Belegen. Schon vor Jahren hat diese Partei die Schranken gegenüber den ganz unverhohlenen verfassungsfeindlichen **Neo-Nazis** geöffnet. Die personelle und ideologische Verflechtung dieser früher politisch konkurrierenden Strömungen wird ebenfalls im Bericht dargestellt und unterstreicht die Ansichten der NPD.

Von erheblicher Bedeutung sind nach wie vor die rechtsextremistisch orientierte Subkultur und die **Skinhead-Szene**. Erst in der Nacht zum vergangenen Sonntag hat die Polizei mit 500 Beamten ein illegales Skinhead-Konzert in Neufeld bei Brunsbüttel aufgelöst. Wir werden mit aller Konsequenz hier polizeiliche Präsenz zeigen und zeigen, dass wir dieses nicht dulden.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Mit 660 Personen stellt die Skinhead-Szene den größten Teil der insgesamt 1.350 im Land gezählten Rechtsextremisten dar. In dieser von einem diffusen rechtsextremistischen Weltbild geprägten Szene steht die sogenannte Skinhead-Musik im Mittelpunkt. Sie stachelt unbestritten zum Hass auf. Die Dynamik in dieser Szene, deren Lust auch an gewalttätiger Auseinandersetzung mit dem Staat und den Mitmenschen dürfte für den Anstieg der rechtsextremistischen Straftaten im Jahr 2006 gegenüber 2005 verantwortlich sein.

Aufgrund der dargestellten Entwicklung muss daher neben der Bekämpfung der NPD - und ich habe

schon einiges zu dem Thema gesagt, was wir uns auch in der Innenministerkonferenz schon vorgenommen haben - die Eindämmung der rechtsextremistischen Jugendsubkultur noch mehr als in der Vergangenheit eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe sein.

(Beifall des Abgeordneten Lothar Hay [SPD])

Im linksextremistischen Bereich wurde die Lage zudem durch die Vorbereitung von **Protestaktionen** der Szene gegen den **G-8-Gipfel** vom 6. bis 8. Juni 2007 in Heiligendamm bestimmt. Das Thema begann, als Hauptagitations-, aber auch als Hauptaktionsfeld eine Dynamik zu entwickeln, die alle anderen klassischen linksextremistischen Aktionsfelder fast verdrängte.

Daneben entwickelte sich eine sogenannte **militante Kampagne**, die bereits 2006 zu einer Vielzahl von Straftaten führte. Allein 13 Brandanschläge, davon zwei in Schleswig-Holstein, standen in einem Begründungszusammenhang mit dem G-8-Gipfel.

Die Zahl der linksextremistischen Anhängerschaft liegt in Schleswig-Holstein seit Jahren unverändert bei circa 800. Im Bereich der linksextremistisch motivierten Kriminalität gibt es einen erheblichen Rückgang. Das liegt daran, dass natürlich im Vorfeld von Landtagswahlen die Auseinandersetzung zwischen Neonazis und Linksextremen stärker vorhanden ist. Aber auch hier gilt, wir müssen für Demokratie werben und Grenzen, die nicht überschritten werden dürfen, in aller Deutlichkeit aufzeigen.

Dass der **islamistische Terrorismus** weiterhin eine Bedrohung der inneren Sicherheit darstellt, haben uns im vergangenen Jahr zwei Ereignisse unmittelbar vor Augen geführt: Zum einen die gescheiterten Kofferbombenanschläge im Juni, die hier in Kiel die Festnahme eines Tatverdächtigen zur Folge hatten, zum anderen die im August in London vereitelte Anschlagswelle auf Transatlantikflüge, die das anhaltende Interesse islamistischer Terroristen an symbolträchtigen folgenschweren Großanschlägen belegt. Die internationale Entwicklung gerade im Irak verschafft dem islamistischen Spektrum weiterhin Zulauf. Das Terrornetzwerk **El Kaida** hat sich immer deutlicher von einer operativ handelnden Kernorganisation zu einem Markenzeichen entwickelt.

Obwohl Schleswig-Holstein in besonderer Weise betroffen war - wenige Wochen vor der Festnahme eines mutmaßlichen Kofferbombenattentäters war bereits ein anderer in Kiel wohnhafter Terrorverdächtiger festgenommen worden -, gibt es hierzu-

(Minister Dr. Ralf Stegner)

lande keine Anhaltspunkte für islamistische **terroristische Strukturen**. Insofern hat sich das Gesamtpotenzial der Mitglieder und Anhänger extremistischer Ausländerorganisationen in Schleswig-Holstein kaum verändert. Dennoch, meine sehr verehrten Damen und Herren, der islamistische Terror stellt eine andauernde Gefahr dar, dem die Bundesrepublik seit 2001 mit einer veränderten Sicherheitsarchitektur begegnet. Ich will hier jedoch deutlich sagen - und darin unterscheide ich mich dann auch von dem Kollegen Schäuble -, wir sollten bei der Bekämpfung des Terrorismus im Rahmen unserer Verfassung bleiben und die Freiheiten der Menschen nicht aufgeben, die wir verteidigen wollen.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der SPD)

Zur Bekämpfung des Extremismus sind in allen gesellschaftlichen Bereichen Aufmerksamkeit und Zivilcourage, Schaffung von Lebensperspektiven, fundierte politische Bildung entscheidend. Daran wird die Landesregierung weiter nachhaltig arbeiten. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn ich das im Einvernehmen mit dem Hohen Hause insgesamt tun könnte.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke dem Herrn Innenminister und eröffne die Aussprache. Das Wort für die CDU-Fraktion hat der Herr Abgeordnete Peter Lehnert.

Peter Lehnert [CDU]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst möchte ich mich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Verfassungsschutzes für die geleistete Arbeit und den umfangreichen Bericht bedanken. Der Verfassungsschutz kommt damit seiner Verpflichtung nach, über Gefahren für die freiheitlich-demokratische Grundordnung zu informieren, und legt gleichzeitig ein aufschlussreiches Dokument vor. Es listet jene Aktivitäten auf, die unsere freiheitliche Gesellschaft gefährden. Alle demokratischen Kräfte sind daher aufgefordert, gemeinsam den Rechtsstaat und seine Werte zu verteidigen. Dazu müssen nach unserer Ansicht alle zur Verfügung stehenden legalen Mittel eingesetzt werden.

Der **Verfassungsschutzbericht** macht deutlich, dass wir extremistischen Tendenzen in unserem Land gegenüber nach wie vor wachsam sein müssen. Dies gilt vor allem für Rechtsextreme, die in zunehmendem Maße Gewalt ausüben. Dabei sind

insbesondere Jugendliche, die sich benachteiligt fühlen, anfällig für rechtsradikale Propaganda. Hier müssen alle demokratischen Parteien aktiv gegensteuern. Der Versuch, sich bei den Fragen der sozialen Gerechtigkeit zu positionieren, ist ein neues durchsichtiges Manöver **rechtsradikaler Gruppierungen**, um Ängste zu schüren und diese für ihre Ziele zu missbrauchen. Gerade die aktive Bekämpfung von Arbeitslosigkeit insbesondere bei jungen Menschen und die erneute deutliche Zunahme an Ausbildungsplätzen in Schleswig-Holstein ist in diesem Zusammenhang besonders erfreulich, weil sie eine konkrete Zukunftsperspektive für die betroffenen Jugendlichen aufzeigt. Auch hier gilt: Sozial ist, was Arbeit schafft. Das entzieht Extremisten den Nährboden für ihre polemische Agitation.

Festzustellen bleibt, dass rechts- und linksradikale Parteien bei den Bürgerinnen und Bürgern in unserem Land weder Zulauf noch irgendeine Chance haben. Die Zahlen der Straftaten, die dem links- und rechtsextremistischen Spektrum zugeordnet werden, stagnieren. Einer Zunahme rechtsextremistischer Straftaten steht eine Abnahme **linksextremistischer Straftaten** in nahezu gleichem Umfang gegenüber. In diesem Punkt stimme ich mit Kollege Kubicki überein.

Was die Bedrohung durch den sogenannten islamistischen Terror betrifft, gehen unsere Auffassungen allerdings deutlich auseinander. Die Gefahren, die vom internationalen Terrorismus und seinem ideologischen Umfeld ausgehen, bestimmen vielmehr maßgeblich auch unsere aktuelle Sicherheitslage. Deutschland ist Teil des europäischen Gefahrenraums und verschiedene Straftaten haben gezeigt, dass sich auch in Deutschland Terrorstrukturen herausgebildet haben.

Unter Mitwirkung verschiedener nationaler wie internationaler **Sicherheitsbehörden** konnte in Kiel eine Person lokalisiert werden, bei der Anhaltspunkte für die Unterstützung des internationalen Dschihad vorlagen und die von der Bundesanwaltschaft verdächtigt wird, die El Kaida durch Rekrutierung von potenziellen Selbstmordattentätern für den Einsatz im Irak und durch Geldzahlungen unterstützt zu haben. Die gescheiterten Kofferbombenanschläge in Nordrhein-Westfalen, bei denen die Landeshauptstadt als Studienort eines der mutmaßlichen Täter besonders ins Blickfeld rückte, sowie die Warnungen der Sicherheitsbehörden hinsichtlich der bestehenden Anschlagrisiken bestätigen das Gefährdungspotenzial auf dramatische Weise.

Wenn Schleswig-Holstein darüber hinaus bisher nicht berührt war, so hat sich aber die Einschätzung

(Peter Lehnert)

erhärtert, dass es zumindest Personen mit Kontakten in das militante islamistische Spektrum auch hierzulande gibt. Aber auch die Ereignisse in Großbritannien machen die Dimension der bestehenden und andauernden Gefahren deutlich. Ohne die Veriteilung der in großem Maßstab geplanten Attentatswelle auf Transatlantikflüge wären die Auswirkungen, was Opferzahlen und wirtschaftliche Schäden betrifft, denen vom 11. September 2001 gleichzusetzen gewesen. Das Ausbleiben verheerender Großanschläge in westlichen Ländern im Jahre 2006 rechtfertigt nicht einmal vorsichtige Entwarnungssignale. Die Zuordnung zum Kreis gewaltbereiter **Islamisten** ist häufig schwierig und vielfach nur unter Vorbehalt möglich.

Ein besonderes Problem ist die Vielzahl islamistischer Publikationen, die Abgrenzung und Konfrontation bewirken wollen, häufig auch in deutscher Sprache und über das Internet verbreitet. Es werden nicht nur ausländische Provider benutzt, sondern bei terroristischen Bezügen Internetadressen häufig gewechselt.

Die geistige und politische Auseinandersetzung mit dem Islamismus, gerade auch dort, wo er sich gemäßigt gibt, wird eine der wichtigsten Aufgaben der kommenden Jahre sein. Dabei geht es um den Dialog mit der Religion Islam und um Aufklärung über die politische Ideologie des Islamismus. Von den über 3 Millionen in Deutschland lebenden **Muslimen** ist nur eine verschwindend kleine Minderheit islamistischen Strömungen zuzurechnen. Deren Vorstellungen kollidieren allerdings mit unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Wenn unsere **Verfassungsordnung** von Islamisten pauschal abgelehnt wird, so gilt dies umso mehr für die individuellen Freiheitsrechte in unserer Gesellschaft. Islamisten sind bestrebt, die Entfaltung der Persönlichkeit, die Meinungs-, Vereinigungs- und Religionsfreiheit sowie die Gleichberechtigung der Frau als verabscheuungswürdigen Gegensatz zu ihrem eigenen Gesellschaftsmodell darzustellen. Islamisten aller Couleur sind sich auch einig im Antisemitismus, in ihrem Hass auf Juden und den Staat Israel. Ein Beispiel dafür sind die wiederholt vorgebrachten antisemitischen Äußerungen des iranischen Staatspräsidenten, die in islamistischen Kreisen nachhaltiger Zustimmung finden.

Die in diesem Kontext geäußerte Meinung, der Holocaust sei nur ein Mythos, entspricht im Übrigen den gängigen Agitationsmustern des internationalen Rechtsextremismus, womit wir feststellen müssen, dass es hier sogar zu einer **Interessenüberschneidung** von **Islamisten** und **Rechtsextremisten** kommt. Nur die konsequente Beobachtung, Über-

wachung und Erhöhung des Drucks auf diese Gruppierungen kann extremistische Islamisten in Schach halten. Dabei ist es wichtig, Rahmenbedingungen sicherzustellen, unter denen der Verfassungsschutz und unsere Ermittlungsbehörden erfolgreich arbeiten können. Wir dürfen nicht hinnehmen, dass sich verfassungsfeindliche Kräfte hierzulande Freiräume schaffen für ihr gesetzwidriges Handeln. Deshalb gilt für die CDU: Null Toleranz gegenüber allen extremistischen Kräften, die unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung bedrohen und dabei auch vor Terror gegen Menschen und Sachen nicht zurückschrecken.

(Beifall bei CDU und SPD)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke dem Herrn Abgeordneten Lehnert. - Das Wort für die SPD-Fraktion hat nun der Herr Abgeordnete Thomas Rother.

Thomas Rother [SPD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nachdem wir in der vergangenen Tagung schon über die Maßnahmen der Landesregierung zur Bekämpfung von politischem Extremismus und Fremdenfeindlichkeit gesprochen haben, sind wir jetzt mit dem Verfassungsschutzbericht bei Situation und Analyse hier in Schleswig-Holstein. Über diese Situation jetzt schon wieder zu sprechen, dafür gibt es leider Gründe. Zum Ersten ist die Entwicklung der **Straftaten mit politischem Hintergrund** insgesamt zwar stagnierend - darauf ist hingewiesen worden -, aber es gibt eine deutliche **Verschiebung** in der Zahl der Straf- und Gewalttaten **von links nach rechts**.

Im Bundesvergleich nimmt **Schleswig-Holstein** in Bezug auf die Gewalttaten mit rechtsradikalem Hintergrund leider einen Spitzenplatz ein. Nach Sachsen-Anhalt, Brandenburg, Thüringen und Sachsen kommt schon unser Bundesland mit gut zwei Gewalttaten pro 100.000 Einwohner im Jahr. Diese Vorfälle häufen sich und sind unerträglich. Ein sogenanntes Propagandadelikt ist zwar widerlich, lässt sich in der Regel aber auch wieder beseitigen. Opfer von Gewalttaten haben es da nicht so einfach. Die physischen und psychischen Folgen einer solchen Tat bleiben meist ein Leben lang. Organisationen, die eine solche Gewalt rechtfertigen, propagieren und praktizieren, gehören meiner Ansicht nach schon deshalb verboten.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

(Thomas Rother)

Zweitens hat die derzeit gefährlichste rechtsextreme Gruppe, die **NPD**, leider ziemlich viel Oberwasser. Sie hat sich von einer dahinsiechenden Altherrenpartei durch ein Bündnis mit der DVU und den freien Nationalisten als Sammlungsbewegung eine Führungsposition in der rechtsextremen Szene erarbeitet. Nach den jüngsten Wahlerfolgen rüstet sie sich auch hier bei uns zur Kommunalwahl und greift plötzlich ganz andere **Themen** als sonst üblich auf. Bisher ging es immer um Themen wie die Verteidigung der deutschen Ehre oder den Nachweis, dass alle Ausländer eigentlich kriminell seien und abgeschoben werden müssten. Neben dem Thema Hartz IV gibt es jetzt auch die Themen der Schulpolitik in Schleswig-Holstein, die Gestaltung des öffentlichen Personennahverkehrs oder - wie bereits angesprochen - die Verwaltungsstrukturreform und die Kreisgebietsreform.

Dass im Verfassungsschutzbericht auf Letzteres hingewiesen wird, hat natürlich nicht zum Ziel, die Gegner einer möglichen Gebietsreform im Kreis Dithmarschen zu diffamieren, Herr Kubicki. Der Herr Innenminister hat darauf hingewiesen. Vielmehr machte dies lediglich die neue Qualität der NPD-Agitation deutlich. Die NPD ist auch gegen die Atomenergienutzung. Dennoch diffamiert niemand alle Atomkraftgegner als Nazis. Ebenso wirft niemand NPD und FDP in einen Topf, weil beide gegen das Schulgesetz in Schleswig-Holstein sind. Ich möchte allerdings betonen, dass die Initiatoren von Demonstrationen oder Veranstaltungen meiner Ansicht nach schon die Aufgabe haben, sich von dieser Art von Unterstützern ihres Anliegens zu distanzieren und sie aus ihren Reihen fernzuhalten.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Im Verfassungsschutzbericht ist auch nachlesbar, dass die rechtsextreme Szene in **Dithmarschen** Schwerpunkte setzt. Der Innenminister hat darauf hingewiesen: Erst vor Kurzem ist in Neufeld ein größerer Polizeieinsatz erfolgt. Deshalb möchte ich betonen, dass wir als SPD-Fraktion ganz eindeutig an der Seite des Landrats von Dithmarschen und an der des Bürgermeisters der betroffenen Gemeinde in ihrem Kampf gegen die Neonazis stehen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und Beifall der Abgeordneten Frauke Tengler [CDU] und Anke Spoorendonk [SSW])

Es bleibt notwendig, die Ergebnisse des Berichts der letzten Tagung konsequent umzusetzen und die vom Bund geforderte **Koordinierungsstelle zur Intervention gegen Rechtsextremismus** zu benen-

nen und die örtlichen Projekte auch von Landesseite aus zu unterstützen. Darauf wurde bereits hingewiesen. Hier muss noch einiges nachgearbeitet werden, denn nach der Situationsbeschreibung des Berichts darf es für uns eigentlich kein böses Erwachen geben. Wir sind tatsächlich gewarnt.

Drittens. Der **G-8-Gipfel** im Juni dieses Jahres in Heiligendamm dient zur Klärung internationaler politischer Streitfragen. Er ist daher auch ein berechtigter Anlass zu Protesten gegen die negativen Folgen der Globalisierung. Er bietet aber leider ebenso linken und rechten Extremisten einen Ansatzpunkt für Krawall, Gewalt und Bürgerkriegsspielereien sowie für Politrituale, für die sich gerade dieser Anlass gefunden hat. Es ist so falsch, wie es absurd ist, hier ein Ventil für die eigene politische Erfolglosigkeit zu öffnen. Ich bedauere die dort eingesetzten Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten schon jetzt, die ihre Zeit sicherlich sinnvoller verbringen könnten.

Zum vierten und letzten Punkt: Deutschland ist leider Teil eines weltweiten **terroristischen Gefahrenraums**. Die Bedrohung durch Islamismus ist angesichts von Anschlägen und Anschlagversuchen leider real und nicht scheinbar, wie manche es in der Presse oder an verschiedenen Orten leider immer noch behaupten. In Schleswig-Holstein konnten trotz der im Bericht genannten Festnahmen keine entsprechenden Strukturen ausgemacht werden. Die Maßnahmen zur Terrorismusbekämpfung haben das vielleicht verhindert. Für weitere Grundrechtseingriffe, die zu diesem Zweck zurzeit in der Diskussion sind, ist derzeit keine Notwendigkeit gegeben. Die Sicherung der Demokratie darf nicht durch einen immer größeren Verlust von Freiheit erkaufte werden, denn dann hätten die Terroristen schon einen ziemlich großen Erfolg errungen. Das ist keine Blauäugigkeit.

Ich bitte, den Bericht, für den ich dem Ministerium und den Verfassungsschutzbehörden ganz herzlich für die Arbeit danken möchte, zur abschließenden Beratung an den Innen- und Rechtsausschuss zu überweisen.

(Beifall bei SPD und CDU)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke Herrn Abgeordneten Thomas Rother. - Für die FDP-Fraktion hat deren Vorsitzender und Oppositionsführer, der Abgeordnete Wolfgang Kubicki, das Wort.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kollegen und Kollegen! Im Prinzip ist der Verfassungsschutzbericht in diesem Jahr bis auf wenige Ausnahmen identisch mit den Berichten der Vorjahre. Der Bericht besteht aus drei **Schwerpunkten**, die sich aus den Ergebnissen der Beobachtungen der rechtsradikalen und nationalsozialistischen Szene, der linksradikalen und autonomen Szene und der religiös-fundamentalistischen Szene in Schleswig-Holstein zusammensetzen. Dabei ist der Grundtenor des Berichts beruhigend. Schleswig-Holstein ist ein Land, das keinen guten Nährboden für radikale Szenen bietet, und das ist auch gut so.

(Beifall bei der FDP)

Die **Straftaten** im linksradikalen Bereich gehen zurück. Sie haben sich seit der Landtagswahl im Jahr 2005 mehr als halbiert. Die Anzahl der Anhänger in diesem Bereich stagniert über die letzten drei Jahre auf - ich denke - niedrigem Niveau. Die Zahl der organisierten Parteigänger rechtsextremistischer Parteien in Schleswig-Holstein ist leicht rückläufig. Stieg die Zahl der Parteimitglieder von NPD und DVU zusammen wegen der Landtagswahl noch von 590 im Jahr 2004 auf 620 im Jahr 2005, so fiel dieser Wert im Jahr 2006 auf nunmehr 540 Mitglieder. Das ist immerhin ein Rückgang von fast 20 %. Die Anzahl der Mitglieder der gewaltbereiten Skinheadszenen blieb mit 660 ebenfalls konstant, allerdings ist sie - wie ich meine - zu hoch. Hier liegt wohl auch das Problem. Nimmt man die Anzahl der Straftaten, so stieg die Anzahl der Straftaten von rechts von 337 im Jahr 2005 auf 510 im Jahr 2006 an. Die Gewaltdelikte haben mit 65 Taten zwar immer noch einen geringen Anteil, aber auch hier ist der Wert von 59 Gewalttaten im Jahr 2005 leicht angestiegen.

Herr Innenminister und Herr Kollege, das kann auch mit einem anderen Verhalten der Polizei, mit einem anderen Verfolgungsverhalten und mit einem anderen Anzeigeverhalten etwas zu tun haben. Ich bin froh, dass der repressive Druck des Staates hier für Klarheit sorgt,

(Beifall bei der FDP)

was unter anderem auch dazu führen muss, dass wir eine erhöhte Anzahl von verfolgbaren Straftaten haben. Ich denke, das ist kein Ausweis von einem Anstieg in der Szene, sondern von konsequenter Umsetzung rechtsstaatlicher Grundgedanken auch in diesem Bereich. Dafür bin ich dankbar und dafür haben Sie auch immer die Unterstützung der FDP, Herr Innenminister.

Ich glaube, dass Schleswig-Holstein kein Problem mit rechtsradikalen Unterwanderungen hat. Vielmehr hat die **rechtsradikale Szene** eher ein Problem mit den Schleswig-Holsteinern, die sich von dem braunen Gedankenmüll nicht anstecken lassen. Bestes Beispiel hierfür ist die Kreisgebietsreform in **Dithmarschen**. Möglicherweise haben einige wenige Rechte versucht, diese Initiative zu nutzen. Möglicherweise haben auch einige von ihnen eine Unterschrift für diese Initiative geleistet. Es ist ihnen aber auch nicht nur ansatzweise gelungen, diese Initiative zu beeinflussen, die von Menschen aller Schichten der Bevölkerung getragen wird und die ein Sinnbild gelebter Demokratie ist. Ich will ausdrücklich hervorheben, dass dies auch durch Sozialdemokraten so ist.

Ich bleibe trotzdem dabei: Herr Innenminister, Sie müssen der Versuchung widerstehen, die Volksinitiative gegen die Kreisgebietsreform dadurch zu diffamieren, dass der Eindruck erweckt wird, sie sei rechtsradikal unterwandert. Herr Kollege Rother, wir müssen uns nicht von der **NPD** distanzieren, wenn diese in einer bestimmten Sachfrage gleiche Forderungen erhebt wie wir. Genauso wenig sinnvoll ist die Aufforderung an die Initiative, sich von möglichen rechten Unterstützern zu distanzieren, weil sie sich in entsprechende Listen eingetragen haben. Demokraten haben es nicht nötig, sich zu distanzieren, wenn sie für demokratische Grundwerte eintreten. Man soll sie auch nicht wichtiger machen, als sie sind.

(Beifall bei der FDP)

Als letzten Punkt möchte ich noch auf die Festnahme eines der beiden Täter der versuchten **Kofferbombenattentate** in Köln eingehen. Einer dieser Täter kam aus Kiel. Er studierte hier und war auffällig geworden, da er eine aggressive Auffassung gegen die Zulässigkeit der Mohammed-Karikaturen vertrat. Er hatte den Unterricht an seiner Hochschule mehrfach ausfallen lassen und wurde bereits 2005 aus dem Kolleg ausgeschlossen. Kollege Lehner, dem Verfassungsschutz blieb der Täter jedoch unbekannt. Der Bericht führt es auch aus, dass die Radikalisierung einer Person, die sich immer weiter zurückzieht, von den Sicherheitsbehörden nur schwer zu erkennen ist.

Ich denke, dass solche Täter auch künftig nur schwer vor einer Tat ermittelt werden könnten. Ich glaube, dass es trotz aller neuen **Sicherheitsgesetze** auch künftig die Gefahr geben wird, dass **Anschläge** verübt werden können. Allerdings bin ich fest davon überzeugt, dass der Ansatz, noch mehr Überwachungsmechanismen einzuführen, falsch ist. Wir müssen vielmehr die Fragen klären, warum Men-

(Wolfgang Kubicki)

schen, die nach Deutschland kommen, sich erst hier, in einem Land, das von Meinungsfreiheit und von Toleranz lebt und immer wieder dafür eintritt, radikalieren. Wir müssen klären, mit welchen Maßnahmen wir entgegenwirken können. Kollege Lehnert, bisher haben wir - und hier schließe ich die FDP-Fraktion und mich ein - auf diese Fragen noch keine ausreichenden Antworten gefunden. Das wird der Schlüssel sein. Der Schlüssel wird nicht die Frage sein, ob wir noch mehr Sicherheitsmaßnahmen einführen oder nicht.

(Beifall bei der FDP und der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke Herrn Abgeordneten Kubicki. - Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Fraktionsvorsitzende, Herr Abgeordneter Karl-Martin Hentschel, das Wort.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich werde darauf verzichten zu wiederholen, was in dem Bericht steht. Ich will mich auf einige Punkte konzentrieren, die den Aspekt betreffen, der mir am meisten Sorgen bereitet. Das ist die **Entwicklung des Rechtsextremismus** in Deutschland und auch in Schleswig-Holstein. Eine Untersuchung im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung aus dem letzten Jahr stellte fest: Rechtsextreme Einstellungen sind durch alle gesellschaftlichen Gruppen und in allen Bundesländern gleichermaßen hoch vertreten. Rechtsextremismus ist ein politisches Problem in der Mitte der Gesellschaft. Das unterscheidet es auch von anderen Themen, die in diesem Zusammenhang erwähnt werden. Es ist eine Herausforderung an die gesamte **Gesellschaft**, die durch soziale Umbrüche, durch Destabilisierung, durch Unsicherheitsgefühle und durch Zukunftsängste verstärkt wird. Innenpolitische Reaktionen können die Ursachen nur begrenzt bekämpfen. Gefordert sind von uns allen Konsequenzen in allen Bereichen, insbesondere in den Bereichen der Sozialpolitik, der Familienpolitik, der Bildungspolitik und der Arbeitsmarktpolitik, denn die einzige wirksame Waffe gegen jede Form des Extremismus ist eine stabile und soziale Gesellschaft.

(Beifall des Abgeordneten Detlef Matthiesen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Meine Damen und Herren, immer wieder werden einfache **Lösungen** propagiert, wie der Entzug der Geldquellen oder Verbote von rechtsextremen Or-

ganisationen. Das klingt gut, ist aber kaum praktikabel. Bei der Finanzierung der **NPD** machen - das wissen wir alle - staatliche Gelder, also Wahlkampfkostenrückerstattung, neben Spenden und Mitgliedsbeiträgen den größten Teil aus. Das ist nicht angenehm, aber es ist folgerichtig in einem demokratischen System, solange sie nicht verboten ist. Dass Verbote nur in Einzelfällen hilfreich sind, hat uns die Geschichte auch zur Genüge gelehrt; denn es ist kein Problem, neue Organisationen zu gründen.

Ich meine, wir müssen deshalb unser Augenmerk auf die Nachwuchsgewinnung richten. Viele der Jugendlichen werden über das Medium der Musik, über provokante Aktionen und die Sauf- und Prügelkumpanei der Kameradschaften sowie auch durch sogenannte Fan-Clubs angezogen und mit menschenfeindlichen Weltbildern vertraut gemacht.

Zwei Maßnahmen sind nach meiner Meinung besonders Erfolg versprechend. Das Instrument der **kriminalpräventiven Räte** hat sich bewährt und sollte, wo notwendig, ausgebaut werden. Ich habe als Gemeindevertreter die Erfahrung gemacht, wie wirksam es sein kann, wenn sich Vertreter der Kirche, der Gemeinde, der Polizei, Schüler und Lehrer, der Sozialarbeit, Sportvereine und Feuerwehr treffen und sich gemeinsam um ihre Jugendlichen und ihre Brennpunkte im Ort kümmern. Wenn Jugendliche, gerade im Zusammenhang mit Rechtsextremismus, direkt angesprochen und aus ihrer Anonymität herausgeholt werden, ist es sehr gut möglich, solche Szenen aufzubrechen. Diese Erfahrung haben wir vor Ort gemacht. Das muss systematisch gemacht werden. Ich glaube, das ist die einzige wirklich gute Chance, die wir haben.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der zweite Punkt, den ich in diesem Zusammenhang ansprechen möchte, ist eine möglichst präzise **Lageinformation der kommunalen Behörden**. Da spreche ich den Minister an. Wir haben Informationen von unseren Kommunalpolitikern bekommen, dass die Landespolizei da relativ zugeknöpft ist. Auf eine entsprechende Kleine Anfrage im letzten Jahr antwortete der Innenminister:

„Lageberichte des polizeilichen Staatsschutzes werden aus Gründen des Geheimschutzes nicht herausgegeben. Umfassende Informationen zur Entwicklung des Rechtsextremismus können dem jährlichen Verfassungsschutzbericht der Landesregierung entnommen werden.“

Meine Damen und Herren, ich halte das für unbefriedigend. Wenn sich Kameradschaften vor Ort

(Karl-Martin Hentschel)

bilden, wenn sich Treffs herausbilden, dann ist es wichtig, dass die Kommunen und engagierten Bürgerinnen und Bürger in den Gemeinden informiert werden und darauf reagieren können. Dafür müssen wir unter Beachtung des Datenschutzes und des Heimatschutzes geeignete Wege finden. Ich meine, das müsste möglich sein, und das sollte auch noch einmal besprochen werden.

Meine Damen und Herren, Demokratie lebt vom Engagement der Bürgerinnen und Bürger vor Ort. Projekte, wie sie von der **Möllner Gedenkstätte** ehrenamtlich organisiert werden, wo geeignete Unterrichtseinheiten gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit für Schulklassen aller Altersstufen angeboten werden, stoßen auf sehr große Nachfrage.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie müssen unbedingt von den Kommunen und von Land und Bund weiter unterstützt werden. Sie sind ja gerade dabei, das Projekt als Modellprojekt beim Bund anzumelden. Ich hoffe, dass das klappt.

Ich halte gerade solche **Projekte**, die in Schulen gehen und fertige Unterrichtseinheiten in Schulen machen, wozu Leute, etwa Afrikaner, eingeladen werden, wo Gespräche in Synagogen geführt werden, wo mit Ausländern geredet wird, wo aber auch Holocaust-Denkmäler besucht werden und darüber Gespräche geführt werden, für eine große Hilfe für die Schulen. Das trägt auch dazu bei, die oft bestehende Sprachlosigkeit auch der Lehrer im Zusammenhang mit den Problemen des Rechtsextremismus und der Vergangenheitsbewältigung aufzubrechen. Die sind sehr dankbar, wenn solche Angebote gemacht werden. Das wichtigste und wertvollste Instrument gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus ist eine wache Bürgergesellschaft vor Ort.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke dem Abgeordneten Karl-Martin Hentschel. - Das Wort für den SSW im Landtag hat dessen Vorsitzende, Frau Abgeordnete Anke Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Verfassungsschutzbericht 2006 zeigt einmal mehr, dass die größte Gefahr für die Demokratie immer noch von den **rechtsradikalen Kräften** in unserem Land ausgeht. Denn während sich sowohl der Linksextremismus als auch der Islamismus auf viele Organisationen und versprengte Gruppierungen

verteilen, die damit mehr oder weniger sektiererisch daherkommen, gilt für den Rechtsextremismus, dass es einer Partei, nämlich der **NPD**, gelungen ist, sich eine zentrale Position zu erarbeiten. Dass die NPD kaum auf dem Boden des Grundgesetzes steht, geht ja in beeindruckender Weise aus dem Bericht der Landesregierung hervor. Die NPD versucht mit den Mitteln unseres demokratischen Staates ein anderes System herbeizuführen. Die Wahlerfolge in Sachsen und jüngst in Mecklenburg-Vorpommern haben den Mitgliedern der NPD ein großes Selbstbewusstsein und ein Gefühl des Aufwinds verschafft. Sie hat es geschafft, die verschiedenen rechten Strömungen und Gruppierungen einzufangen, um sich durch ein strategisches Bündnis mit der DVU auch die Voraussetzungen für künftige Wahlerfolge zu ermöglichen.

Auch wenn die **Mitgliederzahl** der NPD in Schleswig-Holstein immer noch auf niedrigem Niveau liegt, so ist sie doch in den letzten Jahren etwas angestiegen. Der Innenminister hat recht, wenn er sagt, dass die Neonazis und ihre Verbündeten immer frecher auftreten. Das hängt natürlich damit zusammen - ich zitiere aus dem Bericht -, dass die rechtsextremistischen Positionen keinesfalls mehr ein Nischendasein im Umfeld subkultureller Jugendlicher oder unverbesserlicher Alt-Nazis führen. Vielmehr wird ganz allmählich klar, was auch durch viele Studien belegt wird, dass das rechtsradikale Gift längst in die Mitte der Gesellschaft gesickert ist. Fremdenfeindlichkeit und plumptes rechtes Gedankengut sind an Stammtischen und Kaffeetafeln alltäglicher Gesprächsstoff.

Man macht es sich also zu einfach, den Rechtsextremismus im Lande nur als Spinnereien einiger weniger zu verniedlichen. Die demokratischen Parteien müssen aufwachen und sich der Herausforderung stellen. Denn obwohl diese Probleme seit über einem Jahrzehnt erkannt sind, hat die Politik neben Überwachung, Solidaritätsbekundungen und Jugendprojekten wenig dagegen auf die Beine stellen können.

Daher bleibt der SSW bei seiner Position, die ich schon bei anderer Gelegenheit vertreten habe: Die demokratischen Kräfte müssen aus unserer Sicht viel stärker als bisher die Argumente der Rechtsradikalen offen aufgreifen und sich auch damit auseinandersetzen. Sie müssen öffentlichkeitswirksam die Mythen über schmarotzende Ausländer mit Fakten widerlegen. Und sie müssen mehr Verständnis für die Sorgen entwickeln, die viele Bürgerinnen und Bürger mit sozialen Themen wie Arbeitslosigkeit und Hartz IV verbinden.

(Anke Spoorendonk)

Bisher hat sich der Kampf gegen Rechts darauf konzentriert, Demokraten zu bestärken und rechtsradikale Jugendliche für die Demokratie wiederzugewinnen. Die Politik muss aber auch Energie darauf verwenden, sich ernsthaft und sachlich mit den vielen Erwachsenen auseinanderzusetzen, die für das Gedankengut der rechten Rattenfänger offen sind. Nur mit verfassungsrechtlichen Mitteln ist dieses Problem nicht in den Griff zu bekommen. Denn die NPD versteht es geschickt zu vermeiden, offen mit rechtsextremistischen Positionen zu werben. Sie versucht stattdessen oft, allgemeine soziale Themen oder sogar regionale Probleme aufzugreifen. Das Thema Kreisgebietsreform und **Dithmarschen** ist schon von den Vorrednern angesprochen worden. Das belegt ja, wie wichtig es ist, dass deutlich gemacht wird, dass eine solche Bürgerinitiative natürlich nichts mit Rechtsradikalismus zu tun hat. Dieses Beispiel macht aber deutlich, dass das Thema ausgebeutet und ausgenutzt werden kann.

Der Bericht geht auf einige **Schwerpunkte** der rechtsextremen Szene ein. So gibt es in Dithmarschen mit Neufeld ein Zentrum. Wie wir den Medien entnehmen konnten, hatte die Polizei mit einem großen Einsatz versucht, eine Neonazi-Versammlung wegzuräumen. Weiterhin gibt es auch im Großraum Lübeck und in Neumünster mit dem ominösen Club 88 solche regionalen Schwerpunkte. Von Aktivitäten im Landesteil Schleswig ist im Bericht der Landesregierung nicht die Rede. Aber „Flensburg Avis“ hat letztlich berichtet, dass es eine „Kameradschaft NF“ gibt, die versucht, linksalternative Jugendliche zu bedrohen. Auch damit sollte man sich beschäftigen.

Im Hinblick auf die anderen Aspekte dieses Berichtes will ich noch kurz etwas zum Thema **Islamismus** sagen. Angesichts der Ereignisse der letzten Jahre und auch vor dem Hintergrund, dass einer der so genannten Kofferbomber in Kiel lebte, widmet die Landesregierung den extremistischen Bestrebungen von Ausländern und auch dem Islamismus einen großen Teil des Berichtes. Dabei wird aber deutlich, dass auch die Verschärfung der Gesetze von Bund und Ländern in den letzten Jahren keinen wirklichen Fortschritt bei der Bekämpfung dieser extremistischen Ausländer gebracht hat. Darum bleibt aus meiner Sicht die Schlussfolgerung: Wir können nicht mit weiter verschärften Gesetzen weiterkommen. Was wirklich angebracht ist, ist ein Dialog mit muslimischen Gruppierungen, mit Menschen, die hierher kommen. Erst wenn wir einen solchen Dialog über gemeinsame Werte hinbekommen, werden wir auch weiterkommen.

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Frau Kollegin, die Zeit!

Anke Spoorendonk [SSW]:

Ja. - Die Wertediskussion ist aus unserer Sicht also viel wichtiger für den Erhalt der Demokratie als so manche Gesetzesverschärfung aufgrund aktueller Bedrohungen.

(Beifall bei SSW und FDP)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke der Frau Abgeordneten Anke Spoorendonk. Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Es ist Ausschussüberweisung beantragt worden. Es ist beantragt worden, den Bericht Drucksache 16/1358 dem Innen- und Rechtsausschuss zur abschließenden Beratung zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Meine Damen und Herren, wir sind jetzt noch reichlich vor der Zeit, trotzdem schlage ich vor, an diesem Punkt die Sitzung zu unterbrechen und nicht noch die Punkte ohne Aussprache oder irgendwas zu beraten. Das können wir an anderer Stelle tun.

Gestatten Sie mir jetzt noch zwei Hinweise. Ich bitte die Abgeordneten sehr herzlich, zum Festakt um 12 Uhr pünktlich wieder hier zu sein, und ich bitte Sie, die Tische so zu räumen, dass es nicht nach Arbeit, sondern ein bisschen nach Festakt aussieht. Wir treffen uns dann hier im Plenum um 15 Uhr zu Tagesordnungspunkt 38, Europabericht, wieder.

Die Sitzung ist unterbrochen.

(Unterbrechung: 11:32 bis 15:03 Uhr)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die Sitzung nach der Mittagspause und begrüße Sie recht herzlich.

Bevor ich in die Tagesordnung eintrete, teile ich Ihnen mit, dass Herr Minister Dr. von Boetticher wegen auswärtiger dienstlicher Verpflichtung beurlaubt ist.

Auf der Tribüne begrüße ich Senioren des Bundes Deutscher Nordschleswiger aus dem Bezirk Tondern. - Herzlich willkommen, meine Damen und Herren!

(Beifall)

(Vizepräsidentin Ingrid Franzen)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 38 auf:

Schleswig-Holstein in Europa: Europapolitische Schwerpunkte der Landesregierung 2007 - Europabericht 2007 -

Bericht der Landesregierung
Drucksache 16/1214

Ich erteile dem Minister für Justiz, Arbeit und Europa, Herrn Uwe Döring, das Wort.

Uwe Döring, Minister für Justiz, Arbeit und Europa:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Keine Angst! Ich werde nicht über das europäische Mehrebenensystem oder europäische Sandwichs reden.

(Heiterkeit)

Ich habe erlebt, wie durch das gesamte Parlament ein Ruck ging.

Meine Damen und Herren, der Europabericht dient dazu, dem Landtag einen Ausblick auf die **europäischen Schwerpunkte des Jahres** zugeben. Aus terminlichen Gründen war eine Debatte vorher leider nicht möglich. Immerhin gibt uns der späte Termin Gelegenheit, auch jetzt schon über einige Dinge in der europäischen Ratspräsidentschaft zu reden.

Aus der Fülle der Themen des Europaberichts, mit dem wir uns im Ausschuss sicherlich detailliert beschäftigen werden, möchte ich nur zwei Bereiche aufgreifen: die soziale Dimension Europas und die europäische Meerespolitik.

Wir alle wissen: Wir sind kein Mitgliedstaat. Wir sind eine kleine Region in Europa. - Trotzdem ist es meiner Meinung nach richtig und wichtig, dass wir aktiv sind und uns auf die Themen beschränken, die für unsere eigene Zukunft besonders wichtig sind. Denn: Wer klein ist, der muss schnell und schlau sein, um seine Anliegen in Brüssel vortragen zu können. Schleswig-Holstein ist schnell und schlau.

(Beifall bei SPD und CDU)

Das beweisen wir in der **europäischen Meerespolitik**. Wir haben innerhalb kürzester Zeit ein sehr gutes Standing in Brüssel erarbeitet. Damit müssen wir weiter wuchern und wir müssen es in konkrete Politik umsetzen. Wir stehen noch ganz am Anfang. Aber auch 2007 wird dies ein Schwerpunkt der Landesregierung sein.

Die unter unserer Federführung im März in Brüssel veranstaltete Konferenz der norddeutschen Länder zum Thema „Meer und Wirtschaft“, der Abschluss

des Konsultationsprozesses zum Grünbuch und der anschließende Aktionsplan sind nur drei Beispiele für die ungeheure Eigendynamik, die das Thema Meerespolitik entwickelt hat. Es ist erstaunlich, wie in kurzer Zeit ein solcher Begriff geprägt und mit Leben erfüllt wird.

Ich kann auch auf meine Erfahrungen verweisen, die ich letzte Woche in Bremen gemacht hat. Ich war Ende letzten Jahres in Berlin. Ich habe nicht geglaubt, dass die Bundesregierung dieses Thema so nach vorne bringt und dass sich die Bundeskanzlerin in ihrer Rede zu diesem Thema so deutlich auslassen wird. Gleiches gilt für Herrn Bundesminister Tiefensee, aufgrund dessen Namen ich immer die Hoffnung hegte, dass er zur europäischen Meerespolitik ein besonders Verhältnis hat.

(Heiterkeit)

Hinter diese deutlichen Worte der Bundesregierung kann die Politik in Berlin nicht mehr zurückfallen. Das heißt, die Botschaft von der Küste ist in Berlin angekommen.

(Beifall bei der CDU)

Das ist ein Erfolg sowohl des Parlaments als auch der Landesregierung. Bei diesem Thema - das sage ich Ihnen deutlich - gibt es keine politischen Differenzen. Das gilt auch für die Regierung: An dieser Stelle passt zwischen den Ministerpräsidenten und den Europaminister keine Alge.

(Beifall bei SPD und CDU)

In Berlin wird in der Schlusserklärung zur deutschen Präsidentschaft dieses Thema Meerespolitik in all seinen Facetten enthalten sein. Dabei dürfen wir die **Meeresumweltpolitik** nicht vergessen.

Konkrete Erfolge für Schleswig-Holstein heißen in Bremen Folgendes:

Erstens. Wir haben ein deutliches Bekenntnis der Bundesregierung durch Frau Merkel sowie ein deutliches Bekenntnis der Europäischen Kommission durch Herrn Barroso zum Thema **Offshore-Windkraft**. Das ist eine der wichtigen Zukunftsenergien. Ich hoffe, dass wir in Schleswig-Holstein bald eine Pilotanlage haben, damit die einzige 5-MW-Anlage nicht vor der schottischen Küste steht. Auch vor der schleswig-holsteinischen Küste muss eine stehen.

(Beifall bei der CDU)

Zweitens. Ich habe mit der Generaldirektion gesprochen. Die Generaldirektion hat ein hohes Verständnis für unsere Wünsche zum Thema **Landstrom**. Sie versteht nicht, dass sich Berlin in dieser

(Minister Uwe Döring)

Sache auf entsprechende Dinge und Formalia zurückzieht.

Der dritte Punkt betrifft die **Kooperation maritimer Forschungsinstitute**. Das ist eine Forderung von uns und auch eine Forderung innerhalb des Ausschusses der Regionen. Dieses wird aufgegriffen. Es ist am Ende der Konferenz deutlich geworden: Die Bundesregierung wird ein Koordinierungssekretariat fördern. Dieses wird jetzt ausgelobt. Unsere Chancen sind gut, dass es nach Kiel kommt. Wir müssen gemeinsam dafür kämpfen, dass diese Koordinierungsstelle für europäische Meerespolitik nach Kiel kommt.

(Beifall bei SPD und CDU)

Die Vertreter sowohl in Southampton als auch in Brest sind damit einverstanden. Sie wissen, dass wir in diesem Bereich eine hervorragende Rolle spielen. Das heißt, wir haben hier ganz konkrete Erfolge vorzuweisen. Das muss so weitergehen.

Der **maritime Aktionsplan** soll im Oktober vorgelegt werden. Ich wünsche mir, dass wir sehr schnell dabei sind, auch in Schleswig-Holstein einen regionalen Aktionsplan zu entwickeln, um aktiv Politik im integrativen Ansatz zusammenzuführen. So macht es auch Brüssel. Wir müssen sagen: Wir sind die Meeresregion, die Best Practice an dieser Stelle tatsächlich vorweisen kann. Dies wäre ein Riesenerfolg für uns. Dies wird einer der Schwerpunkte unserer Europapolitik sein.

Ich sage noch einmal: Ich habe mit den süddeutschen Ländern hinsichtlich der Erklärung im Bundesrat große Probleme gehabt. Diese haben gesehen, dass die Küste Förderungsmittel haben will. Sie hatten die Sorge, dass wir Förderungsmittel aus dem Süden abziehen wollen.

Ich würde das herzlich gern tun, weil wir unterversorgt sind. Aber ich bin Realist. Deswegen habe ich nur davon gesprochen, die Mittel, die wir haben, in einem gemeinsamen Fonds zu bündeln, damit wir die verschiedenen Dinge aus einer Hand finanzieren können. Es war sehr schwierig, weil das Binnenland angenommen hat, dass Meerespolitik nur der Küste zugute komme. Ich sage hier an dieser Stelle und das müssen wir an anderen Stellen noch lauter sagen: Wenn wir an der Küste Zukunftspolitik machen, dann haben das gesamte Land und die gesamte EU etwas davon. Die Wertschöpfung findet auch in Nordrhein-Westfalen, auch in Bayern und auch in Baden-Württemberg statt.

(Beifall)

Das heißt, wenn wir hier an der Küste etwas tun, tun wir etwas für das ganze Land.

Ich möchte an dieser Stelle noch eine letzte Sache ansprechen. Wahrscheinlich überschreite ich damit meine Zeit, aber mir ist das wichtig. Es geht um eine Sache, die politisch als Botschaft herüberkommen muss. Vor 20 Jahren waren wir an der Küste abgeschrieben. Man hat gesagt: Ihr habt sterbende Industrien, seht mal zu, ihr habt ja den Fisch. Ansonsten macht einen Nationalpark und stellt ein Schild auf: Bitte nicht füttern. Sonst ist dort nichts mehr zu holen.

Meine Damen und Herren, ich bin fest davon überzeugt: Diese Zeit ist vorbei. Die Welternährung wird ohne Meere nicht gesichert werden können. Die Energieprobleme werden ohne Meerespolitik nicht lösbar sein, die Klimaprobleme schon gar nicht. Auch eine zukunftsorientierte Beschäftigungspolitik wird sich aus der Meerespolitik entwickeln. Das heißt, wir hier haben wirkliche Visionen, wir haben Zukunftspolitik. Insofern liegt die Zukunft der EU und der Bundesrepublik an der Küste!

(Beifall bei SPD und CDU)

Über die soziale Dimension rede ich das nächste Mal.

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke dem Herrn Minister. Wir können schon die Uhr lesen. Sie haben die Redezeit um 2,5 Minuten überschritten. Das erhöht die Redezeit der Fraktionen entsprechend.

Doppelte Motivation: Man kann Professor Block so verstehen, wie man will. Ich habe ihn so verstanden: Europa ist ganz wichtig. Großmutter und Großzügigkeit reimt sich auch.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Manfred Ritzek mit einer Redezeit in gleicher Länge.

Manfred Ritzek [CDU]:

Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich bin davon überzeugt, wir alle sind noch sehr bewegt von den Feierlichkeiten, die wir gerade beendet haben. Eigentlich, Herr Europaminister Döring, wollte ich Sie erst zum Schluss meiner kurzen Rede loben. Aber ich muss ehrlich sagen: Das, was Sie gesagt haben, hätte ich nicht besser sagen können.

(Heiterkeit und Beifall)

Ich habe die Aufgabe, über einige andere Positionen aus dem **Europabericht** zu sprechen. Aber ich möchte auch ein bisschen staatsmännisch beginnen,

(Manfred Ritzek)

(Heiterkeit)

weil mir der heutige Tag so wichtig ist.

Wir haben soeben die Feierstunde anlässlich der ersten konstituierenden Sitzung unseres Landtages vor 60 Jahren gehabt. Nur ganz wenige Monate vor diesen 60 Jahren hatte der britische Premierminister Winston Churchill in einer Aufsehen erregenden Rede in Zürich zur Aussöhnung und Partnerschaft der europäischen Länder aufgerufen. Vor 50 Jahren wurden die Römischen Verträge zwischen sechs ehemaligen Kriegsgegnern geschlossen, womit der Friedensprozess endgültig unumkehrbar wurde.

Heute, meine Damen und Herren, berichtet unser Europaminister, Herr Döring, über die **europapolitischen Schwerpunkte 2007**, über Schwerpunkte, die beweisen, dass Schleswig-Holstein in den europäischen Prozess eingebunden ist und in bedeutenden Bereichen eine Führungsrolle übernommen hat, zum Beispiel im Bereich der europäischen maritimen Politik. Ich zitiere: „Meerespolitik muss ein wichtiger Bestandteil der EU-Politik sein“, so Minister Uwe Dörings Bekenntnis anlässlich der in der vorigen Woche verabschiedeten „Bremer Erklärung“. Dem können wir nur zustimmen.

Meine Damen und Herren, nun einige Anmerkungen zum Europabericht 2007. Wir müssen uns mit neuen Begriffen und neuen Inhalten im Bericht über die Europapolitik der Landesregierung anfreunden. Ich erwähne nur zwei oder drei. Dazu gehört zum Beispiel die Umsetzung des **Flexicurity-Modells** - ich weiß nicht, ob das schon jemand von Ihnen gehört hat -, ein Modell zur Anpassung an den Wandel des Arbeitsmarktes. Der Begriff setzt sich zusammen aus den englischen Wörtern Flexibility und Security. Dieses Modell beschreibt die für Dänemark typische Verbindung von Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt und sozialer Sicherheit für die Beschäftigten und soll jetzt auf die gesamte Europäische Union angewendet werden. Das Modell wird kritisch betrachtet; mit Recht. Problematisch ist zum Beispiel die im Bericht erwähnte Umsetzung des Modells bezüglich interner und externer Flexibilität. Was bedeutet das? Das bedeutet, dass Unternehmen erst eigene Leute ausbilden und dann akzeptieren sollen, dass diese zu anderen Unternehmen abwandern. Ich halte das für ein ziemlich schwieriges Postulat.

Ein weiterer Begriff, mit dem wir noch nicht so vertraut sind, ist der Begriff **RENREN**. Dabei handelt es sich um die Gründung des Regionennetzwerkes für regenerative Energien, in das Schleswig-Holstein seine Expertise für Windkraft einbringt, Oberösterreich zum Beispiel für Biomasse, Island

für Geothermie, Zypern für Solarthermie, Nord-schweden für Wasserkraft und Wales für Ozeanographie.

Meine Damen und Herren, bedeutend erscheint mir in diesem Bericht das klare Bekenntnis zur besseren Einbeziehung der nationalen und regionalen Parlamente in die EU-Gesetzgebung. Das **Subsidiaritätsprinzip** wird hier erwähnt und vom Minister besonders hervorgehoben. Das sind keine rituellen Beschwörungen, wie vorhin Professor Ruck gesagt hat, sondern das ist eine klare Aussage und eine Forderung unseres Europaministers, für die Landesparlamente Gestaltungsmöglichkeiten zu eröffnen.

Wir sind mit dem Landtag und mit unserer Regierung in verschiedenen nationalen und internationalen Gremien tätig und haben dort höchstes Ansehen.

Die Energiepolitik wird in dem Bericht besonders in Bezug auf die regenerativen Energien in vielen Facetten erwähnt, auch im Zusammenhang mit dem Klimaschutzproblem. Der Bürokratieabbau soll forciert werden. Wir alle können gespannt auf die Ergebnisse im nächsten Bericht in Bezug auf diese Zielvorstellungen sein.

Die **Aktivitäten im Ostseeraum**, auch die Verbindung mit Kaliningrad, werden erwähnt. Wir haben ja gerade das zweitägige Kaliningrader Symposium in Hamburg und Kiel durchgeführt, und zwar vom Schleswig-Holsteinischen Landtag, von der Oblast Kaliningrad und von der Hamburger Bürgerschaft.

Sehr geehrter Herr Minister, ich möchte Ihnen meinen persönlichen Dank und auch den Dank der Fraktion für Ihr Engagement für Europa aussprechen und ich möchte auch Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für den Bericht danken, den sie erstellt haben, den wir uns alle ansehen sollten. Der Bericht ist umfassend, kritisch und projektorientiert. Der Bericht fordert alle hier im Hohen Hause auf, Europa mit zu gestalten. Meine Damen und Herren, tun wir das!

(Beifall bei CDU und SPD)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke dem Herrn Abgeordneten Ritzek. - Das Wort für die SPD-Fraktion hat der Herr Abgeordnete Rolf Fischer.

Rolf Fischer [SPD]:

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Debatte über den Europabericht fällt in die Zeit der deutschen Ratspräsidentschaft; der Minister hat das erwähnt. Die deutsche Ratspräsi-

(Rolf Fischer)

denschaft ist fast am Ende. Wir können feststellen, dass kein Zeitpunkt besser geeignet ist, über einen solchen **Europabericht** zu reden, weil dieser Europabericht einen großen Vorteil hat, der auch zu Beginn erwähnt werden sollte. Er hat nämlich das Ziel, eine Art von Vorausschau von Europapolitik zu formulieren. Das ist in einer Zeit, in der wir eine kombinierte Ratspräsidentschaft haben, nämlich eine Staffelübergabe, eine ganz wichtige Voraussetzung, um kontinuierlich auf Europa, auf Brüssel, auf Berlin europapolitisch einzuwirken.

Das kann man nur dann, wenn man sich eine Vorausschau gibt. Der Bericht tut das. Deswegen an dieser Stelle ein herzlicher Dank für diese strukturellen Überlegungen, dem Parlament einen solchen Bericht vorzulegen. Dieses Parlament leidet ja nicht an einer zu geringen Zahl von Berichten, sondern eher im Gegenteil. Dieser hat durch diese strategische Ausrichtung, nämlich zu sagen, wir schauen nach vorn, eine ganz erhebliche Existenzberechtigung. Dafür sagen wir auch als Fraktion an den Minister und die Mitarbeiter im Europaministerium: „Danke schön!“

(Beifall bei SPD und CDU)

Eine der zentralen Aussagen des Berichtes ist, dass die **Akzeptanz von Europa** mit **konkreten Erfolgen** erhöht werden muss. Wenn uns das nicht gelingt, werden wir tatsächlich abstrakte Debatten führen. Es mag sein, dass die Diskussion über die europäische Verfassung eine abstrakte Debatte ist. Ich will aber an dieser Stelle gern darauf hinweisen: Es ist schon eine Tragik, die wir erleben, dass der Entwurf der europäischen Verfassung, der eigentlich nicht Teil des Problems ist, sondern Teil der Lösung des Problems, weil er Transparenzrichtlinien enthält, weil er Kompetenzabgrenzungen macht, weil er einen Grundrechtekatalog enthält, also all die Fragen beantwortet, die die Menschen kritisch an Europa stellen, durch die beiden negativen Referenden praktisch tot ist.

Wir können davon ausgehen, dass er so, wie er vorliegt, nicht wieder eingebracht wird. Es wird noch vielfältiger Debatten in diesem Parlament bedürfen, damit wir hier in den nächsten Jahren mit dem Minister, mit Berlin eine Form finden, dass wir 2009 zumindest dahin kommen, dass wir so etwas wie einen **Grundrechtevertrag** bekommen, nämlich eine verbindliche Regelung von Menschenrechten, Menschenwürde, demokratischen Richtlinien, der sich alle alten und neuen Staaten anschließen müssen. Das ist das Minimum an Verfassungsregelung, das wir für Europa brauchen. Wir sollten alles tun, um das zu erreichen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich einen zweiten Bereich von größter Bedeutung ansprechen: Etwa zwei Drittel der Bundesbürger wünschen, dass sich Europa über das **Soziale** definiert. Ich kann vielleicht ein paar Punkte ergänzen, die der Minister durch Leidenschaft und Inhalt hier nicht mehr referieren dürfen. Zwei Drittel der Bundesbürger wünschen, dass sich Europa über das Soziale definiert und nicht über den Binnenmarkt oder den Euro. Auch dies spricht der Bericht an und er zeigt Perspektiven auf.

Wir begreifen die Arbeit an einem sozialen Europa als großes integrationspolitisches Projekt. Wir können während der Dreierpräsidentschaft deshalb wichtige Wegmarken setzen. So muss es unser Ziel sein, Arbeitnehmerrechte und Mitbestimmung auf der europäischen Ebene abzusichern und auszubauen. Sie gehören bei aller Unterschiedlichkeit der nationalen Regelungen zu den tragenden Säulen des europäischen Sozialmodells. Der Bericht verweist auf die soziale Dimension und unter anderem auf das vorliegende Grünbuch „Modernes Arbeitsrecht“ sowie auf eine Reihe von arbeitsmarktpolitischen Initiativen, die sich auch auf das Vorbild Dänemark beziehen. Nachdrücklich wenden wir uns gegen eine Abwärtsspirale bei den Löhnen und den sozialen Standards in Europa.

(Beifall bei der SPD)

Lohn-, Sozial- und Steuerdumping darf in Europa keinen Platz finden. Denn wenn wir das zulassen, werden wir nicht nur ein Europa der mehreren Geschwindigkeiten in der Entwicklung bekommen, wir werden vor allen Dingen ein Europa der sozialen Ungerechtigkeit bekommen. Wenn wir Integration wollen, Akzeptanz von Europa, Identität mit diesem Gebilde, werden wir das nur hinbekommen, wenn das, was wir heute Morgen gehört haben, nämlich die Frage der Gerechtigkeit, eine der zentralen Fragen ist, die wir in Europa beantworten müssen. Das können wir nicht, wenn wir das europäische Sozialmodell nicht weiterentwickeln.

Voraussetzung ist soziale Gerechtigkeit in Europa, damit sich die Menschen mit Europa identifizieren können. Das betrifft die Menschen nämlich unmittelbar,

(Beifall bei der SPD sowie der Abgeordneten
Jürgen Feddersen [CDU] und Manfred Ritzeck [CDU])

nicht nur in ihrer Haltung zu Europa, sondern auch in ihrem Verhältnis zur demokratischen Gesellschaft überhaupt.

(Rolf Fischer)

Meine Zeit hier vorn läuft jetzt ab, meine politische Zeit noch nicht. Ich werde sie auch im Europaausschuss verbringen und mit Ihnen über diesen Bericht und über die Nordseekooperation, die zu loben ich jetzt nicht mehr in der Lage bin, weil mir die Zeit wegläuft, sprechen. Ich freue mich auf die Debatte.

(Beifall bei SPD und CDU)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke Herrn Abgeordneten Fischer. - Das Wort für die FDP-Fraktion hat nun Herr Abgeordneter Dr. Klug.

Dr. Ekkehard Klug [FDP]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Angesichts der Kürze der Zeit gleich zu einigen inhaltlichen Punkten. Zu den neueren Themenschwerpunkten der Europapolitik gehört das Ziel einer besseren **Rechtsetzung**. Dahinter verbergen sich die bekannten Themen Abbau von Bürokratie, Abbau unnötiger Regelungsdichte. Hier liegt sicherlich auch einer der wesentlichen Ansatzpunkte zur Überwindung der Europamüdigkeit, von der auch in dem vorliegenden Bericht der Landesregierung eingangs die Rede ist. Es geht darum, mit einer transparenteren, überschaubareren, einfacheren Form von Rechtsetzung wieder Akzeptanz bei den Bürgern der EU zurückzugewinnen.

Die Landesregierung warnt in diesem Zusammenhang vor Nebenwirkungen einer solchen Neuausrichtung der EU-Politik, Nebenwirkungen in Form von möglichen Rückverlagerungen von Bürokratiekosten, die bisher zulasten der Wirtschaft gehen und die auf die öffentliche Hand zurückfallen könnten, speziell auf Länder und Kommunen. Das ist im Einzelnen auf den Seiten 6, 7 und 33 nachlesbar. Die Aussagen im Bericht der Landesregierung hierzu sind allerdings sehr allgemein gehalten. Ich wünschte mir, dass das ein bisschen konkretisiert werden und von der Regierung eine Antwort auf die Frage gegeben werden könnte, wo sich die befürchteten Tendenzen konkret abzeichnen und was vonseiten der Landesregierung gegebenenfalls unternommen worden ist, um dem entgegenzuwirken.

Meine Damen und Herren, ein weiteres Thema ist die Verbesserung der **Länderbeteiligung** im Vorfeld der **EU-Gesetzgebung**. Der Bericht führt dazu auf Seite 11 aus:

„Ansätze der Länder, mit der Bundesregierung zu Absprachen über eine vorgezogene Einführung des Frühwarnsystems zu gelan-

gen, stagnieren derzeit angesichts des auch von den Ländern vertretenen vorrangigen Ziels, den Verfassungsvertrag weitestgehend in der vorliegenden Form in Kraft zu setzen.“

Ich halte einen solchen Aufschub und den dazu im Bericht hergestellten Begründungszusammenhang keinesfalls für zwingend. Es scheint mir auch politisch nicht ratsam zu sein, mit entsprechenden Bund-Länder-Vereinbarungen so lange zu warten, bis die EU 2009 die kürzlich in der Berliner Erklärung in Aussicht gestellte erneuerte gemeinsame Grundlage erhalten wird. Das wäre eine relativ lange Wartezeit.

Im Übrigen, wie die erneuerte gemeinsame Grundlage der Europäischen Union aussehen wird, ist ja offen. Die Berliner Erklärung ermöglicht ihrem Wortlaut nach sowohl einen neuen Anlauf zu einer **EU-Verfassung** als auch ein sehr viel bescheideneres, **kleinen Grundvertrag**. Nun hat der neue französische Staatspräsident Nicolas Sarkozy mit der Formel vom vereinfachten Vertrag, der dann keines Referendums mehr in Frankreich bedarf, genau in diese zweite Richtung gedeutet. Man hört vom mutmaßlichen nächsten Premierminister von Großbritannien, Gordon Brown, dass auch er einen Minivertrag gegenüber dem bisherigen Verfassungsvertragsentwurf eindeutig bevorzugt. Das heißt, wir müssen uns darauf einstellen, dass diese zweite Variante zum Zuge kommt.

(Unruhe)

Dann sind zwei Bestandteile - um das aufzugreifen, was schon gesagt worden ist - für einen solchen neuen Grundvertrag ganz wichtig, nämlich einerseits so etwas wie eine europäische Bill of Rights, eine Erklärung der Bürgerrechte und Grundrechte in der Europäischen Union, und andererseits ein zweites Kapitel, das die institutionellen Reformen, die im Verfassungsvertragsentwurf vorgesehen sind, umsetzt, einschließlich der Aussagen zur Subsidiaritätskontrolle. Das halte ich für ganz wichtig, denn nur so kommen wir im institutionellen Bereich zu einer funktionsfähigeren Gemeinschaft, die wiederum in der Lage ist, größere Akzeptanz bei den Bürgern zu erreichen.

(Beifall der Abgeordneten Anke Spooren-
donk [SSW])

Meine Damen und Herren, ich habe nur noch 50 Sekunden. Letzte Anmerkung in zwei Sätzen! Wir werden uns zeitnah auch Gedanken über eine neue **Russlandstrategie** der Europäischen Union machen müssen. Es darf nicht dazu kommen, dass sich die EU im Sinne der Formel vom alten Europa und neuen Europa auseinanderdividieren lässt. Ich

(Dr. Ekkehard Klug)

könnte das jetzt mit ein paar Beispielen untermauern. Solche Gefahren bestehen eindeutig. Das sind Themen, die wir im Rahmen unserer Ostseezusammenarbeit mit unseren Partnern im Ostseeraum dringend diskutieren müssen.

Es geht einerseits darum, den Gesprächsfaden mit dem Partner und Nachbarn Russland nicht aufzugeben, ihn weiter zu führen, andererseits im Hinblick auf die Werteorientierung aber auch darum, im europäischen Sinn klar Flagge zu zeigen, was die Zivilgesellschaft, die Grundrechte, die Grundfreiheiten, die Pressefreiheit und andere Grundrechte betrifft. Hier geht es darum, wirklich europäische Wertegemeinschaft erkennbar werden zu lassen und nicht bloß business as usual und Geschäftemacherei nach außen als unser Anliegen rüberkommen zu lassen.

(Beifall bei der FDP und der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke Herrn Abgeordneten Dr. Klug. - Das Wort für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat nun Herr Abgeordneter Detlef Matthiessen.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Wir bedanken uns bei der Landesregierung, beim Europaminister für den informativen Europabericht, den Sie uns vorgelegt haben. Ich kann hier nur auf einige Punkte eingehen, die ich besonders interessant finde.

Wie ich dem Bericht der Landesregierung entnehmen kann, hat der Europäische Rat bereits vor zwei Jahren beschlossen, dass die Sicherung und Umweltverträglichkeit der **Energieversorgung** als herausgehobenes Thema von der EU behandelt werden soll.

Dazu sollen die Aspekte Steigerung der Energieeffizienz, Einsparung von Energie und Ausbau der erneuerbaren Energien gehören. Endlich bekommen damit die Themen, die wir Grünen seit Jahrzehnten hartnäckig auf die Agenda setzen, den Stellenwert, der ihnen zukommt.

Ich habe Ende Januar ein Expertengespräch veranstaltet, Herr Minister Döring. Das Ergebnis war, dass eine Stromversorgung Europas und seiner Nachbarn auf der Basis erneuerbarer Energien möglich ist, und zwar vollständig.

(Zuruf von der CDU)

- Sprechen Sie mich doch bitte an, Herr Kollege! Machen Sie nicht völlig merkwürdige Zwischenrufe! Sie haben Gelegenheit genug, mit mir über Energiepolitik zu diskutieren. Dies sollten Sie als Vorsitzender des zuständigen Ausschusses vielleicht auch einmal gelegentlich wagen.

(Zurufe von der CDU)

Auf der Basis erneuerbarer Energien Europa mit Strom zu versorgen ist also vollständig möglich. Daher hatte meine Veranstaltung den Titel „100 Prozent“ gehabt. Das ist das Ziel, das wir technisch erreichen können, das wir ökologisch erreichen müssen und wir wirtschaftlich günstiger darstellen können, als der fossil-atomare Weg jemals preislich zu erreichen in der Lage ist.

Noch erfolgreicher werden **Energie- und Klimapolitik**, wenn sie von 25 EU-Ländern gemeinsam gemacht werden. Eine europäübergreifende Politik kann für die ganze Welt Maßstäbe setzen. Ich hoffe, dass hier eines Tages eine global abgestimmte Politik möglich ist.

Die **deutsche Ratspräsidentschaft** in der EU tritt nicht als Treibriemen der Energiewende auf, sondern stellt sich auf die Bremse. Der Ausstoß von Klimagasen unserer Autos wird nach oben verhandelt. Der deutsche nationale Allokationsplan II für den Emissionshandel wird von der EU-Kommission zurückgewiesen. Zukunftsweisende Vorschläge wie die Einbeziehung des Flugverkehrs in den Emissionshandel kommen von der Kommission, niemals von der Bundesregierung.

Wie im Bund, so im Land. Auf die Frage, ob er für oder gegen **Geschwindigkeitsbegrenzungen** sei, antwortete der Umweltminister von Boetticher, das sei ein Instrument unter vielen. Er machte allerdings zu den vielen Möglichkeiten keinen einzigen eigenen Vorschlag und positioniert sich nicht.

Ministerpräsident Carstensen will Geschwindigkeitsbegrenzungen für Autos nicht ausschließen, positioniert sich jedoch genauso wenig wie sein Wirtschaftsminister Austermann, der das Wort Klimaschutz nur im Zusammenhang mit der Verlängerung von Restlaufzeiten von Atomkraftwerken kennt.

Im Übrigen bejubelt die Landesregierung den beabsichtigten Bau gigantischer **Kohlekraftwerke** in Brunsbüttel und Kiel, deren Realisierung jede Diskussion um Klimaschutz zu einem absurden Theater machen würde.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Detlef Matthiessen)

Unter anderem hat die EU als Schwerpunktziel den Ausbau der **Biomasse** genannt. Das ist wichtig und richtig. Wir müssen aber auch hier aufpassen. Zur Versorgung von Biogasanlagen mit Kofermenten werden in großem Stil Maisfelder angepflanzt, anstatt landwirtschaftliche und industrielle Reststoffe zu verwenden. Hier müssen wir den Grundsatz „Reststoffe vor Anbau“ und den Grundsatz „Stoffliche Verwendung vor energetischer Verwertung“ bekannt machen und durchsetzen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Unter dem Strich ist eines zu fordern: Wir brauchen eine **europäische Energiepolitik**. Bisher leitet sich die europäische Energiepolitik aus dem Wettbewerbs- oder dem Umweltrecht ab. Eine eigenständige europäische Energiepolitik haben wir nicht. Zumindest infrastrukturell brauchen wir europäische Netze.

Als wirtschaftspolitischer Sprecher möchte ich noch einmal auf die Gefahren durch die Liberalisierung von **Dienstleistungen** eingehen. Der **freie Binnenmarkt** bringt den Menschen in Europa viele Vorteile. Aber staatliche Aufgaben leichtfertig zu Marktdienstleistungen umzudefinieren ist ein Missbrauch der Liberalisierungspolitik. Das betrifft zum Beispiel die Versorgung mit Trinkwasser, Infrastrukturen im Verkehr und leitungsgebundener Energie, den Gesundheitsschutz, die Sicherung von Bildungschancen und dergleichen. Dies alles wird in der Dienstleistungsrichtlinie dem freien Markt ausgesetzt. Wir halten das für untauglich und für die Volkswirtschaft für Gift.

Wir Schleswig-Holsteiner haben wohl viel von der dänischen Sozialpolitik gelernt. Ich kann bei der CDU allerdings nur feststellen, dass sie dort Rosinenpickerei betreibt. Sie will die Flexibilität im Kündigungsschutz haben, aber nicht die Sicherungsinstrumente und die anderen begleitenden Instrumente. Das ist eine Politik - wie wir nur verkürzt bewerten können -, die untauglich ist. Sie kommt in dem Bericht nach meiner Meinung so nicht zum Ausdruck.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Bevor ich das Wort weitergebe, schaue ich auf die Besuchertribüne. Dort sehe ich den Geschäftsführer des Bundes Deutscher Nordschleswiger, Peter Iver Johannsen, uns seit langen Jahren durch intensive Zusammenarbeit bekannt. - Seien Sie uns hier im Landtag herzlich willkommen!

(Beifall)

Das Wort für den SSW hat nun deren Vorsitzende, Frau Abgeordnete Anke Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch im Namen des SSW ganz herzlichen Dank für diesen Bericht. Er ist informativ, konkret und regt zu weiteren Fragen an. Was will man von einem Bericht eigentlich mehr verlangen!

Klar ist, dass dieser Bericht vor dem Hintergrund der Tatsache gesehen werden muss, dass die Bundesrepublik in diesem Jahr die EU-Ratspräsidentschaft innehat, ebenfalls den Vorsitz unter den G-8-Staaten.

Das heißt: Im Mittelpunkt der deutschen **EU-Ratspräsidentschaft** im ersten Halbjahr steht natürlich immer noch die Frage nach der künftigen europäischen Verfassung. Die Bundesregierung soll im Juni dem Europäischen Rat einen Bericht über den aktuellen Stand und die möglichen künftigen Entwicklungen vorlegen, der als Grundlage dafür dienen soll, wie der Reformprozess der EU fortgesetzt werden kann.

In diesem Zusammenhang kann man nur diejenigen EU-Politiker warnen, die der Meinung sind, man könne der Bevölkerung in Holland und Frankreich oder auch in anderen **EU-Ländern** einfach nur einen wenig veränderten Verfassungsvertrag oder einen Zusatz zur **Verfassung** vorlegen.

Der neue französische Präsident Sarkozy hat schon deutlich gemacht, dass er sich allenfalls eine sehr abgespeckte Light-Version des ursprünglichen Vertrages vorstellen kann.

Ich kann mir auf keinen Fall vorstellen, dass Länder wie Großbritannien, Dänemark, Tschechien oder Polen dies anders sehen. Das heißt, die großen Träume von einer europäischen Verfassung als Wegbereiterin eines europäischen Bundesstaates sind damit wohl endgültig gescheitert. Ich kann dem Kollegen Klug nur zustimmen, wenn er sagt, dass das, worauf es jetzt ankommt, darin besteht, einen Grundrechtekatalog zu erarbeiten und Verfahrensvorschläge für die europäischen Institutionen zu machen. Das ist angesagt. Ich denke, das werden die Menschen in der EU nachvollziehen können.

Die Landesregierung schreibt im Europabericht zu Recht, dass in vielen Staaten die **Europaskepsis** weiterhin stark wächst. Das gilt auch für die deutsche Bevölkerung. Ich freue mich deshalb darüber, dass es uns allen Unkenrufen zum Trotz gelungen ist - mit „uns“ meine ich alle Fraktionen des Land-

(Anke Spoorendonk)

tags -, aufgrund eines Vorschlags des SSW eine **Bürgeranhörung** in **Schleswig-Holstein** gemeinsam zu beantragen. Wir sind weiterhin der Meinung, dass wir unbedingt einen Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern darüber brauchen, wie sich die EU weiterentwickeln soll.

Die wichtigsten Fragen sind immer noch diejenigen des Demokratiedefizits, der Erweiterung und der Grenzen der EU oder auch die Fragen nach den Zuständigkeiten Brüssels. Diese Fragen werden kontrovers diskutiert und müssen im politischen Rahmen auch offen und kontrovers diskutiert werden.

Wir versprechen uns von der Anhörung, die der Schleswig-Holsteinische Landtag nun am 6. Juli durchführen will, ein Stimmungsbild, das aus unserer Sicht auch in die Bewertung der deutschen Ratspräsidentschaft über die Fortführung des Reformprozesses mit einfließen sollte. Aus unserer Sicht ist das für 2007 eine der wichtigsten landespolitischen Aufgaben in der Europapolitik.

Ein weiterer für den Landtag wichtiger Punkt der Europapolitik ist die Frage eines **Frühwarnsystems bei EU-Initiativen**. Darauf werde ich jetzt nicht weiter eingehen. Aber ich denke, auch da gibt es vieles, was nachgearbeitet werden muss. Die Probleme, die es gegeben hat, bleiben weiter bestehen. Damit meine ich zum Beispiel die engen Zeitfenster, die für den Schleswig-Holsteinischen Landtag das Ganze sehr schwierig machen.

Mit dem landespolitischen Schwerpunkt „**europäische Meerespolitik**“ haben wir uns schon mehrfach beschäftigt, zum Beispiel auch während der letzten Landtagstagung im Zusammenhang mit der Vorbereitung für die Ostseeparlamentarierkonferenz. Der im Bericht erwähnte und im Landtag bereits beschlossene interfraktionelle Antrag - der Minister sprach es schon an - über „Schiffe an die Steckdose“ macht deutlich, worum es geht. Auch hier muss man einen etwas längeren Atem haben, aber wir wissen uns beim Europaminister in guten Händen.

Die **grenzüberschreitende Zusammenarbeit** mit Dänemark wird im Europabericht als vorbildlich dargestellt. Darauf werde ich jetzt wegen der Kürze der Zeit nicht weiter eingehen. Ich möchte aber als letzte Bemerkung noch einmal ansprechen, dass es natürlich aus Sicht des SSW zu begrüßen ist, dass die Landesregierung die soziale Dimension der EU - insbesondere das Vorbild der dänischen Arbeitsmarktpolitik - als weiteren Schwerpunkt ihrer Europapolitik ansetzt. Auch ich möchte hervorheben, dass Flexicurity Flexibilität und Security heißt. Man kann sich nicht nur die Flexibilität herausu-

chen. Zu dem dänischen Arbeitsmarktmodell gehört auch ein hervorragendes System von Weiterbildung und Qualifizierung. Es wäre gut, wenn wir dies bei uns einarbeiten könnten. Ich denke, wir können noch sehr viel lernen. Das wäre für uns etwas, was wir den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern anbieten sollten. Mit diesem Bericht gibt es also weitere Aufgaben zu erledigen.

(Beifall bei CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke Frau Abgeordneter Anke Spoorendonk. - Das Wort für einen Kurzbeitrag hat Herr Abgeordneter Rolf Fischer.

Rolf Fischer [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich will kurz einen Hinweis des Abgeordneten Klug aufnehmen, den ich sehr interessant und vertiefenswert finde. Sie haben darauf hingewiesen, dass man sich über die **Beziehungen zu Russland** Gedanken machen soll. Das halte ich für einen zentralen Gedanken für die Zukunft Europas. Das würde ich gern aufnehmen. Es gibt in Brüssel ein zartes Pflänzchen, das unter dem Namen neue europäische Ostpolitik aufwächst, so ein Begriff wie Nachbarschaftspolitik. Das hört sich nur auf den ersten Blick sehr weit weg an. Das ist etwas, was für den Landtag Schleswig-Holstein eine ganz interessante Perspektive sein kann. Wir haben einmal durch die von Ihnen angesprochene **Ostseekooperation** einen Kontakt zum Nicht-EU-Mitglied Russland, wir haben zudem über die Diskussion über Kaliningrad

(Anke Spoorendonk [SSW]: Über die Ostseepipeline!)

und über die Ostseepipeline, über Umwelt und Fragen der Energieversorgung enge Kontakte dorthin. Das weiß auch der Kollege Ritzek. Dort könnten wir unseren Beitrag in die neue Ostpolitik über Berlin nach Brüssel einbringen.

Wenn ich noch eines hinzufügen darf, was hier noch nicht angesprochen wurde, was aber aktuell ganz wichtig ist: Wenn man sieht, welche Probleme die russische Minderheit in Estland beziehungsweise die estnischen Menschen in Moskau haben, dann sage ich, dass zu dieser neuen Ostpolitik auch gehört, dass wir das, was wir an **Minderheitenpolitik** haben, verstärkt in die Diskussion einbringen. Hier sehe ich zwei oder drei Felder, die wir als Landesparlament mit einer durchaus bis nach Brüssel reichenden Perspektive versehen können. Wir sollten

(Rolf Fischer)

das im Europaausschuss formulieren und auch mit der Diskussion über den Bericht verbinden und noch einmal klären, welche Möglichkeiten wir haben.

(Beifall)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke Herrn Abgeordneten Fischer und erteile Frau Abgeordneter Spoorendonk das Wort für einen weiteren Kurzbeitrag.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte ausdrücklich unterstützen, was der Kollege Fischer gesagt hat, und damit auch in Erinnerung rufen, dass Schleswig-Holstein darum gebeten hatte, dass sich die deutsche EU-Ratspräsidentschaft auch mit dem Thema Minderheitenpolitik befassen sollte. Daraus wurde nichts, aber es ist angedacht worden, eine Veranstaltung auf europäischer Ebene zu diesem Thema durchzuführen. Das wird auch geschehen, vielleicht nicht in diesem Jahr, aber Anfang des nächsten Jahres.

Ich denke, es ist vor dem Hintergrund der Entwicklung in den **baltischen Ländern** ganz wichtig, dass man das Thema Minderheitenpolitik offensiv in dem europäischen Zusammenhang anspricht. Für eine **Zivilgesellschaft** ist wichtig, dass **Minderheiten** die gleichen Rechte haben wie Mehrheiten. Wir wissen natürlich, dass die Situation in den baltischen Ländern und auch die Situation der russischen Minderheit dort wegen der Geschichte sehr schwierig ist. Dennoch sollte es nicht so sein, dass wir mit zweierlei Maß messen. Wenn wir es mit unserer eigenen Minderheitenpolitik ernst meinen, sollten wir auch versuchen, die Erfahrungen, die wir gemacht haben, in diesen Prozess einzubringen. Von daher wäre es gut, wenn wir den Gedanken aufgreifen und wenn wir den Europaausschuss dafür auch als zuständigen Ausschuss nutzen könnten, um sich mit diesen Querschnittsaufgaben zu beschäftigen.

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP])

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Es ist Ausschussüberweisung beantragt worden. Der Bericht Drucksache 16/1214 soll dem Europaausschuss zur abschließenden Beratung überwiesen werden. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Ge-

genprobe! - Enthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 8 auf:

Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung wahlrechtlicher Vorschriften

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 16/1154

Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses
Drucksache 16/1369

Ich erteile dem Berichterstatter des Innen- und Rechtsausschusses, Herrn Abgeordneten Werner Kalinka, das Wort.

Werner Kalinka [CDU]:

Frau Präsidentin! Der Innen- und Rechtsausschuss hat sich mit dem ihm durch Plenarbeschluss vom 26. Januar 2007 überwiesenen Gesetzentwurf zur Änderung wahlrechtlicher Vorschriften in mehreren Sitzungen befasst und eine schriftliche Anhörung durchgeführt. Er schloss seine Beratungen am 2. Mai 2007 ab. Einstimmig empfiehlt er dem Landtag, den Gesetzentwurf in der rechten Spalte der Gegenüberstellung in der Drucksache 16/1369 anzunehmen. Änderungen gegenüber der Regierungsvorlage sind durch Fettdruck kenntlich gemacht.

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Gibt es Wortmeldungen zum Bericht? - Das ist nicht der Fall. Dann eröffne ich die Aussprache. Das Wort hat für die CDU-Fraktion erneut Herr Abgeordneter Werner Kalinka.

Werner Kalinka [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der jetzt zu beschließende Gesetzentwurf zur Änderung wahlrechtlicher Vorschriften verschlankt das Wahlrecht. Es entfallen zum Beispiel Statistiken, förmliche Verfahren zur Mandatsannahme und die Briefwahl wird vereinfacht.

Aber wir haben im Innen- und Rechtsausschuss einstimmig auch drei nicht ganz unwichtige Punkte des vorgelegten Gesetzentwurfes verändert. Es bleibt bei der **Portofreiheit von Wahlbriefen**, dazu brauche ich nichts weiter auszuführen.

(Beifall bei CDU, FDP und SSW)

(Werner Kalinka)

Es bleibt auch dabei, dass die Zusammensetzung der **Wahlausschüsse** weiter von den Gemeindevertretungen, Ratsversammlungen und den Kreistagen bestimmt wird. Der **Wahlprüfungsausschuss** bei Wahlanfechtungen und bei der Feststellung der Gültigkeit von Wahlen wird weiter vorgeschaltet, damit man nicht ganz allein auf das Votum der hauptamtlichen Vorlage angewiesen ist.

Ich denke, dass es vernünftig ist, dass wir die Rechte des **Ehrenamtes** gerade im kommunalen Bereich nicht geschmälert haben, sondern weiter beibehalten. Dies war mir auch ein persönliches Anliegen.

(Vereinzelter Beifall - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Lieber Kollege Kubicki, bei Punkt 1 wart ihr die Vorreiter und alle haben sich angeschlossen. Es war ein interessanter Prozess, der dort stattgefunden hat.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP])

Wir hatten zwei weitere Punkte, die hier anzusprechen sind. Das eine ist der im Laufe der Beratungen aufgekommene Gedanke, die **Fristen für Landrats- und Bürgermeisterwahlen** zeitlich zu verkürzen, sodass also beispielsweise die Landratswahl im Kreis Rendsburg-Eckernförde gemeinsam mit der nächsten Kommunalwahl am selben Tag, am 25. Mai 2007, stattfinden kann.

Wir haben uns dafür entschieden, dies zu ermöglichen. Auch dieser Beschluss ist einstimmig gefasst worden, es gab also ein breites Votum.

(Zuruf: Sehr gut!)

Wenn wir die Zweitausendergrenze bei den Gemeinden überschreiten, müssen wir nach geltender Gesetzeslage drei **Wahlkreise** haben. Die **Zahl der Mandate** erhöht sich, aus einem werden drei Wahlkreise. Wir haben darüber diskutiert, dies im Sinne von weniger Vertretern zu ändern. Die Abwägung hat ergeben, dass man gesagt hat, dass man ein Jahr vor einer Wahl keine wesentlichen Entscheidungen mehr treffen sollte.

Ich glaube, das muss man inhaltlich respektieren. Das ist ein vernünftiger Grundsatz. Deswegen ist diese Diskussion zumindest zu diesem Punkt in diesem Gesetzgebungsverfahren nicht mehr aktuell, nicht mehr auf der Tagesordnung. Er könnte möglicherweise noch einmal bei späterer Gelegenheit aufgerufen werden.

Meine Damen und Herren, der vorliegende Gesetzentwurf mit den Verschlinkungen bewegt keine Millionenbeträge, aber er sorgt für Kostensenkungen, sorgt für weniger Aufwand im kommunalen

Bereich und das Ehrenamt bleibt in der Verantwortung.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke dem Herrn Abgeordneten Kalinka. - Das Wort für die SPD-Fraktion hat der Herr Abgeordnete Klaus-Peter Puls.

Klaus-Peter Puls [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Gesetzentwurf der Landesregierung zur Änderung landes- und kommunalwahlrechtlicher Vorschriften enthält eine Reihe von Verfahrensvereinfachungen, daneben aber auch noch einige formelle Klarstellungen und redaktionelle Anpassungen. Insbesondere die **Verfahrensvereinfachungen** sind zum Teil mit **finanziellen Entlastungen** verbunden. Herr Kollege Kalinka hat einige Beispiele genannt. Der Verzicht auf die förmliche Zustellung der Benachrichtigung der Gewählten im Mandatsannahmeverfahren bei Gemeinde- und Kreiswahlen führt zum Beispiel landesweit immerhin zu geschätzten Minderausgaben von circa 50.000 € zu Beginn jeder Kommunalwahlperiode. Der ebenfalls vorgesehene Verzicht auf die repräsentative Wahlstatistik zu Landtagswahlen führt im Statistischen Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein zu Minderausgaben in Höhe von circa 18.000 € je Wahl. Die bei den Kreiswahlleiterinnen und Kreiswahlleitern und den Gemeindevahlbehörden entstehenden Minderausgaben sind darin nicht eingerechnet und kommen noch hinzu.

Einem Vorschlag - auch darauf hat Herr Kollege Kalinka schon hingewiesen -, der landesweit pro Wahl zu Minderausgaben von 100.000 € führen würde, wollen wir trotz der erklecklichen Summe nicht folgen. Auch in Zukunft soll es dabei bleiben - auch Herr Kollege Kubicki hat schon frühzeitig in einem Änderungsantrag auf diesen Punkt hingewiesen -, dass bei Landtagswahlen und Wahlen in den Gemeinden und Kreisen Briefwählerinnen und Briefwähler keine **Portokosten** zu tragen haben. Wir wollen nicht Menschen, die zum Beispiel wegen körperlicher Beeinträchtigung oder hohen Alters kein Wahllokal aufsuchen können und deshalb ihre Wahlstimme per Brief abgeben möchten, dafür zur Kasse bitten.

(Vereinzelter Beifall bei SPD und FDP)

Zudem sollten bei allen Wahlen gleiche Bedingungen herrschen. Für Europa- und Bundestagswahlen

(Klaus-Peter Puls)

ist die Streichung der portofreien Wahlbriefbeförderung auch nicht vorgesehen.

Abweichend vom Gesetzentwurf wollen wir die Beisitzerinnen und Beisitzer in den **Gemeinde- und Kreiswahlausschüssen** weiterhin durch die Hauptausschüsse oder Vertretungen wählen und nicht durch die Wahlleiterinnen oder Wahlleiter berufen lassen. Festhalten wollen wir schließlich auch an der Einrichtung eines **Wahlprüfungsausschusses** zur Vorbereitung der Entscheidungen der neuen Vertretungen über die Gültigkeit der Wahl oder über Wahleinsprüche.

Zusätzlich zu den Vorschlägen haben wir uns im Innen- und Rechtsausschuss einstimmig dafür ausgesprochen, das Zeitfenster für die **Direktwahlen** der Bürgermeister und Landräte zu erweitern, um einen Monat zu vergrößern. Hierdurch erhöhen wir die Möglichkeiten, Direktwahlen mit anderen Wahlen zusammenzulegen und auf diese Weise weiter erhebliche Kosten zu sparen.

Weitere substanzielle Veränderungen im Wahlrecht wollen wir ein Jahr vor der Wahl nicht vornehmen - auch darauf hat Herr Kollege Kalinka hingewiesen -, insbesondere nicht solche, die sich auf die Zahl der Kommunalwahlkreise und die Zahl der Mitglieder in den Kommunalvertretungen beziehen, dies auch, weil das Kandidatenaufstellungsverfahren formal schon seit dem 1. Dezember 2006, also eineinhalb Jahre vor der Wahl möglich ist. Wir werden diesen Punkt nach der Kommunalwahl im Mai nächsten Jahres - er ist uns vom Gemeindegtag und aus verschiedenen kleineren Gemeinden des Landes nahegebracht worden - wieder aufgreifen.

(Beifall bei SPD, CDU und BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke dem Herrn Abgeordneten Puls. - Das Wort für die FDP-Fraktion hat deren Vorsitzender, Herr Abgeordneter Wolfgang Kubicki.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auf den ersten Blick war der Gesetzentwurf des Innenministers zur Änderung des Gemeinde- und Kreiswahlgesetzes und des Landeswahlgesetzes eine Petitesse. So enthielt der Gesetzentwurf der Landesregierung beispielsweise Vorschläge wie die, es sollte durch moderate Änderungen im Gesetz auch die Durchführung der repräsentativen Wahlstatistik für die Landtagswahl und des förmlichen Verfahrens der Mandatsannahme bei Landtagswahlen und

bei Gemeinde- und Kreiswahlen verzichtet werden. Es sollten die Berufung der Beisitzerinnen und Beisitzer sowie der Stellvertreterinnen und Stellvertreter in die Wahlausschüsse auf kommunaler Ebene nicht mehr durch die jeweilige Vertretung oder durch den Hauptausschuss erfolgen, es sollte auf die zusätzliche Unterzeichnung von Wahlvorschlägen bisher noch nicht verretener Parteien und Wählergruppen durch Wahlberechtigte des Wahlgebiets zu Gemeindewahlen und Kreiswahlen, auf die sogenannten Unterstützungsunterschriften, verzichtet werden. Es sollten bei Landtagswahlen abgegebene Zweitstimmen künftig nicht mehr dann als ungültig gewertet werden, wenn in einem Wahlkreis versehentlich Stimmzettel eines anderen Wahlkreises ausgegeben worden sind. Soweit ist das unspektakulär.

Einen echten Knackpunkt gab es dann aber doch noch. So hatte die Landesregierung geplant, die bislang für die Wählerinnen und Wähler **portofreie Beförderung** ihrer im Inland aufgegebenen roten Wahlbriefe bei Landtagswahlen und bei Wahlen in den Gemeinden und Kreisen sowie bei Abstimmungen auf Landes- und Kommunalebene abzuschaffen. Künftig sollten also Wählerinnen und Wähler selbst für das Porto bei der Briefwahl aufkommen und das vor dem Hintergrund einer immer geringeren Wahlbeteiligung bei den letzten Wahlen. Dieser Vorschlag war Teil der Kompensationsmaßnahmen für den Eingriff in den kommunalen Finanzausgleich in Höhe von 120 Millionen € pro Jahr. Die **Kommunen** sollten immerhin **Einsparungen** von 100.000 € pro Wahl beziehen. Das wären dann, bezogen auf den Zeitraum 2007/2008, ein 2.400stel oder - Kollege Hentschel, als herausragender Mathematiker können Sie das sicherlich bestätigen -, 0,00416 %.

Diese Zahl überzeugte dann selbst Vertreterinnen und Vertreter der Grünen, die ja ansonsten an Sparbemühungen redlichen Anteil haben, dass dieser Vorschlag zur Einsparung doch kein geeigneter Vorschlag sei. So konnten wir - und da danke ich dem Vorsitzenden des Innen- und Rechtsausschusses persönlich ausdrücklich - im Rahmen einer Anhörung auch die anderen Vertreter, insbesondere der Behindertenorganisationen zu Wort kommen lassen, die uns bestätigten, dass gerade für Menschen mit Mobilitätseinschränkungen die **Briefwahl** eine unabdingbare Voraussetzung zur demokratischen Teilhabe sei.

(Beifall bei der FDP)

Ich bedanke mich noch einmal bei den Fraktionen, dass sie unerwartet, aber doch unspektakulär dem

(Wolfgang Kubicki)

FDP-Antrag gefolgt sind und es bei der Portofreiheit für die Briefwahl bleibt.

Auch in einem anderen Punkte wurde der Gesetzentwurf der Landesregierung geändert und das mit unserer Zustimmung: Die Gemeindevertretungen und Kreistage beziehungsweise die Hauptausschüsse werden auch weiterhin für die Besetzung der **Wahlausschüsse** zuständig sein. Zukünftig wird es auch dabei bleiben, dass es einen besonderen **Wahlprüfungsausschuss** zur Vorbereitung der Entscheidung der Vertretung über die Gültigkeit der Gemeindewahl beziehungsweise der Kreiswahl über Wahleinsprüche und bei Zweifelsfällen im Listennachfolgeverfahren gibt. Auch hier hatte das Parlament, um an die Bemerkungen des Bundestagspräsidenten anzuknüpfen, die Landesregierung korrigiert, damit demokratische Selbstkontrolle und Selbstbestimmung in den Kommunen aufrechterhalten bleibt. Ich sage schnell noch einmal, wir würden uns wünschen, dass es eine möglichst weitreichende kommunale Selbstbestimmung auch künftig gibt.

Wir stimmen dem übriggebliebenen Rest des Gesetzentwurfes der Landesregierung in der Form der Ausschussvorlage zu.

(Beifall bei der FDP sowie vereinzelt bei SPD und CDU)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke dem Herrn Abgeordneten Kubicki. - Das Wort für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Herr Abgeordnete Karl-Martin Hentschel.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr verehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich freue mich, dass es uns gelungen ist, die Portofreiheit bei den Wahlen aufrechtzuerhalten.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Frau Heinold war zunächst dagegen!)

- Ja, Frau Heinold ist eine sehr sparsame Frau, die immer darauf achtet, dass Geld gespart wird. Wir haben uns dann aber in der Fraktion mehrheitlich anders entschieden. Auch so etwas ist lebendige Demokratie. Das möchte ich noch einmal betonen.

Ich finde auch die beiden anderen Änderungen - ich glaube, die kommen aus der CDU-Fraktion - zur Wahl der Vertreter in den Wahlausschüssen und zur Beibehaltung des Wahlprüfungsausschusses gut. Ich möchte nur auf die Bemerkung des Innenministers im Ausschuss hinweisen, der immerhin darauf

hingewiesen hat - ich hatte das zunächst gar nicht gemerkt -, dass das beides Vorschläge aus dem sogenannten Schlie-Papier-I waren, also aus dem Entbürokratisierungsvorhaben der Landesregierung, dass das offenbar zentrale Einsparungsvorhaben der Landesregierung waren. Der Minister hat darauf hingewiesen, dass es nicht seine Schuld ist, wenn jetzt die zentralen Entbürokratisierungsvorhaben des Staatssekretärs Schlie in diesem Parlament heute scheitern.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke dem Herrn Abgeordneten Hentschel. - Das Wort für den SSW hat jetzt deren Vorsitzende, Frau Abgeordnete Anke Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der vorliegende Gesetzentwurf und die Beschlussvorlage des Innen- und Rechtsausschusses sollen ein weiterer Mosaikstein in der Aufgabenanalyse und Aufgabenkritik der Landesregierung sein. Der Kollege Hentschel sprach dies auch an. Es ist ein Mosaik, das in die Kategorie Suchbild fällt, da bis auf vollmundige Erklärungen bisher keine Struktur wirklicher **Entbürokratisierung** zu erkennen ist. Nach zwei Jahren gibt es also noch keine nennenswerten und schon gar keine für den Bürger spürbare Ergebnisse. Es deutet auch nichts darauf hin, dass sich dies bis zum Ende der Legislaturperiode ändern wird.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: So ist es!)

Zum vorliegenden Gesetzentwurf. Wieder einmal wird der Teil des Regierungsentwurfs, der den größten Einspareffekt erzielt hätte, von den Regierungsfractionen kassiert. Es soll dabei bleiben, dass Briefwählerinnen und Briefwähler portofrei ihre Stimme abgeben können. Das ist keine Kritik meinerseits. Im Gegenteil, ich finde es gut, dass die die Regierung tragenden Fraktionen mit dem eigenen Kopf gedacht haben. Ich finde es gut, dass dies zurückgenommen worden ist. Wir begrüßen das ausdrücklich, denn es handelt sich schließlich nicht um irgendeine An- oder Abmeldung, sondern vielmehr um den zentralen Akt einer jeden Demokratie. Dies gebietet eine besondere Sorgfalt.

(Beifall bei der FDP und des Abgeordneten Jürgen Weber [SPD])

Die Beibehaltung der **Portofreiheit** begrüßt der SSW aus drei Gründen: Erstens handelt es sich nicht um eine wirkliche Einsparung. Vielmehr wäre

(Anke Spoorendonk)

diese faktisch eine reine Kostenüberwälzung auf den mündigen Bürger gewesen. Zweitens hätte eine einseitige Änderung des Verfahrens für Landtags- und Kommunalwahlen und fortgesetzte Portofreiheit bei den Stimmabgaben zu Bundestags- und Europawahlen beim Wähler zu Unsicherheiten geführt. Im Zweifelsfall für den Wähler. Das heißt in diesem Fall für das gewohnte und einheitliche Verfahren. Schließlich und vor allem können so Menschen mit Behinderung und eingeschränkter Mobilität so leicht und einfach wie möglich am demokratischen Willensbildungsprozess teilnehmen. Darum war es gut, dass wir im Innen- und Rechtsausschuss noch einmal die Stellungnahme des Beauftragten für Menschen mit Behinderung bekommen. Wir stimmen dieser Änderung also zu.

Weiter stimmen wir auch der Neuregelung zur **Wertung von Zweitstimmen** auf versehentlich im falschen Wahlkreis ausgegebenen Wahlzetteln zu. Auch dieser Punkt ist in der Beschlussempfehlung enthalten.

Ich werde jetzt noch einige weitere Punkte aufzählen. Gut ist auch der Verzicht auf **Unterstützungsunterschriften** bei der Aufstellung von **Wahllisten neuer Parteien**. Dies stellt in der Tat eine Verschlinkung des Verfahrens dar. Ich muss dennoch sagen, dass die Begründung, die Beibehaltung der Fünfprozenthürde bei der Kommunalwahl gebiete der drohenden Stimmenversplitterung ausreichend Einhalt, ärgerlich ist. Das ist natürlich Quatsch. Zum einen existiert auf Gemeindeebene faktisch keine Fünfprozenthürde. Die Schwelle ist in der Praxis sehr viel höher. Zum anderen ist das Gespenst von vermeintlichen Weimarer Verhältnissen Anfang des 21. Jahrhunderts auf kommunaler Ebene eine technokratische Schimäre und gehört ins Buch der Legenden statt in Gesetzesbegründungen.

(Beifall bei FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weimar ist letztlich nicht an zu vielen Parteien, sondern an zu wenig Demokratie gescheitert.

Die Beibehaltung des Verfahrens zur Besetzung der **Wahlausschüsse** sowie der **ehrenamtlichen Wahlprüfungsausschüsse** sind ebenfalls positive Ergebnisse der Ausschussberatungen. Die notwendige Legitimität erhält die demokratische Wahl nämlich durch das Verfahren. Transparenz und Teilhabe haben daher zu Recht eine höhere Priorität als kurze Entscheidungswege.

Zur Änderung der **Fristen** für die **Aufstellung der Wahllisten** möchte ich nur anmerken, dass die vorgenommene Verkürzung des Zeitraums zwischen den Wahlen zu den Vertretungsversammlungen und

der Listenaufstellung von neun auf sechs Monate faktisch eine Verkürzung auf fünf Monate ist. Zumindest bei der Kommunalwahl Ende Mai 2008 dürften die Wahlen der Delegierten der Landespartei erst ab Ende Juli stattfinden. Das ist mitten in den Sommerferien. Realistisch können die Delegierten erst ab Ende August oder Anfang September gewählt werden. Das ist wirklich kein Beinbruch, aber ich denke, unsere Parteiorganisationen müssen sich darauf einstellen. Das ist nicht etwas, was nur etwas mit kleinen Parteien zu tun hat. Wie das Beispiel der Oberbürgermeisterwahl in Wiesbaden zeigt, können auch große Volksparteien erhebliche Schwierigkeiten mit der Einhaltung von Aufstellungsfristen haben. Ich denke, hier müssen die Geschäftsführer noch einmal deutlich machen, worum es geht.

Wir werden dem Gesetzentwurf zustimmen und finden es gut, wie die Ausschussberatungen gelaufen sind. Ich danke dem Herrn Vorsitzenden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Jürgen Weber [SPD])

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke Frau Abgeordneter Spoorendonk. - Für die Landesregierung hat nun Herr Innenminister Dr. Ralf Stegner das Wort.

Dr. Ralf Stegner, Innenminister:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Vorschläge zur Novellierung des Wahlrechts, die in diesem Hohen Hause behandelt werden, haben nicht immer das Ziel, unser Wahlsystem oder andere wesentliche Grundlagen des Wahlrechts öffentlichkeitswirksam zu verändern. Heute stehen allerdings eine Reihe von für die **Wahlpraxis** zum Teil bedeutenden **Änderungen** zur Abstimmung. Sie alle tragen dazu bei, für die Durchführung der Landtagswahlen, der Kommunalwahlen sowie der Direktwahlen stets moderne und den Anforderungen gerecht werdende Rechtsvorschriften zur Verfügung zu haben.

Diese Landesregierung sieht es als ihre Aufgabe an, das Wahlrecht regelmäßig daraufhin zu überprüfen, ob Änderungen vorzunehmen sind. Hier stehen regelmäßig die Verringerung des Aufwands und die Vereinfachung des Verfahrens der Wahldurchführung im Vordergrund. In die Überlegungen fließen vor allem auch die von den Wahlleiterinnen und Wahlleitern auf Landesebene und auch auf kommunaler Ebene gemachten Erfahrungen ein. Nahezu jede in diesem Sinne vorgenommene Änderung bedeutet im Ergebnis neben einer Verschlinkung und

(Minister Dr. Ralf Stegner)

einer Modernisierung des Verfahrens bei der Vorbereitung und Durchführung von Landtagswahlen und der Wahlen in den Gemeinden und Kreisen auch eine Effizienzsteigerung und trägt vor allem auf kommunaler Ebene zu einer Kosten- und Zeitersparnis bei.

Insofern ist es für mich auch keine Überraschung gewesen, dass die kommunale Seite dies einhellig begrüßt hat. In diesem Sinne begrüße ich auch ausdrücklich die Absicht, durch **Änderungen der Gemeindeordnung und der Kreisordnung** den gesetzlich vorgeschriebenen Zeitraum zu vergrößern, in dem die Bürgermeister- und Landratswahlen stattfinden müssen. Künftig soll es möglich sein, statt der bisherigen Frist von zwei Monaten die Neuwahl spätestens einen Monat vor Ablauf der Amtszeit des bisherigen Amtsinhabers oder der bisherigen Amtsinhaberin durchzuführen. Wahlrechtlich ist dies unproblematisch. Es bleibt weiterhin gewährleistet, dass rechtzeitig vor dem Ablauf der Wahlzeit feststeht, wer Nachfolgerin oder Nachfolger im Amt ist.

Diese Änderung ermöglicht es meinem Heimatkreis, dem Kreis Rendsburg-Eckernförde, seine Landratsdirektwahl mit der Kommunalwahl am 25. Mai 2008 zu verbinden und damit ein Höchstmaß an Synergien bei der Wahldurchführung zu gewinnen. Demgegenüber hätte eine Durchführung der Landratswahl im Winter oder wenige Wochen vor dem Kommunalwahltermin einen erheblichen zusätzlichen Aufwand sowohl bei der Wahlorganisation als auch bei den Wahlhelfern bedeutet. Bei der Wahlbeteiligung, die wir im Rahmen von solchen Wahlen kennen, hätte ein separater Urnengang sicherlich wenig Verständnis gefunden. Ich bin deshalb der Auffassung, dass die sich aus der Wahlpraxis ergebenden Anforderungen in hervorragender Weise berücksichtigt worden sind.

Beim Thema **Portofreiheit** bin ich dem Hohen Hause sehr dankbar, dass es mich möglicherweise gegen den heiligen Zorn des Kollegen Wiegard verteidigt, da nicht behauptet werden kann, ich stünde mit beiden Füßen auf der Entbürokratisierungsbremse. Die Portofreiheit kann vom Innenminister aus inhaltlicher Sicht guten Herzens mitgetragen werden. Ich glaube, dass die Einsparungen, die uns dadurch entgehen, durch das aufgewogen werden, woran sich die Wählerinnen und Wähler in diesem Land gewöhnt haben. Sie werden registriert haben, dass es in diesem Ausnahmefall nicht einmal der Überzeugungskraft des Herrn Oppositionsführers bedurfte. Vielmehr war in diesem Punkt die Einsicht bei der Landesregierung selbst vorhanden,

dies gemeinsam mit Ihnen im Ausschuss so zu vertreten.

Ich will mich mit Ihnen nicht über die Vaterschaft streiten. Im Übrigen haben gute Ideen in der Regel viele Väter. Herr Oppositionsführer, in diesem Fall gilt: Chapeau! Das war ein guter Vorschlag. Ich finde es gut, wenn das Parlament dem so folgt.

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke dem Herrn Innenminister. Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Ich lasse über den Gesetzentwurf, Drucksache 16/1154, in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung abstimmen. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Der Gesetzentwurf, Drucksache 16/1369, ist in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung einstimmig angenommen worden.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 15 auf:

Dopingbekämpfung im Sport

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/1297

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Aussprache. Der Herr Abgeordnete und Fraktionsvorsitzende Karl-Martin Hentschel hat das Wort.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Präsidentin! Mittlerweile ist es zwei Jahre her, seit die Rechtskommission des Sports gegen Doping im Juni 2005 ihren Abschlussbericht vorgelegt hat. Die Methoden und Mittel des **Dopings** werden immer ausgekochter und geradezu pervers. Nach aktuellen Berichten wurde im Radsport von der Tour de France bis hin zu regionalen Rennen systematisch Blutdoping betrieben. Trotz regelmäßiger Kontrollen fiel kaum jemand auf.

Großrazzien in Italien und Frankreich haben dann massenhaften **Missbrauch** aufgedeckt. In Deutschland fehlen uns für solche polizeilichen Maßnahmen schlicht die rechtlichen Grundlagen. So etwas ruiniert den Sport und zerstört die Vorbildfunktion von Sportidolen, an denen sich viele Jugendliche orientieren.

(Karl-Martin Hentschel)

Aber auch der **Breitensport** ist massiv betroffen. Die Drogenbeauftragte der Bundesregierung, Sabine Bätzing, schätzt, dass 200.000 Breitensportler Dopingmittel zu sich nehmen. Professor Dr. Rössner vom Institut für Kriminalwissenschaften der Universität Marburg hat im Sportausschuss des Deutschen Bundestages berichtet, dass davon auszugehen ist, dass 20 % der männlichen und 4 % der weiblichen Besucher von Fitnessstudios anabole Substanzen in nicht geringen Mengen konsumieren.

Es wird immer wieder gesagt, das sei Sache der **Sportverbände**. Aber das reicht nicht aus. Aktive Funktionäre in den Sportverbänden brauchen unsere Hilfe, damit sie nicht in den Geruch der Nestbeschmutzung kommen, wenn sie konsequent handeln.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben uns deshalb bei dem vorliegenden Antrag an den **Empfehlungen der Rechtskommission des Sports** orientiert, die auf Initiative des ehemaligen Vorsitzenden des Deutschen Sportbundes - dem heutigen Deutschen Olympischen Sportbund -, Manfred von Richthofen, 2004 ins Leben gerufen wurde. Die Empfehlungen der NADA - der Nationalen Anti-Doping-Agentur - gehen sogar noch weiter. Daher sind wir der Meinung, dass der Bund und auch das Land ihre finanzielle Unterstützung an eine konsequente Haltung des Sports gegen Doping knüpfen sollten.

Ebenso wollen wir den fairen **wirtschaftlichen Wettbewerb im Sport** schützen, indem Sportbetrug strafbar wird. Dazu Professor Rössner:

„Der Athlet gerät beim Wettkampf in eine häufig zu beobachtende ausweglose Drucksituation.“

Weiterhin fordert die Rechtskommission des Deutschen Olympischen Sportbundes für das bandenmäßige **In-Verkehr-Bringen von Dopingmitteln** eine Strafverschärfung. Auch der Entwurf des Bundeskabinetts geht einen Schritt in diese Richtung. Schließlich wollen wir sicherstellen, dass endlich auf den Beipackzetteln und Verpackungen von Arzneimitteln Hinweise angebracht werden müssen, die vor einer Verwendung als Dopingmittel warnen.

(Heiterkeit bei der CDU)

- Gibt es dort oben bei der CDU irgendwelche beunruhigenden Erkenntnisse?

(Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Ich bitte um etwas mehr Aufmerksamkeit für den Redner.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Danke sehr. - Meine Damen und Herren, wir setzen auf die partnerschaftliche Zusammenarbeit mit den Sportverbänden. Aber wir müssen den Druck erhöhen, damit diejenigen, die sich engagieren, in den Verbänden nicht schräg angeschaut werden. Denn auch die Verbände stehen in der Konkurrenz um Spitzenleistungen. Da ist der Druck, ein Auge zuzudrücken, oft groß. Deshalb wollen wir, dass mit den Sportverbänden ein gemeinsamer **Aktionsplan** zur Dopingbekämpfung und zur Dopingprävention entwickelt wird.

Es sollen gemeinsame Aufklärungskampagnen über die Gefahren des Dopings stattfinden und - wie es auch schon unser Landessportverbandspräsident Ekkehard Wienholtz forderte -: Es muss schon bei den Jugendlichen angesetzt werden. Dazu muss Doping Thema in den entsprechenden Ausbildungsordnungen von Trainerinnen und Trainern werden.

Wir fordern mit dem Antrag die Umsetzung der Forderung der Anti-Doping-Kommission des Deutschen Sportbundes auch in Schleswig-Holstein. Ich glaube, das ist notwendig und das ist auch sinnvoll. Wir brauchen ein modernes und gut funktionierendes Dopingkontroll- und Sanktionssystem. Wir brauchen eine gemeinsame Strategie und Gesamtkonzeption der Sportverbände und der Politik, damit wir auf Dauer die Geißel des Sports, nämlich das Doping, wirkungsvoll bekämpfen können. Ich wünsche mir, dass das Land Schleswig-Holstein die nötigen Konsequenzen zieht und der Landtag unserem Antrag zustimmt.

Ich danke fürs Zuhören.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Jürgen Weber [SPD])

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Ich danke dem Herrn Abgeordneten Karl-Martin Hentschel und erteile für die CDU-Fraktion dem Herrn Abgeordneten Niclas Herbst das Wort.

Niclas Herbst [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist an dieser Stelle nicht notwendig, noch einmal die Bedeutung des Sports zu unterstreichen. Das haben wir hier im Landtag schon

(Niclas Herbst)

häufig getan. Auch in der Begründung des Antrages, die ich nur unterstreichen kann, kommt das durchaus rüber. Von daher muss das an dieser Stelle nicht wiederholt werden.

Dennoch müssen wir uns, wenn wir über den Sport reden, auch Mühe geben, möglichst sauber und vorsichtig zu argumentieren. Es fällt auf, dass der Antrag kurze Zeit, nachdem der **Landessportverband** selber Schwerpunkte und Maßnahmen im **Kampf gegen Doping** veröffentlicht hat und auch selber angekündigt hat, eine Vereinbarung mit der Landesregierung anzustreben, geschrieben worden ist. Ich will Ihnen nun keineswegs vorwerfen, dass Sie auf diesen fahrenden Zug aufspringen wollen, aber wir müssen aufpassen, dass wir nicht so tun, als seien wir hier im Landtag notwendig, um die Bemühungen, die im Ehrenamt ganz klar schon da sind, in Verbindung mit der Landesregierung zu unterstützen. Also, diese Bemühungen gibt es bereits und wir als Landtag sollten nicht so tun, als hätte es das Ehrenamt nötig, dass wir belehrend auf das Ehrenamt einwirken.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Ich denke, das Ganze wird im zuständigen Ausschuss - das wird wohl der Innen- und Rechtsausschuss sein - vertiefend diskutiert werden. Man muss über einiges in der Tat vertiefend diskutieren. So wird beispielsweise gefordert, dass Athletinnen und Athleten - ganz allgemein - dreimal im Jahr außerhalb der Wettkampfkontrollen kontrolliert werden sollen.

Da müssen wir uns natürlich schon fragen, von wem wir hier reden. Auch wenn wir von „dem Sport“ reden, müssen wir - glaube ich - differenzieren. Ambitionierter **Amateursport** kann manchmal gleichgesetzt werden mit **Profisport**. Sie können aber beispielsweise nicht Regionalligakicker, die wie Profis trainieren und zum Teil auch so bezahlt werden, mit Jugendlichen, die Sport treiben, gleichsetzen. Also, da müssen wir schon etwas differenzierter rangehen und das auch ein wenig differenzierter sehen.

Als ein Beispiel möchte ich auch die Forderung nach der **Rückforderung von Sportfördermitteln** bei Verstoß gegen Zusagen hervorheben. Mit Zusagen sind hier etwaige Vereinbarungen zwischen dem Sport und dem Land gemeint. Auch da müssen wir aufpassen und genauere Regelungen finden. Denn wen bestrafen wir letztendlich? Wollen wir Sportarten bestrafen, den Gesamtverband, also den Dachverband, wollen wir einzelne Sportverbände bestrafen, einzelne Sportler? Also, das ist schwierig, juristisch durchzuhalten. Ich glaube, wir müs-

sen wirklich noch einmal in die Tiefe gehen, bevor wir solche Forderungen aufstellen.

Auch die **Änderung des Arzneimittelverordnungsrechts** und die **Änderung des Europarechts** sind sehr ambitionierte Maßnahmen, die Sie hier fordern. Darüber kann man gern diskutieren. Wir sollten uns aber vielleicht ein bisschen darauf konzentrieren, was wir als Landtag erreichen können.

Wenn wir darüber debattieren, muss man an dieser Stelle auch ganz klar sagen, dass wir den Sport keineswegs verteufeln wollen.

(Beifall des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Das ist sicher auch nicht im Sinne des Antragstellers. Wir müssen ganz klar sagen, dass mindestens 99 % aller ehrenamtlich Tätigen im Sport absolut sauber sind, wahrscheinlich sogar mehr als 99 %. Ich glaube, das ist an dieser Stelle auch einmal ein Lob wert. Es ist auch ein Lob wert, dass sich der Landessportverband bereits intensiv über die Thematik Gedanken gemacht hat. Einige Maßnahmen haben Sie schon genannt.

(Vereinzelter Beifall bei CDU und SPD)

- Da können Sie wirklich klatschen.

Herr Hentschel, Sie haben schon die Konzentration auf den **Nachwuchsleistungssport** genannt, Sie haben genannt, dass bestimmte Module für die Trainingsarbeit entwickelt werden. Der Landessportverband - das sagen auch die entsprechenden Bundesverbände - ist in der Umsetzung des nationalen Anti-Doping-Plans führend. Auch das ist an dieser Stelle einen Applaus wert.

(Vereinzelter Beifall bei CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Vielen Dank, liebes Restpublikum.

Auch auf die Idee einer **Anti-Doping-Expertenkonferenz** ist der Landessportverband ohne Zutun des Landtages gekommen. Ich glaube, auch das ist gut.

Sie haben auch genannt - das ist allerdings in dem Antrag noch nicht ganz so stark rübergekommen -, dass ein Großteil des **Dopingmissbrauchs** - und wir sind ja gegen Doping nicht nur deshalb, weil dadurch der faire Wettbewerb zerstört wird, sondern schlichtweg auch deshalb, weil es gesundheitsgefährdend ist und der Staat hier deshalb eingreifen muss - im privaten Bereich geschieht, in den Fitnessstudios. Das haben Sie schon gesagt. Das gilt zumindest für viele Fitnessstudios. Ich glaube, die-

(Niclas Herbst)

ser Bereich wird durch den Antrag noch nicht ausreichend abgebildet. Wir müssen uns im Ausschuss noch einmal darüber Gedanken machen, wie wir auf diesen Schwerpunkt eingehen können.

Ansonsten kann ich abschließend feststellen, dass der Sport in Schleswig-Holstein jede Unterstützung verdient hat, dass er schon dabei ist, den Kampf gegen Doping aufzunehmen und wir als Landtag das unterstützen wollen. Wir wollen das nicht mit erhobenem Zeigefinger tun, sondern durch Unterstützung. Der Sport ist beim Landessportverband und bei der Landesregierung gut aufgehoben.

(Vereinzelter Beifall)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Ich danke dem Herrn Abgeordneten Niclas Herbst und begrüße auf der Tribüne Mitglieder der Coop Genossenschaft. - Seien Sie herzlich willkommen und genießen Sie Ihren Aufenthalt im Landtag!

(Beifall)

Das Wort für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Jürgen Weber.

(Zuruf von der SPD: Der ist auch gedopt!)

Jürgen Weber [SPD]:

Nein, komplett ungedopt, Herr Kollege, keine Angst.

(Heiterkeit)

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bei der Bekämpfung von **Doping im Sport** gibt es in der Tat eine ganze Reihe von Anknüpfungspunkte - vieles ist erwähnt worden -: bei der Ausbildung und Schulung junger Sportlerinnen und Sportler, bei der Sportförderung und natürlich auch bei der strafrechtlichen Behandlung des Problems.

Die zurzeit wohl am meisten und auch kontrovers diskutierte Frage in diesem Zusammenhang lautet: Was kann der Sport allein und was muss der Staat tun, um die Dopingseuche einzudämmen? Dazu gehört auch: Haben wir eigentlich die notwendigen Instrumente in der Hand, um im Kampf gegen Doping erfolgreich sein zu können?

Es kommt auch nicht von ungefähr, dass ausgerechnet die Präsidenten der Verbände der Radfahrer, Leichtathleten und Gewichtheber in besonderem Maße betonen, dass der Sport allein kaum in der Lage sein kann, Doping effektiv zu bekämpfen. Die Kollegen wissen, wovon sie reden.

Gerade das Sportjahr 2006 hat mit den Erfolgen staatlicher Behörden bei der Aufdeckung von **Do-**

pingfällen in den USA, in Italien, in Spanien und im Rahmen der Tour de France - wir können in den Zeitungen täglich nachlesen, was nach und nach an den Tag kommt - gezeigt, dass der Sport zwingend auf die Hilfe des Staates angewiesen ist.

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Liebe Kolleginnen und Kollegen, **Sport- und Strafgerichtsbarkeit** sind dabei keinesfalls ein Gegensatz. Strafgerichte müssen insbesondere die Hintermänner des Dopings bestrafen. Sportlerinnen und Sportler sind bei Dopingvergehen in der Regel nicht Opfer, sondern vielfach Mittäter und Profiteure.

Ich halte daher die Diskussion über die Besitzstrafbarkeit von Dopingmitteln durchaus für einen richtigen Ansatz. Obwohl der Deutsche Olympische Sportbund davon momentan nichts hören will, ist das für uns eine Frage, die wir im Hinblick auf einen eigenständigen Anti-Doping-Kampf und ein eigenständiges Anti-Doping-Gesetz stellen müssen.

Gegner einer solchen Gesetzesinitiative berufen sich übrigens auf das bestehende Arzneimittelgesetz, das die gewerbsmäßige Abgabe von Dopingsubstanzen unter Strafe stellt. Dass das ausreicht, darf allerdings bezweifelt werden. Denn der unmittelbare Anknüpfungspunkt strafrechtlicher Ermittlungen, nämlich der Besitz von Dopingmitteln, reicht bislang zur Begründung eines Tatverdachts nicht aus und deswegen wird im Regelfall nicht ermittelt.

Klar ist: Die Autonomie des Sports und seine Möglichkeiten, schnell und wirksam nach einer positiven Dopingprobe eine Sperre zu verhängen, müssen, sollen und dürfen keinesfalls beeinträchtigt werden. Die **Sportgerichtsbarkeit** soll auch weiterhin für die schnelle Bestrafung sorgen. Staatliche Ermittlungen können aber darüber hinaus parallel dazu führen, dass Sportlern, Trainern, Betreuern und Hintermännern weitergehende Sanktionen drohen. Diese Arbeitsteilung ist aus unserer Sicht am besten geeignet, den Kampf gegen Doping effektiv im Sinne und zum Schutz des sauberen Sports zu führen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Doping ist bekanntlich Betrug am eigenen Körper, aber auch Betrug an der sportlichen Konkurrenz und am Zuschauer. Insofern ist es legitim, die Frage zu stellen, ob es sinnvoll ist, einen **Betrugstatbestand bei sportlichen Wettkämpfen** im Strafgesetzbuch zu verankern, wie es auch die Grünen in ihrem Antrag formulieren. Ich bin nicht wirklich davon überzeugt, dass uns dies helfen kann. Ich denke aber,

(Jürgen Weber)

dass es Sinn macht, über diese Frage im Ausschuss vertiefend zu beraten.

Es geht natürlich auch um Geld für das Doping-Kontrollsystem - darauf hat Kollege Hentschel bereits hingewiesen - und es geht um Sanktionsmöglichkeiten durch Sponsorenverträge und vieles mehr.

Es gibt gute internationale Beispiele, die als Best-Practice-Beispiele genannt werden können. Beispielsweise hat man in Schweden ein **Zertifikat** eingeführt, das Dopingkontrollen, verbindliche Tests, Sperren und ähnliche Dinge festlegt. Das hat dazu geführt, dass in den skandinavischen Ländern in den letzten drei Jahren kein einziger Dopingfall im Leichtathletikbereich aufgetreten ist.

Abschließend möchte ich sagen: Wir sollten nicht vergessen, dass die Erwartung einer Medienöffentlichkeit an Höchstleistungen und Erfolge auch die Kehrseite des Dopings produziert, wenn wir die Besinnung auf gesellschaftliche Werte im Sport ausklammern. Ohne das Leitbild eines konsequenten sauberen Sports in Schule, Verein und Medien ist der Kampf letztlich nicht zu gewinnen.

Vielleicht macht es ja Schule, was der populäre Sportjournalist Frank Buschmann vom DSF über die gesellschaftliche Ächtung von dopenden Sportlerinnen und Sportlern sagte: Ich werde keinen Wettbewerb mehr mit jemandem kommentieren, von dem eine Dopingvergangenheit bekannt ist. - Wenn sich dem andere anschließen, haben wir im Bereich der Medien ein Stück Fortschritt.

Meine Damen und Herren, obwohl die Zuständigkeiten unseres Bundeslandes eher gering ausfallen, lohnt sich die politische Debatte. Der Antrag der Grünen beschreibt sinnvolle Handlungsfelder, über die wir im Ausschuss ausführlicher beraten müssen, um dann zu einer Beschlussfassung zu kommen.

(Beifall)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Ich danke dem Kollegen Weber. - Für die FDP-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Dr. Heiner Garg das Wort.

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der organisierte **Sport** nimmt in seiner pädagogischen Vorbildfunktion eine zentrale Aufgabe in unserer Gesellschaft wahr. Er vermittelt Grundwerte, die für das gesellschaftliche Zusammenleben von elementarer Bedeutung sind. In kaum einem anderen gesellschaftlichen Bereich werden Werte wie

Toleranz, das Prinzip der Chancengleichheit, das Leistungsprinzip und der Grundsatz der Fairness so konsequent vorgelebt, praktiziert und eingeübt wie im Sport. Durch **Doping** werden diese **Grundwerte** infrage gestellt.

Der faire Wettkampf, in dem die Besten gewinnen und die Verlierer die Leistungen der anderen Athletinnen und Athleten respektieren, ist durch Doping gefährdet. Im Falle von Doping gewinnen nicht mehr diejenigen mit der besten Leistung, sondern diejenigen, die bereit sind, die größeren gesundheitlichen Risiken auf sich zu nehmen.

Doping stellt die dem fairen Wettkampf zugrunde liegenden Werte auf den Kopf: Der Wert der sportlichen Leistung wird dem Ergebnis des erfolgreicheren Dopings untergeordnet.

Doping widerspricht dem Geist des Fair Plays, da es die Chancengleichheit aufhebt. Daher ist es auch im Interesse der kommenden Generationen unumgänglich, konsequent und mit der nötigen Härte gegen das Doping vorzugehen, um die Glaubwürdigkeit des Sports und seine Vorbildfunktion zu bewahren. Dabei sind der Deutsche Olympische Sportbund und die in Bonn ansässige Nationale Anti-Doping-Agentur Vorreiter im internationalen Kampf für einen sauberen Sport, faire Wettbewerbsbedingungen und die Gesundheit der Athleten.

Ich glaube, kein anderer nationaler Sportbund und keine andere nationale Anti-Doping-Agentur ist im internationalen Bereich vergleichbar konsequent gegen eigene Athleten vorgegangen, wenn es sich erwiesen hat, dass sich eine Sportlerin oder ein Sportler durch die Einnahme verbotener Stoffe oder aber beispielsweise Blutdoping im Wettkampf einen Vorteil verschaffen wollte.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Doping ist und wird auch immer ein schwieriges Kapitel im Sport bleiben. Allein die Abgrenzungen, wann Doping vorliegt oder nicht, sind heute schwierig zu treffen. Sie werden künftig auch mit fortschreitender medizinischer Entwicklung schwierig zu treffen sein. So gibt es ja die sogenannte Dopingliste mit verbotenen Stoffen, die ständig fortgeschrieben werden muss, weil immer neue Substanzen auf den schwarzen Markt geraten, die dann eben noch nicht auf der Liste stehen.

Es gibt darüber hinaus auch das Problem, dass manche Sportler aus medizinischen Gründen - zum Beispiel bei Asthma - auf Substanzen zurückgreifen müssen, die zu den verbotenen Substanzen gehören und ihnen hierfür eine Ausnahmegenehmigung ge-

(Dr. Heiner Garg)

währt wird. Ansonsten wären sie im Wettkampf wegen ihrer Krankheit benachteiligt.

(Jürgen Weber [SPD]: 90 % der Radrennfahrer haben Asthma!)

Es ist also ein sehr komplexes Thema und will man, wie die Grünen es vorschlugen, entsprechende Rechtsvorschriften im Strafrecht neu einführen oder bestehende Rechtsvorschriften ergänzen, dann muss man all diese Probleme berücksichtigen. Ob dies tatsächlich so einfach möglich ist, wie es sich in einer verkürzten Debatte in der Öffentlichkeit darstellen lässt, darf zumindest bezweifelt werden.

Doping ist bereits heute strafbar. Die Teilnahme eines gedopten Sportlers an Wettkämpfen wird bereits heute vom **Betrugsstraftatbestand** abgedeckt und Sponsoren können ihre Verträge so ausgestalten, dass sie sich im Dopingfall schadlos halten können.

Die Bundesregierung hat in ihrer Antwort auf die Anfrage der FDP-Bundestagsfraktion vom 5. Februar 2007 geäußert, dass sie weitere strafrechtliche Vorschriften nicht für notwendig hält. Ebenso plant sie im Übrigen keine Verschärfung der arzneimittelrechtlichen Überwachung.

Der Deutsche Olympische Sportbund hatte eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die prüfen sollte, ob bereits der Besitz von Dopingsubstanzen unter Strafe gestellt werden sollte und sich im Ergebnis dagegen entschieden. In seinem **Zehn-Punkte-Programm** vom 9. Dezember 2006, welches wir bei den weiteren Beratungen im Ausschuss aufgreifen sollten, hat der **Deutsche Olympische Sportbund** Forderungen aufgestellt.

Dazu gehören Forderungen nach einer besseren Koordinierung zwischen Sport und Strafverfolgung, nach einer Verschärfung des Strafrechts im Bereich des banden- und gewerbsmäßigen Inverkehrbringens von Dopingsubstanzen, finanzielle Sanktionen beim Dopingtäter einzuführen, aber auch die öffentliche Förderung nur bei aktivem Anti-Doping-Kampf fortzuführen sowie die Kontrolldichte zu erhöhen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich meine, diese Forderungen der Fachleute sollten wir als Maßstab für die weitere Diskussion im Ausschuss nehmen.

(Beifall bei FDP, CDU und SPD)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke Herrn Abgeordneten Dr. Garg. - Für den SSW im Landtag erteile ich der Frau Abgeordneten Spoorendonk das Wort.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich lasse mal meine Einleitung über den Zusammenhang von Doping, Jan Ullrich und Tour de France weg. Richtig ist, dass insbesondere der Radsport von der Doping-Seuche betroffen zu sein scheint. Allerdings ist es eine Tatsache, dass wir es in vielen Sportarten, natürlich insbesondere dort, wo es um viel Geld geht, mit gut organisiertem und leider weit verbreitetem Doping zu tun haben. Trotz der vielen internen Anstrengungen seitens der Sportverbände, dieses Problem in den Griff zu bekommen, scheint die Ausbreitung der Doping-Seuche immer weitere Kreise zu ziehen, nicht zuletzt unterstützt von immer neuen medizinischen Landgewinnungen von skrupellosen Hintermännern. Es gibt also immer mehr Hinweise darauf, dass die Sportverbände allein dieses Problems nicht mehr Herr werden.

Dies wurde Anfang des Jahres dadurch unterstrichen, dass der Geschäftsführer der Nationalen **Anti-Doping-Agentur Deutschland** zurücktreten musste, weil die NADA es versäumt hatte, ausreichend **Kontrollen** außerhalb von Wettkämpfen bei den Athleten durchzuführen. Obwohl es natürlich immer noch eine Aufgabe der Sportverbände selbst bleibt, einen fairen und sauberen Wettbewerb in allen Sportarten zu sichern, stellt sich dennoch die Frage, ob die Politik mehr als bisher dafür tun kann, den Doping-Missbrauch zu bekämpfen. Wir wissen alle, dass man zum Beispiel in Frankreich und jetzt auch in Spanien gesetzgeberisch zu sehr drakonischen Maßnahmen bei der Doping-Bekämpfung gegriffen hat.

Von daher ist es richtig, dass wir uns durch den vorliegenden Antrag der Grünen auch in Schleswig-Holstein damit befassen, was wir seitens der Landespolitik machen können und machen sollen, um diesen massiven Doping-Missbrauch in den Griff zu bekommen. Es geht ja nicht nur um die Sportler allein, die sich durch verbotene Substanzen einen Wettbewerbsvorteil verschaffen und sich vielleicht langfristig gesundheitlich selbst schädigen. Es geht auch um die Vorbildfunktion dieser Sportler für die Jugendlichen, die Sport treiben, und um die Einstellung unserer Gesellschaft zum Sport und zum Fairnessbegriff insgesamt.

Auch der SSW befürwortet deshalb, dass die Gewährung von **Sportfördermitteln** noch mehr als bisher an bestimmte Bedingungen anknüpfen,

(Beifall des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP])

(Anke Spoorendonk)

die dazu dienen, dass die Sportverbände die Doping-Kontrollen verbessern und ausweiten. Auch bei der Ausbildung von Trainern, von Lehrern und von Ärzten muss mehr Aufklärung über die Gefahren des Dopings erfolgen. Wir müssen also quasi an der Basis vor Ort mit der Doping-Bekämpfung anfangen.

So weit, so gut. Schwieriger wird es mit der Forderung der Grünen, dass das Strafrecht zur Bekämpfung des Dopings verschärft werden muss. Die Grünen haben auch im Bundestag eine entsprechende Initiative gestartet. Aber bisher scheint der Bundesinnenminister zumindest nicht gewillt zu sein, diesem Ansinnen nachzukommen. Dabei wird der Vorstoß auch von vielen betroffenen Sportverbänden unterstützt, allerdings nicht von allen.

Wir sind offen für zwei Änderungen des Strafrechts zur Bekämpfung des Dopings. Wir sind dafür, dass es bei organisiertem Doping eine Verschärfung des **Strafrechts** geben muss, weil es sich in vielen Fällen um international tätige kriminelle Doping-Netzwerke handelt und diese besser strafverfolgt werden müssen.

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Auch der Sportler, der durch Doping den wirtschaftlichen Wettbewerb im Sport verfälscht, sollte zukünftig mit strafrechtlichen Sanktionen rechnen müssen, weil es sich im Profisportbereich, wo es wirklich um Millionen Euro von Preisgeldern geht, bei der Einnahme von Doping quasi um Betrug handelt.

(Beifall der Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Dr. Heiner Garg [FDP])

Eine Verschärfung des Strafrechts in diesem Bereich könnte durchaus abschreckende Wirkung auf einige der potentiellen Täter haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, im Rahmen der **Großen Anfrage** über den **Sport in Schleswig-Holstein** haben wir gemeinsam beschlossen, dass wir im Herbst eine Anhörung durchführen wollen. Wir regen an, dass der vorliegende Antrag in die Anhörung mit einbezogen wird, damit wir alle Aspekte, gerade auch die rechtsstaatlichen Folgen des Vorschlages, in diesem Zusammenhang berücksichtigen können, bevor wir eine Initiative im Bundesrat starten.

Abschließend möchte ich unterstreichen, dass es auf lange Sicht wenig Sinn macht, wenn Deutschland zusammen mit wenigen anderen Ländern wie Frankreich oder Spanien bei der Verschärfung der

Doping-Bekämpfung im internationalen Bereich allein steht. Wir brauchen gleiche Regeln in der gesamten EU und auch darüber hinaus. Gerade auch bei der Installierung eines modernen und funktionsfähigen Doping-Kontroll- und -Sanktionssystems müssen wir zu grenzüberschreitenden Lösungen kommen.

(Beifall im ganzen Haus)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Ich danke der Frau Abgeordneten Anke Spoorendonk und erteile für die Landesregierung Herrn Innenminister Dr. Stegner das Wort.

Dr. Ralf Stegner, Innenminister:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! „Dickes Blut“ und „Das Gesetz des Schweigens“ als Titelgeschichten im „Spiegel“ der letzten Woche. „Jan Ullrich schlechtes Vorbild für die Jugend“, so eine aktuelle Schlagzeile. Das von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN aufgeworfene Thema ist sport- und gesellschaftspolitisch hochaktuell und wichtig.

Das Ansehen des Sports und die gesamtgesellschaftliche Bereitschaft, öffentliche Fördermittel für den Sport einzusetzen, hängen von der Glaubwürdigkeit des Sports ab. Dies gilt, zumal der Sport Millionen von Menschen in Deutschland begeistert, als faire Amateursportlerinnen und -sportler oder als Fans. Dies darf nicht durch schlechte Beispiele gefährdet werden, wie sie das Doping darstellen. Nebenbei bemerkt: Es gibt kaum einen Bereich, der das in der Weise leistet wie der Sport. Ich kenne gar keinen anderen. Insofern hat das Vertrauen der Öffentlichkeit in den vergangenen Monaten unter einigen spektakulären Doping-Fällen deutlich gelitten.

Erst am Montag dieser Woche hat der italienische Radprofi Ivan Basso sei Verwicklung in die Doping-Affäre rund um den spanischen Arzt Fuentes zugegeben.

Ich bin sehr froh darüber, dass wir in Schleswig-Holstein, jedenfalls nach dem, was wir wissen, von **Doping-Fällen im Spitzensport** wohl verschont geblieben sind. Über die Verwerflichkeit des Dopens besteht in diesem Hause, glaube ich, Einvernehmen.

Es gibt auch manches trauriges Beispiel aus der deutsch-deutschen Sportgeschichte der letzten Jahrzehnte. Ich meine, dass der Antrag grundsätzlich in die richtige Richtung geht. Doping-Bekämpfung muss in erster Linie durch den Sport selbst erfolgen. Erst dann, wenn der Sport an seine Grenzen

(Minister Dr. Ralf Stegner)

stößt, ist der Staat gefordert. Wir haben ja gehört, was der Bundestagspräsident heute zu diesem Punkt gesagt hat. Da hat er, glaube ich, recht. Konkret sieht der Antrag auch ins Einzelne gehende Festlegungen zu einer stärkeren Kontrolle und zur Verwendung der Mittel zur Doping-Bekämpfung vor.

Was also macht der Sport in Schleswig-Holstein? Der Vorstand des schleswig-holsteinischen Landessportverbandes hat Mitte Februar ein Anti-Doping-Maßnahmenpaket beschlossen, das sich insbesondere auf den Nachwuchsleistungssport konzentriert. Erst gestern hat er außerdem einen Anti-Doping-Beauftragten als Ansprechpartner benannt. Der LSV ist mit dieser Strategie der Prävention und Aufklärung auf dem richtigen Weg. Er setzt damit als erster der Landessportverbände den im Dezember 2006 verabschiedeten **Anti-Doping-Aktionsplan des Deutschen Olympischen Sportbundes** um. Der LSV wird hierzu Fortbildungsmodule entwickeln, die auch in die Trainerausbildung der Sportfachverbände integriert werden.

Auf einer Expertenkonferenz noch vor den Sommerferien, die in Malente stattfinden wird, sollen die effizientesten Wege zur Doping-Bekämpfung mit den für den Leistungssport Verantwortlichen in Schleswig-Holstein erörtert werden. Der Landessportverband strebt zudem eine Vereinbarung mit der Landesregierung an, die das weitere gemeinsame Vorgehen im Anti-Doping-Kampf festschreibt. Ich finde, dass der Landessportverband und sein Präsident, der geschätzte ehemalige Kollege Dr. Wienholtz, hier genau richtig liegen, und ich halte es für wichtig, die vom Landessportverband gewünschte Vereinbarung zu treffen und hierzu zügig in Beratungen mit dem Landessportverband einzutreten.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ändert aber nichts daran, dass wir auf der nationalen und auf der internationalen Ebene mehr Aufklärung, eine Erhöhung der **Kontrolldichte**, eine konsequente Anwendung verbandsinterner Sanktionsmöglichkeiten, eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Nationalen Anti-Doping-Agentur, aber auch gezielte Einzelmaßnahmen im Bereich des **Strafrechts** brauchen. Der am 7. März 2007 vom Bundeskabinett verabschiedete Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der Bekämpfung des Dopings im Sport sieht vor, dass auch der Sportler beim Besitz einer nicht geringen Menge von Doping-Substanzen strafrechtlich verfolgt werden kann. Der Gesetzentwurf enthält auch die Forderung nach Warnhinweisen zu Doping in Beipack-

zetteln von Arzneimitteln, was ich für einen Schritt in die richtige Richtung halte.

Auf der anderen Seite wende ich mich aber in Übereinstimmung mit dem Kollegen Uwe Döring grundsätzlich gegen eine Strafbewehrung des Selbstdopens. Die Lösungen liegen hier nicht in grundlegenden Veränderungen des Strafrechts.

Zur Frage einer gemeinsamen Strategie mit dem Bund weise ich darauf hin, dass der Sport gut vernetzt ist. Schleswig-Holstein arbeitet in den Gremien der Sportministerkonferenz mit. Ich werde da nach dem Kollegen aus Mecklenburg-Vorpommern auch den Vorsitz übernehmen. Wir haben zusammen mit dem Bund und den Spitzenorganisationen des deutschen Sports eine konstruktive Zusammenarbeit in vielen Bereichen.

Der Kampf gegen Doping wird nur wirksam sein, wenn er auch international geführt wird.

Wir müssen uns überall um Optimierung bemühen, denn sonst bewahrheitet sich das, was Bertolt Brecht sicherlich in anderem Zusammenhang so formuliert hat: Der große Sport fängt da an, wo er längst aufgehört hat, gesund zu sein. Für viele Bereiche gilt das schon.

Wenn Sie mal fragen würden: „Glauben Sie, dass bei Radrennen jemand fährt, der nicht gedopt ist und trotzdem gewinnen kann?“, würden die meisten, die zugucken, inzwischen mit Nein antworten. Das ist traurig. Solche Dinge müssen geändert werden. Insbesondere der Sport selbst hat ein großes Interesse daran, dass das geschieht.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Ich danke dem Herrn Innenminister.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe damit die Beratung. Es ist beantragt worden, den Antrag Drucksache 16/1297 dem Innen- und Rechtsausschuss zu überweisen. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 23 auf:

Länge der Wahlperiode für Kreistagsabgeordnete

Antrag der Fraktion der FDP
[Drucksache 16/1373](#)

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Mit dem Antrag wird ein mündli-

(Vizepräsidentin Frauke Tengler)

cher Bericht in dieser Tagung erbeten. Wer dem Berichtsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen. Ich bitte den Herrn Innenminister, dem Landtag den Bericht zu geben.

Dr. Ralf Stegner, Innenminister:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Dies wird ein sehr kurzer Bericht werden.

Die FDP-Fraktion hat die Landesregierung aufgefordert, mündlich mitzuteilen, ob die **Wahlperiode für Kreistagsabgeordnete**, die am 25. Mai 2008 gewählt werden, fünf Jahre währt.

Ich könnte es mir ganz leicht machen und auf die Rechtslage nach unserem **Kommunalwahlrecht** verweisen. In § 1 Abs. 1 Satz 1 des Gemeinde- und Kreiswahlgesetzes heißt es: „Die Vertretungen der Gemeinden und Kreise werden auf fünf Jahre gewählt.“

Heute war schon von den Grundrechenarten die Rede. Das bedeutet, die am 1. Juni 2008 beginnende neue Wahlzeit der Vertretungen dauert bis zum 31. Mai 2013. Das sind nach meiner Rechnung genau fünf Jahre.

(Beifall bei der FDP)

Sollten es allerdings als Folge einer möglichen Kreisgebietsreform - Ergebnisoffenheit; ich werde dieses wundervolle Wort so oft verwenden, wie ich nur kann - zu einer Neubildung von Kreisen kommen, wäre nach § 1 Abs. 3 des Gemeinde- und Kreiswahlgesetzes in den betroffenen Kreisen binnen drei Monaten an einem von mir als Kommunalaufsichtsbehörde zu bestimmenden Sonntag für den Rest der Wahlzeit, also bis zum 31. Mai 2013, eine neue Vertretung zu wählen.

Es ist der Grundgedanke dieser Neuwahlbestimmung im herrschenden Gesetz, dass eine **gewählte Vertretung** ihre **Legitimation** dann verloren hat, wenn die Gebietskörperschaft als solche nicht mehr besteht. Das macht auch Sinn.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Unser **Grundgesetz** gibt nämlich in Artikel 28 Abs. 1 Satz 2 vor, dass das Volk in den Gemeinden und Kreisen eine Vertretung haben muss, und zwar eine solche, die aus allgemeinen, unmittelbaren, freien, gleichen und geheimen Wahlen hervorgegangen ist. Dagegen würde natürlich in allen anderen Kreisen, die von einer Gebietsreform nicht be-

rührt werden - Ergebnisoffenheit -, und auch in den Gemeinden nicht zu wählen sein.

Ich bin mit zwei Minuten ausgekommen. Ich finde, das war ein guter Bericht.

(Beifall)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Ich danke dem Herrn Innenminister für seinen Bericht und eröffne die Aussprache. - Ich erteile für die antragstellende FDP-Fraktion Herrn Abgeordneten Günther Hildebrand das Wort.

(Zurufe)

Günther Hildebrand [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Innenminister, wenn es so einfach wäre!

(Unruhe)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Ich bitte um etwas mehr Aufmerksamkeit für den Redner.

Günther Hildebrand [FDP]:

Der Weg der Landesregierung und der Großen Koalition für eine **Kreisgebietsreform** ist bereitet. Die CDU wiegelt zwar immer noch ab und tut so, als wäre der Prozess ergebnisoffen, und der Innenminister von der SPD hat das eben auch noch einmal wieder kundgetan, Tatsache ist aber, dass der einzig mögliche Weg zur Beendigung der Pläne der Großen Koalition ein Volksentscheid der Bürgerinnen und Bürger ist, der es dem Landesgesetzgeber in der Folge unmöglich macht, ohne Zustimmung der Kreise eine Kreisgebietsreform zu beschließen.

An einer Kreisgebietsreform werden auch die Gutachten nichts ändern, die wir jetzt zu erwarten haben. Es heißt ja nicht, dass alle Gutachten übereinstimmend zu dem Ergebnis kommen müssen, eine wie auch immer gestaltete Kreisgebietsreform würde zu **Effizienzsteigerung** und **Kostenreduzierung** führen. Eines der Gutachten wird für die Koalition als Begründung schon ausreichen, die Gebietsreform vorzunehmen.

Der Fahrplan der Koalition steht ohnehin schon fest: Vor der Kommunalwahl wird - wie man im Sportjargon sagt - der Ball flach gehalten, damit die Stimmenverluste der CDU aufgrund der Gebietsreform nicht zu hoch ausfallen. Dann wird nach der Kommunalwahl Gas gegeben, damit im Jahr 2009

(Günther Hildebrand)

die entsprechenden Gesetze für eine Kreisgebietsreform beschlossen und 2010 in Kraft treten können, um mit der Landtagswahl in den neuen Kreisen Kreiswahlen abhalten zu können.

Wir finden, dass der Gesetzgeber mit den kandidierenden Bürgerinnen und Bürgern, die ihre Freizeit für ihre Arbeit im Kreistag opfern und sich ehrenamtlich engagieren wollen, so nicht umgehen kann.

(Beifall bei der FDP)

Diese Bürgerinnen und Bürger haben einen Anspruch auf eine klare Aussage, für welchen Zeitraum sie sich am 25. Mai 2008 wählen lassen sollen - nur bis 2010, wie es offensichtlich die Koalition will, oder für eine volle Legislaturperiode von fünf Jahren.

Ganz abgesehen davon, dass wir die Kreisgebietsreform schon in ihrer Idee für falsch halten, kann es aus unserer Sicht nicht angehen, dass die ansonsten bis 2013 vorgesehene **Wahlperiode** in zwei Teile zerschnitten wird. Denn anders wird es ja nicht gehen. Wenn die Landesregierung zur nächsten Landtagswahl neue Kreise schaffen will, für die dann konsequenterweise neue Vertretungen gewählt werden müssen, wird es auch im Jahr 2013 Neuwahlen zu den Kreistagen geben müssen. Oder ist die Koalition etwa gewillt, künftig die Gemeindevertretungen und die Kreistage nicht mehr an einem Termin wählen zu lassen?

Ich zumindest kann es mir kaum vorstellen, im Jahr 2010 Kreistage zu wählen und dann im Jahr 2013 Gemeindewahlen abzuhalten, um dann wiederum im Jahr 2015 - fünf Jahre später - neue Kreistage wählen zu lassen. Wenn aber im Jahre 2013 auch die Kreistage neu gewählt werden müssen, hätten wir zwei Kurzlegislaturperioden. Das wäre dann etwas völlig Neues.

(Beifall des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Aber ich habe schon einmal etwas von zwei Kurzsuljahren in den 60er-Jahren gehört.

(Sylvia Eisenberg [CDU]: Das war hervorragend!)

Oder ein Langschuljahr; so hieß das - glaube ich - damals. Immerhin hätte es das dann schon einmal gegeben.

Dieses Durcheinander wird es den Parteien und Wählergemeinschaften erheblich erschweren, interessierte Kandidaten zu finden. Das macht auch die Arbeit in den Kreistagen nicht einfacher. Kaum gewählt müssen sich die Abgeordneten schon wieder auf die nächste Wahl vorbereiten und Wahlkampf

führen. Es besteht das Risiko, dass die Qualität der Erledigung von Aufgaben - auch von Landesaufgaben - und eine sachorientierte Diskussion darunter leiden.

Meine Damen und Herren, falls die Landesregierung entgegen aller Widerstände doch ihre Kreisgebietsreform durchsetzen will, kann sie es vernünftigerweise nur zur Kommunalwahl im Jahr 2013 durchziehen. Dann allerdings dürfte es der SPD zu spät sein. Bei realistischer Betrachtungsweise ist es ausgeschlossen, dass die SPD nach der Landtagswahl 2010 - wenn es nicht schon vorher Neuwahlen gibt - noch Teil der Landesregierung ist. Mit der FDP ist eine Kreisgebietsreform par ordre du mufti ohne den ausdrücklichen Willen der betroffenen Kreise nicht zu machen - nicht vor und nicht nach 2010.

(Beifall bei FDP und SSW - Birgit Herdejürgen [SPD]: Das macht ja nichts! - Holger Asstrup [SPD]: Das ist ja unschädlich, Herr Kollege!)

Meine Damen und Herren, unser Antrag ist kurz und simpel. Nichtsdestotrotz ist er wichtig. Die Bürgerinnen und Bürger, die sich zu einer Kandidatur für den Kreistag bereit erklären, müssen Klarheit haben. Sie müssen wissen, ob sie bei ihrem Engagement davon ausgehen können, für volle fünf Jahre im Kreistag arbeiten zu können. Ein oder zwei **Kurzlegislaturperioden** sind nicht zumutbar. Wenn die Große Koalition eine Kreisgebietsreform durchführen will, die wir ausdrücklich nicht unterstützen, dann bitte erst zum Jahr 2013!

(Beifall bei FDP und SSW)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Ich danke Herrn Abgeordneten Hildebrand und erteile für die CDU-Fraktion Herrn Abgeordneten Werner Kalinka das Wort.

Werner Kalinka [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Fragen sind dann zu entscheiden, wenn sie anstehen, und der Minister hat dargelegt, dass sie derzeit nicht anstehen.

(Vereinzelter Beifall bei CDU und SPD)

Das ist eine gute, akzeptable Position, es sei denn, Kreise würden sich freiwillig zusammenlegen. Das ist gesetzlich geregelt. Erst wenn es neue Gebietszuschnitte gäbe, stellte sich die Frage einer möglichen Zwischenwahl. Diese Frage hat der Minister so beantwortet, dass ich denke, dass wir es klar gehört haben.

(Werner Kalinka)

Ergänzend möchte ich aber einige Aspekte hinzufügen.

Wahlrechtsänderungen sind ein sehr sensibler Prozess, besonders wenn Mandatsträger schon gewählt sind. Es ist gut, in solchen Fragen einen breiten Konsens zu finden.

Wir haben das heute bei unserem **Wahlrechtsänderungsgesetz** gesehen, wo wir Einstimmigkeit erzielt haben. Der Minister hat am 1. Juni 2006 in der Debatte über das Wahlrecht im Lande einen wichtigen Satz gesagt: Eine tiefgreifende Wahlrechtsreform - wie von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vorgeschlagen - sollte nach meiner Auffassung behutsam und vor allem im Konsens mit allen politischen Kräften im Lande vorgenommen werden. - Ich glaube, das ist ein gutes Zitat, das für diese Fragestellungen insgesamt gilt.

Aufstellungen sind seit Monaten möglich. Das wurde hier schon dargelegt. Damit ist für die Gewählten eine gewisse Grundlage schon vorhanden.

Ich gehe auf einen anderen Aspekt ein, der mir zu diesem Gedanken in **Mecklenburg-Vorpommern** deutlich geworden ist. Dort hatte die alte Landesregierung eine **Kreisgebietsreform** gemacht. Diese wurde im Jahr 2005 beschlossen, aber die Wirksamkeit soll erst ab dem Jahr 2009 greifen. Man hat also gesagt: Wir beschließen im Jahr 2005, und was wir beschließen, gilt erst ab 2009. Das ist etwas, was man hier als Aspekt einbeziehen sollte. Eine Umsetzung in der Praxis und in den Köpfen braucht eine gewisse Zeit. Was dort gilt, sollte von uns nicht partout gleich abgelehnt werden.

Ich erinnere daran, dass derzeit die Frage, ob sich so etwas überhaupt rechtlich durchsetzen wird, in Greifswald vom Landesverfassungsgericht behandelt wird. Über die Klage wird am 26. Juli entschieden. Daher tun wir alle gut daran, diesem Prozess mit hoher Sensibilität und Sorgsamkeit gerecht zu werden.

(Beifall bei der CDU)

Ich äußere einen weiteren Gedanken. Wir waren im Herbst vergangenen Jahres in einer nicht ganz einfachen Situation. Inzwischen sind Gutachteraufträge vergeben, Aufgabenverlagerungen vorgeschlagen sowie Grundsätze für eine mögliche Kreisgebietsreform formuliert worden. Damit ist ein Prozess in Gang gekommen, dessen Konturen jetzt deutlicher werden.

Wir brauchen keine unnötigen Reibereien, sondern sollten den Blick auf das Wesentliche richten, damit wir im April 2009 im Landtag die notwendigen Dinge beschließen können.

Der Vorsitzende der SPD-Fraktion, Lothar Hay, hat gestern eine Aussage gemacht, die ich hier zitieren möchte:

„Wir wollen in dieser Legislaturperiode gemeinsam mit der CDU noch wesentliche Themen abarbeiten, zum Beispiel in der Bildungspolitik und bei der Modernisierung der Verwaltung. Im Vordergrund steht die Haushaltskonsolidierung.“

Ich glaube, meine Damen und Herren, wir sind alle gut beraten, bei diesem Prozess das Wesentliche zu betonen und uns darauf zu konzentrieren, damit wir es klar auf den Weg bekommen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Ich erteile das Wort für die SPD-Fraktion dem Herrn Abgeordneten Klaus-Peter Puls.

Klaus-Peter Puls [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Herr Innenminister hat auftragsgemäß mitgeteilt, dass nach § 3 Abs. 1 Satz 1 des **Gemeinde- und Kreistagswahlgesetzes** Kreistagsabgeordnete generell für fünf Jahre gewählt werden und dass nach § 1 Abs. 3 dieses Gesetzes im Falle einer Kreisgebietsreform vor Ablauf der fünf Jahre in den betroffenen Kreisen für den Rest der Wahlzeit neu zu wählen ist.

Ein Blick in das Gesetz erleichtert die Rechtsfindung. Wenn sich der Jurist Wolfgang Kubicki an diesen Satz erinnert hätte und es der Opposition mit ihrem Antrag um die Sache gegangen wäre, hätten wir alle zusammen uns hier heute eine unsinnige und unsachliche Debatte ersparen können.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

- Die Debatte ist unsinnig. Sie findet jedenfalls zur Unzeit statt, Herr Kollege Kubicki, weil heute nicht feststeht, ob und, wenn ja, wann genau es zu einer **Veränderung von Kreisgebietszuschnitten** kommt. Zuvor muss eben konkret feststehen, welche Landesaufgaben auf die Kreisebene übertragen werden und ob der vergrößerte Aufgabenbestand der Kreise in größeren Kreisen wirtschaftlicher als in der vorhandenen Kreisstruktur behandelt und erledigt werden kann. Dazu finden zurzeit, wie Sie genau wissen, Untersuchungen statt. Diese sind noch nicht abgeschlossen. Erst nach deren Abschluss ist mit der Entscheidung zu rechnen. Bis dahin sollten wir alle, auch Sie, Herr Kollege Kubicki und Herr Kollege Hildebrand, Ruhe bewahren.

(Klaus-Peter Puls)

(Beifall bei SPD und CDU)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Ich erteile für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dem Herrn Abgeordneten Karl-Martin Hentschel das Wort.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir haben tatsächlich eine interessante Debatte. Die Große Koalition hat im Herbst als Koalitionsausschuss - ich bin mir da aber nicht so sicher - etwas beschlossen. Auf jeden Fall hat sie etwas dazu gesagt, was sie vorhat. Sie wollte eine Verwaltungsstrukturreform durchführen. Wenn es zu **Kreisreformen** kommen sollte, dann sollte im Jahr 2010 mit der Landtagswahl zusammen die **Kreistagswahl** durchgeführt werden. Das finde ich ausgesprochen sinnvoll. Wenn man 140 Millionen € einsparen kann und eine Verwaltungsstrukturreform der gesamten Landesbehörden durchführen will, dann sollte man entsprechend handeln. Dann sollte man das auch in dieser Legislaturperiode beschließen und es nicht auf die nächste Periode verschieben.

Wenn man so verfährt, dann ist es auch sehr sinnvoll, dass man die neue Kommunalwahl zusammen mit der **Landtagswahl** macht. Das spart natürlich Geld, ist sinnvoll und auch ein praktisches Vorgehen.

Ich sehe es für die Kommunalpolitik aber überhaupt nicht als problematisch an, wenn die Leute nur für zwei Jahre im Amt sind. Ich weiß, dass die Kommunalpolitiker ohnehin Probleme haben, fünf Jahre durchzuhalten. Da gibt es sehr viele Listenwechsel. Bei der FDP ist es genauso.

Wenn wir die Diskussion jetzt führen - es ist sehr gut, dass wir sie führen -, dann ist es den Kommunalpolitikern klar, dass es eventuell um eine Amtszeit von nur zwei Jahren geht. Die Wahlperiode der Kreistagsabgeordneten beträgt fünf Jahre. Herr Kubicki hat nachgerechnet und festgestellt, dass zwischen der Kommunalwahl und 2010 nur zwei Jahre Abstand sind. Deshalb soll heute die Landesregierung berichten, ob $5 = 2$ ist. Das ist eine anspruchsvolle mathematische Aufgabe.

Als Mathematiker kann ich dem Juristen Kubicki bestätigen: 5 ist nicht $= 2$, zumindest in unserem linearen Zahlensystem. 5 ist aber $= 2$ in einer geschlossenen algebraischen Gruppe der Ordnung 3 . Das hilft Ihnen vermutlich nicht weiter.

Ich vermute deshalb, den Kollegen Kubicki drückt ein ganz anderer Schuh. Er hat neulich erklärt, dass er 2010 den Ministerpräsidenten Carstensen mitwählen will. Das bereitet ihm offensichtlich mittlerweile Probleme. Deswegen hat er heute den Ministerpräsidenten vor die Aufgabe gestellt - es ist eine fiese Frage -: Entweder du sagst, 5 ist $= 2$, oder ich wähle dich doch nicht.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Ich erteile das Wort für den SSW der Frau Abgeordneten Anke Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es mag für die Landesregierung nur eine Detailfrage ihrer großen Pläne zur Verwaltungsstruktur sein. Aber für diejenigen Politikerinnen und Politiker, die sich 2008 um ein Kreistagsmandat bewerben, ist die Länge der Wahlperiode ein nicht unwesentlicher Faktor.

(Beifall bei der FDP)

Machen wir uns doch nichts vor! Diese Frage wird diskutiert. Natürlich ist das eine Frage von Interesse.

Nach den aktuellen Plänen der Landesregierung ist vorgesehen, dass nach einer möglichen Kreisreform gleichzeitig mit der Landtagswahl 2010 **Kreistagswahlen** stattfinden sollen. So ist es bisher herübergekommen. Dazu möchte ich natürlich auch noch einmal die Frage aufwerfen, wie gut es eigentlich für eine Kommunalwahl ist, gleichzeitig mit einer Landtagswahl stattzufinden. Kommunale Themen gehen bei Landtagswahlen unter.

Deshalb stellt sich natürlich die Frage, was in einer solchen Situation mit den am 25. Mai 2008 gewählten Kreistagsabgeordneten ist, die ja eigentlich für fünf Jahre gewählt sein werden. Denn durch eine eventuelle **Fusion** von Kreisen und kreisfreien Städten würde die Anzahl der **Kreistagsmandate** reduziert werden. Dies wiederum stellt ein Problem für die Parteien im Vorfeld der anstehenden Kommunalwahlen dar. Denn wer ist schon bereit, womöglich nur für zwei Jahre den anspruchsvollen Posten eines Kreistagsabgeordneten anzustreben, wenn er weiß, dass er 2010 keine Chance mehr auf ein solches Mandat hat?

Dazu gebe ich ein konkretes Beispiel. Bekanntlich gibt es Bestrebungen, den Kreis Rendsburg-Eckernförde entweder mit der Stadt Neumünster oder mit benachbarten Kreisen zu fusionieren. Wir vom

(Anke Spoorendonk)

SSW gehen davon aus, dass wir im nächsten Jahr die Rückkehr in den Kreistag Rendsburg-Eckernförde schaffen könnten. Dafür gibt es gute Aussichten. Unsere Chancen, in einen neuen Kreistag einzuziehen, sind aber nach einer eventuellen Zusammenlegung mit einem anderen Kreis 2010 nicht mehr gegeben. Ich schildere das als konkretes Beispiel zu dieser Diskussion. Zum einen sehe ich das aus minderheitenpolitischer Sicht als Problem an, weil dann die dänische Minderheit auf Kreisebene nicht mehr vertreten sein wird, zum anderen ist dies aber auch ein Problem, weil wir natürlich bei der Kandidatensuche für die Kreistagswahl 2008 Schwierigkeiten haben werden. Das sprach ich vorhin schon an.

Ich sage noch einmal: Vor der gleichen Problematik stehen auch die anderen Parteien und die anderen Kreistagsabgeordneten. Darum fasse ich noch einmal zusammen: Der Fahrplan der Landesregierung sieht vor, dass erst - Mark's Müüs - nach der Kommunalwahl entschieden werden soll, ob es zu einer **Kreisgebietsreform** kommt. Bis dahin sei alles offen, man diskutiere ergebnisoffen. Der Innenminister hat es dreimal gesagt. Das wird auch immer wieder zur Beruhigung hinzugefügt. Es wäre aber der einzig richtige und transparente Weg zu sagen, erst mit der folgenden Wahlperiode soll wieder zum Kreistag gewählt werden. Der Kollege Kalinka sprach dies vorhin auch schon an. Das hätte zudem den Vorteil, dass vernünftige Übergangsregelungen geschaffen werden können und natürlich auch, dass die Kreistagspolitiker, die nächstes Jahr gewählt werden, wissen, woran sie sind.

(Beifall bei SSW und FDP)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Ich danke Frau Abgeordneter Anke Spoorendonk. - Für einen Kurzbeitrag hat sich Herr Abgeordneter Wolfgang Kubicki gemeldet.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn man die heutigen Debattenbeiträge des Kollegen Hentschel hört und versucht, die zu verstehen, stellt sich die Frage, ob es Doping nicht nur im Sport gibt, sondern vielleicht auch in unseren eigenen Reihen.

(Lachen bei der SPD)

Wer hier erklärt, dass Kommunalpolitiker - und das mag bei den Grünen so sein, Herr Hentschel - Schwierigkeiten hätten, schon zwei Jahre durchzuhalten -

(Günter Neugebauer [SPD]: Das finde ich nicht in Ordnung!)

- Herr Kollege Neugebauer, ich lege keinen Wert darauf, ob Sie das in Ordnung finden oder nicht. Ich bin nicht dazu da, dass meine Redebeiträge Ihnen gefallen, sondern ich bin dazu da, das zu sagen, was ich denke, und es wäre ganz gut, wenn in Ihren Reihen auch mehr Leute davon Gebrauch machten, das zu sagen, was sie denken.

(Günter Neugebauer [SPD]: Kollegen zu beleidigen ist nicht in Ordnung!)

- Es war eine Beleidigung zu sagen, er könnte adoptiert sein?

(Günter Neugebauer [SPD]: Aus meiner Sicht, ja!)

- Na gut, dann entschuldige ich mich für diese Beleidigung und nehme meinen Teil der Verantwortung einem größeren Vorbild aus diesem Haus folgend auf mich.

(Beifall bei der FDP und des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Wer sich hier als Landespolitiker hinstellt und erklärt, dass die Kommunalpolitiker in aller Regel Schwierigkeiten hätten, zwei Jahre durchzuhalten, der weiß gar nicht, wovon er redet.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das habe ich nicht gesagt!)

Sie haben hier gerade gesagt, die Kommunalpolitiker hätten Schwierigkeiten, zwei Jahre durchzuhalten.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie haben nicht zugehört, das ist das Problem!)

- Das ist mir völlig egal! - Wir haben, das will ich nur sagen, auch bei einigen Kommunalpolitikern - ähnlich wie beim SSW - mit den Aufstellungsmodalitäten begonnen. Und wir werden natürlich gefragt, und Herr Kollege Wadephul, Sie werden in der Union doch auch gefragt und die SPD wird die gleiche Frage gestellt bekommen, nämlich wie lange diejenigen, die jetzt antreten, ihr Amt ausüben sollen. Es wäre ein Akt der Redlichkeit - ich erinnere jetzt noch einmal an die Rede des Bundestagspräsidenten zu der Frage, was Glaubwürdigkeit und was Verantwortung ist und wie man Vertrauen zurückgewinnt -, wenn man sich zumindest auf die Position verständigt, dass man nicht genau wisse, wohin der Zug der Großen Koalition im September, Oktober oder im Januar nächsten Jahres läuft, aber man jedenfalls sagen könne, dass, wenn man eine

(Wolfgang Kubicki)

Veränderung vornehme, diese nicht vor 2013 wirksam werde. Das wäre ein Akt der Redlichkeit, weil diejenigen, die jetzt kandidieren, sicher sein können, dass sie das für fünf Jahre tun,

(Beifall bei FDP und SSW)

es sei denn, es gibt vorher freiwillige Zusammenschlüsse, über die übrigens auch früher geredet worden ist. In Neumünster hat man schon früher die Frage diskutiert, ob man die Kreisfreiheit nicht zugunsten Segebergs aufgeben sollte. Das ist nichts Neues. Selbstverständlich muss für solche freiwilligen Zusammenschlüsse die Regelung des jetzigen Wahlgesetzes gelten. Ich sage es aber noch einmal ausdrücklich: Es wäre ein Akt der Redlichkeit, denjenigen, die jetzt ihr ganzes Engagement, ihre Freizeit und ihr Geld aufbringen - ich weiß, dass es zwar nicht bei der FDP, aber bei anderen Parteien üblich ist, dass man sich an den Wahlkampfkosten beteiligen muss -, zu erklären: Wir garantieren euch, dass die Wahlperiode, für die ihr jetzt kandidiert, fünf Jahre dauert. Nichts anderes wollen wir erreichen. Es wäre schön, wenn die Große Koalition den Mut finden würde, das den Menschen auch so zu sagen, Werner Kalinka.

(Beifall bei SPD und SSW)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Das Wort für einen weiteren Beitrag erteile ich Herrn Innenminister Dr. Ralf Stegner.

Dr. Ralf Stegner, Innenminister:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Ich fand die Debatte sehr spannend, muss ich sagen. Selbst nach so kurzen Berichten kann man spannend diskutieren. Was Neumünster und Rendsburg-Eckernförde angeht, begrüße ich sehr, dass man dort nachdenkt, aber das Nachdenken wird natürlich nicht ohne Rücksicht auf die Nachbarkreise Plön, Kiel und Segeberg unternommen werden können. Wir müssen auch da bedenken, dass die Vorbereitungen für die Kommunalwahl schon begonnen haben, wir insofern also nicht eingreifen können. Das wäre undemokratisch.

Zweitens. Ich habe gelernt: Viermal Null ist Null. Ich glaube, das bestreitet niemand, zumindest was die Kraft von Argumenten angeht.

Drittens. Ich finde es ein bisschen bedenklich zu argumentieren, man müsse hauptsächlich darauf achten, was das für einen für die Wahlperiode bedeutet. Ich hatte den Herrn Bundestagspräsidenten so verstanden, dass Abgeordnete nicht für sich selbst da sind, sondern dem Volk und dem Gemeinwohl dienen.

(Beifall bei der SPD)

Insofern gilt immer das, was Gesetzeslage ist. Darauf stellen sich Abgeordnete - auch hier im Haus - ganz flexibel ein. Da kann auch nicht die Frage im Vordergrund stehen, wer irgendwo welche Chancen hat.

Ein Letztes. Ich bin durchaus bereit, mich ernsthaft mit dem Argument von Herrn Kalinka auseinanderzusetzen. Aber dabei sollten wir Folgendes bedenken: Wir muten den Menschen momentan zu, im Bereich des Arbeitsmarktes, durch die Gesundheitsreform und die Reform der Alterssicherung gravierende Veränderungen für sich relativ schnell hinzunehmen. Wenn wir aber Verwaltung reformieren, sagen wir, dass wir das erst in etlichen Jahren umsetzen dürfen, und zwar nach Einigungsvertrag und anderen Dingen. Welches Bild entsteht eigentlich von Politik und öffentlicher Verwaltung, wenn wir das so machen?

(Beifall bei der SPD)

Ist es nicht vielmehr eine spannende Aufgabe, als erfahrener Kreistagsabgeordneter mitwirken zu dürfen, wenn herauskommen sollte, dass wir etwas umgestalten müssen? Das ist eine ganz besonders spannende Situation, in der endlich einmal etwas gestaltet wird, was sonst vielfach gar nicht der Fall ist - bei allem Respekt vor Kreistagsabgeordneten.

Ich rate dazu, nicht zu glauben, dass die Menschen im Land von tiefster Sorge gepeinigt sind, was die Länge von Wahlperioden oder die Struktur von Kreisen angeht. Ich habe letzts etwas flapsig gesagt, dass die wenigsten Menschen in Bettwäsche mit Kreiswappenaufdruck schlafen, es ist meistens eher FC-Sankt-Pauli-, THW-Kiel- oder SG-Flensburg-Handewitt-Bettwäsche. Es wäre gut, das ein bisschen ruhiger zu diskutieren und nicht zu glauben, dass das Abendland einstürzt, wenn man sich mit solchen Fragen beschäftigt. Dazu würde ich raten. Ich rede deswegen oft von Ergebnisoffenheit, weil wir fast mit jedem Ergebnis leben können.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich muss klatschen, es hilft nichts!)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag erhält Frau Abgeordnete Anke Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Innenminister, ich glaube, Sie haben et-

(Anke Spoorendonk)

was missverstanden. Diese Frage hat nichts mit dem Interesse am eigenen Posten zu tun. Die Frage, wie lang die kommende Wahlperiode ist, hat mit Transparenz und Verlässlichkeit von politischen Entscheidungen zu tun.

(Beifall bei SSW und FDP)

Das ist der Punkt. Es ist ein gutes Prinzip zu sagen, wir treffen jetzt eine Entscheidung und diese Entscheidung hat dann einen entsprechenden Vorlauf, sodass man, wenn man die Entscheidung getroffen hat, auch gleichzeitig sagt, wie das Verfahren aussieht und wann die Entscheidungen umgesetzt werden soll. Dann wissen die Menschen von vornherein, woran sie sind.

Wissen ist Macht. In der Politik gilt aber nicht: Nichtwissen macht auch nichts. Nein, Nichtwissen macht sehr viel. Nichtwissen schafft Unsicherheit und ist im Grunde genommen in unserer Gesellschaft nicht hinnehmbar und nicht akzeptabel. Es geht um Transparenz, es geht um Verlässlichkeit und es geht auch um Vertrauen in die Politik.

Ich fand die Rede des Bundestagspräsidenten auch ausgesprochen gut und sehr zum Denken anregend. Er sprach gerade den Vertrauensverlust an. Darum ist es wichtig, dass wir den Menschen genau erklären, wann was auf sie zukommt, wann was in welcher Reihenfolge geregelt werden soll. Jetzt sagten Sie, wir muten den Menschen bei der Änderung der sozialen Sicherungssysteme sehr viel zu. Das tun wir allerdings.

Morgen oder übermorgen - ich habe das nicht genau im Kopf -

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Morgen!)

werden wir den Bericht der Bürgerbeauftragten diskutieren. Die Bürgerbeauftragte kritisiert in ihrem Bericht, dass gerade im SGB-II-Bereich im letzten Jahr 100 Änderungen auf die Menschen zugekommen sind, 100 Änderungen!

Das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen. Da soll mir einer erzählen, dass nicht das größte Problem der Vertrauensverlust ist. Ich bitte also darum, dass man daran festhält, welches die Richtung sein muss. Darum sagen wir: Veränderungen ja, auch wenn die Kreise das wollen, aber wenn das, was die Landesregierung will, durchgeführt werden soll, dann bitteschön erst 2013.

(Beifall bei SSW und FDP)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Das Wort für einen weiteren Kurzbeitrag erhält der Fraktionsvorsitzende der CDU-Fraktion, Herr Abgeordneter Dr. Johann Wadephul.

Dr. Johann Wadephul [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte nur noch einmal, Herr Innenminister, den Gedanken des Kollegen Kalinka kurz beleuchten, weil wir gerade im Tagesordnungspunkt davor darüber gesprochen haben, wann wir welche kommunalrechtlichen Änderungen machen. Da ging es um **wahlrechtliche Vorschriften**, die wir diskutiert haben, beispielsweise die Frage, ob eine Gemeinde heute vielleicht beschließen könnte, dass die Zahl der Gemeindevertreter in der laufenden Kommunalwahlperiode geringer sein sollte, weil man in der Tat an der einen oder anderen Stelle das Problem hat, das der Kollege Hentschel aufgezeigt hat, dass die Zahl der **Ehrenamtler** vielleicht nicht mehr ausreichend ist. Das haben wir deshalb gemeinsam nicht gemacht, weil wir gesagt haben, ein Jahr vor einer Kommunalwahl wollen wir eine solch tiefgreifende Änderung nicht mehr machen.

Nun zur Frage der Flexibilisierung. Ich folge voll der Argumentation von Werner Kalinka, wenn er sagt, wenn wir hier sagen, dass wir ein Jahr vorher an eine so grundlegende wahlrechtliche Änderung nicht mehr heran wollen, dann muss man sich auch anderen Fragen, die **Kreistagsabgeordnete** deren **Wahlzeit** angehen, mit der gleichen Behutsamkeit nähern.

(Beifall bei CDU, FDP und SSW)

Das ist, wie ich glaube, nur logisch. Das hat auch nichts damit zu tun, dass wir sozusagen das Amt des Kreistagsabgeordneten überhöhen würden. Wenn wir sagen, wir gehen da mit Behutsamkeit heran, auch mit einer Zurückhaltung des Landesgesetzgebers gegenüber Ehrenamtlern, dann muss der Maßstab bei Kreistagsabgeordneten der gleiche sein wie bei **Gemeindevertretern**.

Ein zweiter Gedanke, auf den verschiedene Redner, auch der Herr Innenminister, kurz eingegangen sind, betrifft die Angelegenheit Rendsburg-Eckernförde und Neumünster. Kollegin Schümann hat sich dazu eingelassen, andere auch, auch der Oberbürgermeister von Neumünster. Da muss ich sagen, dass mir schon an der einen oder anderen Stelle das Verständnis fehlt, weil ich mich als Vorsitzender des Kreisverbandes Rendsburg-Eckernförde dafür engagiere, dass wir im gemeinsamen Sinne vorankommen, übrigens auch vom neuen stellvertreten-

(Dr. Johann Wadephul)

den SPD-Landesvorsitzenden Andreas Breitner unterstützt, dass wir dort zwei Gebietskörperschaften zusammenführen, nämlich Rendsburg-Eckernförde und die bisher kreisfreie Stadt Neumünster, die in der Tat - Wolfgang Kubicki hat das gesagt - schon früher gesagt hat, wir können uns die Aufgabe der Kreisfreiheit vorstellen. Nun hat Segeberg eher die kalte Schulter gezeigt, und man ist in Gespräche mit Rendsburg-Eckernförde gegangen.

Der Kreistag Rendsburg-Eckernförde sagt ja, es gibt eine Initiative der CDU, für die ich übrigens weder in meinem Kreisverband noch landesweit den größten Applaus bekommen habe. Es gibt auch Kritik an der Stelle. Aber nun macht man das als Kreisvorsitzender, und dann fällt der sozialdemokratischen Partei Neumünsters nichts anderes ein, als das abzulehnen, und da fällt dem sozialdemokratischen Oberbürgermeisters Neumünsters nichts anderes ein, als zu sagen, da müssten ja über 80 Vorschriften, Frau Kollegin Schümann, geändert werden. Wenn wir wirklich so kleinkariert an diese Frage herangehen und wenn uns so schnell der politische Mut verlässt, solche Prozesse durchzuführen, wie diese Funktionsträger der SPD Neumünster - in Rendsburg-Eckernförde sind sie mutiger -, dann wird es insgesamt nicht gelingen. Das möchte ich an dieser Stelle festhalten.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Das Wort für einen weiteren Kurzbeitrag erhält der Herr Abgeordnete Werner Kalinka.

Werner Kalinka [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich finde schon, es lohnt sich bei Debatten, die hier geführt werden, ganz genau zuzuhören. Deutlich ist doch geworden, dass die Abgeordneten auf fünf Jahre gewählt sind. Das kann doch gar nicht strittig sein. Der Minister hat das dargelegt, die sind auf fünf Jahre gewählt. Das wollen wir hier zunächst einmal festhalten. Dann hat der Herr Minister gesagt, keiner habe eine Garantie für eine **Wahlzeit**, auch übrigens hier nicht. Dagegen kann man prinzipiell auch nichts sagen. Der Punkt ist jetzt einfach inhaltlich: In welche Richtung soll es gehen? Wenn wir die Absicht gehabt hätten, jetzt etwas zu machen, hätten wir heute in dem Gesetz an wahlrechtliche Vorschriften herangehen müssen. Da ging es um die Gemeinde- und Kreistagswahlen, aber wir haben das nicht getan. Auch dies als weiterer Hinweis.

Ich möchte doch festhalten, dass hier auch Anstöße zu dem Gesamtprozess gekommen sind - das sage ich in aller Öffentlichkeit -, die auch vom Innenminister ausgegangen sind, und dass wir diesen Weg der Veränderung weiter gehen wollen. Wir wollen das aber auch qualifiziert in einen Prozess bringen. Auch darüber besteht Einigkeit. Wir alle haben gewisse Erfahrungswerte, die wir einbringen.

Ich möchte ein weiteres Beispiel geben. Im Amt Schrevenborn hat man dreieinhalb Jahre gebraucht, um das hinzukriegen. Man glaube aber ja nicht, dass jetzt schon alles gelöst sei. Die haben dreieinhalb Jahre nur für diesen Prozess in einem Amt gebraucht. Deswegen kam ich auch auf **Mecklenburg-Vorpommern** und ich bin froh, dass Sie sagen, das sei ein Argument, und damit setzen wir uns auseinander. Wenn wir uns diese Zeitschiene vor Augen halten und die Leute wirklich mitnehmen und etwas Qualifiziertes machen wollen, müssen wir uns die Frage stellen, ob wir dort nicht bestimmte Dinge strecken müssen. Es ist doch nicht unbillig, darüber nachzudenken.

Wenn man dieser Debatte wirklich gefolgt ist, dann ist doch Klarheit von Seiten der Großen Koalition: auf fünf Jahre gewählt, sollte irgendwo noch eine Veränderung angedacht werden, wäre das eine sehr hohe Hürde für die Begründung, die man dafür geben müsste. Die Zeitabläufe - Stichwort Mecklenburg-Vorpommern, Schrevenborn -, die wir hier dargelegt haben, sind etwas, das uns gemeinsam bewegt, dass wir dieses abwägen. Das hat der Minister ausdrücklich gesagt und deswegen halte ich dies in diesem Hohen Hause fest.

Alle anderen Argumente, Herr Kollege Hentschel, die Sie gebracht haben, dass Sie sagen, die hätten nach zwei Jahren keine Lust mehr, da muss ich sagen, Ihre eigenen Leute von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind im Kreistag ganz fleißig und machen das immer für fünf Jahre. Bei uns wechselt fast gar keiner. Es gibt auch andere, die sagen, wenn es noch zwei Jahre sind, dann kann ich auch noch zwei Jahre machen. Das Argument kann man also ganz verschieden ausfüllen. Aber ich denke, die subjektiven Argumente, Herr Kollege Hentschel, sind kein Maßstab. Entscheidend ist, es wird für fünf Jahre gewählt, und wir nehmen uns jetzt die Zeit, den Prozess weiter vernünftig zu besprechen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Das Wort für einen weiteren Kurzbeitrag erhält die Frau Abgeordnete Monika Heinold.

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Was ist das für eine verquere Debatte! Diejenigen, die keine Gebietsreform wollen, nämlich SSW und FDP, stellen sich hier hin und sagen, die Gebietsreform dürfe erst 2013 in Kraft treten.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Wenn überhaupt!)

Das bedeutet sieben Jahre Stillstand für Schleswig-Holstein. Da sagt meine Fraktion ganz klar Nein.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Wen interessiert das denn?)

CDU und SPD haben anscheinend Probleme, ihrer kommunalen Basis zu verkünden, dass sie 2010 tatsächlich eine Gebietsreform wollen. Heute wurde sehr viel im Konjunktiv gesprochen, „man wisse noch nicht“. CDU und SPD haben Angst, den Menschen vor Ort zu sagen, 2010 kommt die Gebietsreform. Sie warten also erst einmal die Kommunalwahl ab und lassen alle Leute, die kandidieren wollen, vor Ort im Unklaren, und zwar völlig ohne Not. Das ist nicht in Ordnung, und das wird von uns kritisiert.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Nichts anderes sagen wir doch!)

Wir erwarten, dass die Landesregierung zügig entscheidet, dass sie sich erstens zügig für eine **Gebiets- und Verwaltungsstrukturreform** entscheidet, die diesen Namen verdient hat, dass sie zweitens sagt, wann dies umgesetzt wird, und dass sie drittens sagt, wie lange für diejenigen, die jetzt kandidieren, dann die **Legislaturperiode** sein wird. Wer sich vor dieser Antwort drückt, weil er Angst hat, die Kommunalwahl zu verlieren, der verspielt tatsächlich das Vertrauen derjenigen, die nicht wissen, ob sie für zwei oder für fünf Jahre kandidieren wollen. Ich sage aber auch an die Adresse von FDP und SSW, wer keine Gebietsreform will, der muss auch nicht darum streiten, ob sie im Jahre 2010 oder 2013 kommt, der muss sich dann ganz klar dagegen positionieren. Da hätte man heute einen Antrag stellen können, statt die Landesregierung berichten zu lassen, wie lange denn die Legislaturperiode ist, wo doch die Landesregierung das selbst nicht weiß, weil sie an der Stelle relativ planlos ist.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe damit die Beratung. Ich stelle zunächst fest, dass der Berichtsantrag Drucksache 16/1373

durch die Berichterstattung der Landesregierung seine Erledigung gefunden hat. Der Tagesordnungspunkt ist mit der Berichterstattung der Landesregierung erledigt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 32 auf und wäre froh, wenn die Abgeordneten Platz nehmen würden:

Antrag der Volksinitiative gegen die Zusammenlegung von Kreisen ohne deren Zustimmung**Drucksache 16/1147**

Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses
Drucksache 16/1348

Ich erteile dem Berichtstatter des Innen- und Rechtsausschusses, Herrn Abgeordneten Werner Kalinka, das Wort.

Werner Kalinka [CDU]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Innen- und Rechtsausschuss hat in seiner Sitzung am 18. April 2007 auf der Grundlage des Berichtes des Innenministers über den Nachweis der Stimmberechtigung und die Vorprüfung des Quorums über die Volksinitiative gegen die Zusammenlegung von Kreisen ohne deren Zustimmung und eines Gutachtens des Wissenschaftlichen Dienstes des Landtags die Zulässigkeit der Volksinitiative geprüft.

Er unterbreitet dem Landtag einstimmig folgende Beschlussempfehlung:

Erstens. Der Landtag stellt fest, dass das nach Artikel 41 Abs. 1 Satz 3 der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein erforderliche Quorum für die Volksinitiative gegen die Zusammenlegung von Kreisen ohne deren Zustimmung erreicht ist. Zweitens. Er stellt fest, dass sich die Volksinitiative gegen die Zusammenlegung von Kreisen ohne deren Zustimmung auf einen zulässigen Gegenstand bezieht. Drittens. Die Volksinitiative gegen die Zusammenlegung von Kreisen ohne deren Zustimmung ist daher zulässig.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN legte zur Sitzung des Innen- und Rechtsausschusses auch schon einen inhaltlichen Antrag zum Gegenstand der Volksinitiative vor. Die Befassung mit diesem Antrag wurde jedoch von der Mehrheit der Ausschussmitglieder vor dem Hintergrund der durch die Landesverfassung und das Volksabstimmungsgesetz übertragenen Aufgabe, zu diesem Zeitpunkt des Verfahrens lediglich über die Zulässigkeit der Volksinitiative zu beraten, abgelehnt.

(Werner Kalinka)

Frau Präsidentin, ich schlage Ihnen für die weitere Befassung des Landtags mit der Volksinitiative vor, den Antrag der Volksinitiative, Drucksache 16/1147, zur weiteren Beratung an den Innen- und Rechtsausschuss und an den Petitionsausschuss zu überweisen.

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Ich bedanke mich für den geschäftsleitenden Vorschlag und danke dem Herrn Berichterstatter auch für den Bericht. Gibt es Wortmeldungen zum Bericht? - Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Aussprache und erteile für die CDU-Fraktion dem Herrn Abgeordneten Werner Kalinka das Wort.

Werner Kalinka [CDU]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe es bereits dargelegt, die **Volksinitiative** ist zulässig. Es wurden uns 32.000 Unterschriften vorgelegt. 20.000 Unterschriften wären nötig gewesen. Das **Quorum** ist deutlich erfüllt. Heute geht es aber nicht um die inhaltliche Bewertung. Diese wird erst einige Zeit später Gegenstand unserer Diskussion sein. Die dithmarscher Initiative ist Ausdruck engagierten bürgerschaftlichen Engagements. Ich glaube, dies dürfen wir festhalten. Darüber gibt es keine Diskussionen.

(Vereinzelter Beifall bei CDU und FDP und Beifall des Abgeordneten Klaus-Peter Puls [SPD])

Wenn man sich vor Augen hält, wie dort mit Herz argumentiert wird, dann steht dies auch Kommunalpolitikern gut zu Gesicht. Die vielen Fahnen auf den Autos zeigen, dass man sich mit Selbstbewusstsein mit der Sache auseinandersetzt. Inzwischen hat sich auch einiges getan. Ich habe es vorhin dargelegt. Der Prozess währt seit November. Gleiches gilt für den Gesamtprozess in Schleswig-Holstein. Wir werden uns sorgfältig mit Argumenten und Besorgnissen auseinandersetzen. Man muss es aber auch gegenseitig aushalten können, dass man auch einmal unterschiedlicher Meinung ist und bleibt.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Ich danke Herrn Abgeordneten Werner Kalinka. - Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Klaus-Peter Puls das Wort.

Klaus-Peter Puls [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich schließe mich den Ausführungen und den Geschäftsordnungsanträgen des Kollegen Kalinka an.

(Beifall bei SPD und CDU)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Das spart Zeit. - Für die FDP-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Dr. Wolfgang Kubicki das Wort.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Frau Präsidentin! Bei aller Herzlichkeit, ich muss erklären, dass ich die Promotion im Gegensatz zu Herrn Dr. Stegner noch nicht hinter mich gebracht habe, obwohl ich gelegentlich so wirke.

(Zuruf des Abgeordneten Thomas Stritzl [CDU])

- Herr Kollege Stritzl, ich habe es nicht einmal versucht, weil ich nichts davon halte, 400 Seiten mit Zitatensammlungen zusammenzustellen.

Im Namen meiner Fraktion möchte ich mich herzlich bei den Organisatoren der Volksinitiative bedanken. Diese Bürgerinnen und Bürger, die es geschafft haben, innerhalb kürzester Zeit über 30.000 Unterschriften für ihre Volksinitiative zu sammeln, verdienen diesen Dank dafür, dass sie bewiesen haben, dass die Demokratie in Schleswig-Holstein funktioniert. Wenn die Menschen in Schleswig-Holstein mit der Politik der Regierung unzufrieden sind, dann organisieren sie sich und nutzen die ihnen von der Verfassung zugestandenen Wege, um - jedenfalls Ihrer Auffassung nach - unausgelegene Beschlüsse und Pläne der Regierungsfractionen aufzuhalten. Es bleibt dabei. Bis heute ist die Landesregierung jeden Beweis schuldig geblieben, dass eine **Kreisgebietsreform**, die insbesondere von der SPD verfolgt wird, wirklich Einsparungen bringt. Die CDU versucht verzweifelt, das Thema langsam tot zu schweigen. Dabei treibt der Innenminister - vormals Finanzminister - eine Berechnung nach der anderen durch das Dorf, um seine Pläne zu verteidigen. Nicht eine Berechnung konnte bisher standhalten, sondern wurde nach nur kurzer Zeit durch Fachleute zerlegt.

Gipfel der Frechheit, so muss man es wirklich nennen, war die schon legendäre überschlägige **Wirtschaftlichkeitsberechnung** des **Innenministers**. So hatte er beim Vergleich der Personalkosten der Kreise beispielsweise im Kreis Rendsburg-Eckernförde vergessen, eine halbe Million € mit einzurechnen, die an anderer Stelle als dem Personal-

(Wolfgang Kubicki)

haushalt gebucht worden war. Er hatte Plan- und nicht Ist-Kosten in den Ansatz gebracht. Er hatte bei den Personalkosten des Kreises Pinneberg übersehen, dass ein Teil der Aufgaben des Kreises von den Baubehörden größerer Städte vor Ort wahrgenommen wurde. Er hatte übersehen, dass der Katastrophenschutz in Kreisen mit Atomkraftwerken oder der Gefahr von Sturmfluten mehr Personal als in Kreisen ohne diese Gefahren erfordert.

Er hatte zwar herausgefunden, dass die Personalkosten in Nordfriesland im Baubereich des Kreises höher liegen als in anderen Kreisen, er hatte zugleich aber übersehen, dass aufgrund einer hohen Bautätigkeit in Nordfriesland der Personalbedarf gegeben war und dass die Kosten pro Bauantrag in Nordfriesland im Vergleich mit anderen Kreisen am niedrigsten lagen. Er hatte also schlicht nicht mitbekommen, dass sich die Personal- und Sachkosten an den zu erledigenden Aufgaben orientieren und damit in den Kreisen höchst unterschiedlich anfallen können.

Wer das alles aber nicht erkennt oder erkennen will, der ist entweder komplett inkompetent und damit für das Amt des Innenministers ungeeignet oder er täuscht die Bürgerinnen und Bürger aus politischem Kalkül heraus bewusst. Dass die CDU als ehemalige Kommunalpartei dies immer wieder zulässt, zeigt nur, wie groß auch bei ihr der Abstand zu den Menschen geworden ist.

Wahrhaftigkeit ist nicht nur von Konfirmanden zu verlangen, sondern erst recht von den Trägern staatlicher Verantwortung. Dieses Zitat von Willy Brand sollten sich die Vertreter der Großen Koalition mit ihren Plänen für eine Kreisgebietsreform öfter vor Augen halten. Frau Kollegin Heinold, Sie merken an meinen Worten: Wir sind gegen eine zwangsweise durchgeführte Kreisfusion, denn der Protest der **Volksinitiative gegen die Zusammenlegung von Kreisen** richtet sich nicht nur in der Sache gegen die Kreisgebietsreform. Er richtet sich auch gegen den immer stärkeren Habitus von Regierenden, ihre vollmundigen Wahlversprechen, mit denen sie gewählt wurden, nach einer Wahl nicht einzuhalten. Ich weise darauf hin, dass es hier nicht nur um Dithmarschen geht. Es gibt entsprechende Initiativen mittlerweile in Nordfriesland, in Schleswig-Flensburg, in Plön, in Ostholstein und in Lauenburg. Wie wir vernehmen, sind diese immer auch durch herausragende Vertreter der CDU und übrigens auch - wie wir es in Dithmarschen sehen - durch herausragende Vertreter der Sozialdemokratie getragen.

Man kann es gar nicht oft genug sagen: Die Kreisgebietsreform ist ein Kind, das die Grünen erfunden

haben. Weder die SPD noch die CDU haben vor der letzten Landtagswahl die Notwendigkeit einer solchen Reform gesehen. Mit dem Scheitern der Wiederwahl von Frau Simonis zur Ministerpräsidentin und der Bildung der Großen Koalition hätten auch die Pläne einer Gebietsreform durch den Landtag beerdigt werden müssen. Stattdessen lässt der Ministerpräsident einen Kommunalminister durchs Land ziehen, über dessen Inkompetenz sich die kommunalen Vertreter die Haare raufen, der zugleich aber blind seine Visionen umsetzen will, egal ob sie sinnvoll sind oder nicht, und der mit seiner Art gegenüber den Menschen einen Flächenbrand an Abneigung erzeugt. Aus Reihen der CDU kann man das vielleicht momentan mit Wohlwollen im Auge haben, aber ich sage voraus: Das fällt irgendwann auch auf die CDU zurück.

Der Antrag der Volksinitiative ist zulässig. Er wird von uns auch für zulässig befunden. Wir stimmen ihm inhaltlich zu und werden - sollte sich die Große Koalition uneinsichtig zeigen - ein Volksbegehren unterstützen. Wir haben keinen Zweifel daran, dass das notwendige Quorum von 100.000 Stimmen erreicht werden wird.

(Beifall bei der FDP und des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erhält Frau Abgeordnete Monika Heinold.

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Über die Zulässigkeit der Volksinitiative brauchen wir uns nicht zu streiten, da sind wir uns einig. Interessant ist höchstens die Frage, ob eine Volksinitiative nur dann als haushaltsrelevant einzustufen ist, wenn sie Kosten verursacht und nicht - wie in diesem Fall - wenn sie verhindern möchte, dass der Landeshaushalt von Kosten entlastet wird.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Quatsch! - Dr. Heiner Garg [FDP]: Was zu beweisen wäre!)

Genau genommen ist wahrscheinlich fast jede **Volksinitiative** kostenrelevant. Für meine Partei sind Volksinitiativen ein wichtiges Element demokratischer Mitbestimmung. Wir wollen sie grundsätzlich auch für haushaltsrelevante Entscheidungen öffnen. Deshalb stimmen wir der Zulässigkeit ohne Wenn und Aber zu.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Monika Heinold)

Wir wollen, dass die Bürgerinnen und Bürger gerade über diejenigen Dinge mitentscheiden können, die sie vor Ort direkt betreffen. Auf die **Gebiets- und Verwaltungsreform** trifft dies natürlich zu.

(Zuruf des Abgeordneten Rolf Fischer [SPD])

Wir wollen, dass die Bürgerinnen und Bürger die Wahl haben: Entweder es bleibt nach dem Wunsch der Volksinitiative und der FDP alles so, wie es ist, oder wir entscheiden uns für stärkere Kommunen und für mehr Verantwortung vor Ort. Gleichzeitig könnten wir Einsparungen durch die Reduzierung von Verwaltungsaufgaben erzielen und in den Bildungshaushalt investieren.

Mehr Verantwortung für die Kommunen heißt, dass Landesaufgaben nach unten abgegeben werden. Das geht aber nur, wenn wir die Strukturen grundlegend ändern.

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Sollten es die Initiatoren schaffen, dass 5 % der Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner das **Volksbegehren** unterzeichnen, wird meine Fraktion daher ihr eigenes Konzept für eine konsequente und tiefgreifende Verwaltungs- und Gebietsreform als Alternative zum Text der Volksinitiative erneut in den Landtag einbringen.

Wir wollen ein bürgernahes Schleswig-Holstein mit Amtsgemeinden und gewählten Bürgermeistern und Vertretungen. Unser grünes Konzept lautet: Nicht die Bürgerinnen und Bürger fahren den weiten Weg zur Kreisstadt, sondern zukünftig können die Menschen vor Ort im „Rathaus der Zukunft“ alles erledigen, vom Bauantrag bis zur Kfz-Zulassung.

Wir sind davon überzeugt, dass nur **große Kommunen** all diejenigen Aufgaben lösen können, die wir zukünftig in kommunale Verantwortung geben wollen. Diejenigen Aufgaben, die innerhalb einer größeren Region geregelt werden müssen, werden dann von den neuen **Großkreisen** wahrgenommen, zum Beispiel die Organisation des ÖPNV, die durchaus regional durchdacht und konzipiert werden muss.

Ich bin davon überzeugt, dass sich die Bürgerinnen und Bürger für ein solches Konzept mit mehr Bürgernähe begeistern könnten.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Mit Sicherheit nicht!)

Allerdings wird das nur klappen, wenn die Politik das Konzept selbst trägt, wenn wir es den Bürgerin-

nen und Bürgern erklären, wenn wir gemeinsam den Dialog vor Ort führen.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Genau das Gegenteil ist aber passiert. CDU und SPD waren von Anfang an planlos und haben die Bürgerinnen und Bürger vor Ort mit ihren Konzepten verwirrt und verschreckt. Erst sollten Dienstleistungszentren geschaffen werden, von denen nicht einmal die Regierung selbst wusste, wie sie funktionieren sollten. Dann sollten Verwaltungsregionen geschaffen werden, eine komplett neue Verwaltungsebene sollte geschaffen werden. Der zusätzlich eingestellte Staatssekretär hat bisher nichts produziert als unbrauchbare Aktenberge. Die Landesregierung hat es nicht geschafft, ein Konzept einer Verwaltungsreform auf den Tisch zu legen, das auf einer brauchbaren Wirtschaftlichkeitsberechnung beruht und damit untermauert ist.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Von Anfang an haben CDU und SPD sich gegenseitig die Schuld für ein misslungenes Reformkonzept zugeschoben. Wie, meine Damen und Herren, wollen Sie damit und so Bürgerinnen und Bürger vor Ort von einer notwendigen Reform überzeugen? Wer soll für eine Reform sein, wenn nicht diejenigen, die sich diese hier in Kiel ausdenken? Wen wundert es da, dass es vor Ort Proteste gibt, dass es Unverständnis gibt.

Trauriges Fazit nach zwei Jahren: CDU und SPD haben die Chance für eine transparente, kostensparende und bürgernahe Verwaltungsstrukturreform komplett versemelt.

Meine Damen und Herren, lassen Sie uns die Volksinitiative nutzen, um für die Idee der neuen Strukturen in Schleswig-Holstein zu werben: Mehr Geld für Bildung, weniger für Verwaltung. Das ist verständlich und das wollen die Menschen in den Gemeinden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Dr. Heiner Garg [FDP]: Wie man an der Volksinitiative sieht!)

Meine Fraktion ist gut vorbereitet, um diese Diskussion vor Ort zu führen. Ich lade Sie ein: Machen Sie mit, beginnen wir endlich damit, die Menschen vor Ort von guten Konzepten zu überzeugen, und ihnen zu sagen, es ist möglich, mehr Demokratie vor Ort zu leben, Verwaltung einzusparen und Geld in Bildung zu investieren! Das kann, das muss die Botschaft sein. Unsere ist es und wir würden uns freuen, wenn es unsere gemeinsame Botschaft wäre.

(Monika Heinold)

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Das Wort für den SSW im Landtag erhält Frau Abgeordnete Anke Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Fest steht also, dass die Volksinitiative gegen die Zusammenlegung von Kreisen ohne deren Zustimmung zulässig ist. So weit, so gut. Interessant ist aber, was jetzt mit dieser Initiative passiert. Der Landtag hat vier Monate Zeit, diesem Gesetzentwurf der Volksinitiative zuzustimmen oder ihn abzulehnen. Es ist kein Geheimnis, dass der SSW die Volksinitiative aktiv unterstützt hat und wir natürlich auch inhaltlich zu den Vorschlägen stehen.

(Beifall bei SSW und FDP)

Wir lehnen also weiterhin die vorliegenden Pläne der Landesregierung zur Kreisreform ab und sind auch der Meinung, dass es allenfalls um **freiwillige Zusammenschlüsse** von Kreisen und kreisfreien Städten gehen kann.

Noch einmal, liebe Kollegin Heinold: Sie wissen sehr genau, dass der SSW eigene Vorstellungen entwickelt hat. Wir sagen, man muss von unten beginnen. Man muss den gesamten kommunalen Bereich letztlich neu ordnen.

(Beifall beim SSW und des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Aber man kann nicht bei den Kreisen beginnen. Die Kreise haben eine vernünftige, zukunftsfähige Größe. Wir brauchen starke Kommunen und daher sagt der SSW, dort müssen wir beginnen. Ich denke, das ist richtig. Ein Bundesland mit 1.100 Gemeinden ist heute nicht mehr zeitgemäß.

(Beifall beim SSW)

Das sage ich nicht gegen die Kommunalpolitiker, ich sage es, weil wir wollen, dass die Gemeinden Aufgaben selbst, in eigener Zuständigkeit erledigen. Das wollen wir und daher wollen wir diese Diskussion wieder auf die Füße stellen.

(Beifall beim SSW und der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Jetzt aber zu den Kreisen und zu der Volksinitiative: Solange nicht endlich klar ist, welche **Aufgaben** zukünftig von welcher öffentlichen **Ebene** gelöst werden sollen, macht die Diskussion über Neuschneidungen der Kreise überhaupt keinen Sinn

und ist sogar kontraproduktiv für die kommunale Demokratie vor Ort. Der Widerstand gegen die Kreisreform seitens der CDU-Basis - jetzt aber auch von anderen formuliert, auch von der SPD in Neumünster, habe ich mir sagen lassen - zeigt, dass die Landesregierung weiterhin auf dem Holzweg ist. Eine Umfrage zeigt auch, dass über 60 % der Schleswig-Holsteiner gegen die Kreisreformpläne der Landesregierung sind.

Von daher würde der SSW einen entsprechenden Gesetzentwurf nach den Vorschlägen der Volksinitiative unterstützen. Wir gehen allerdings davon aus, dass die Große Koalition den **Antrag der Volksinitiative** ablehnen wird. Ich denke, das ist nicht einmal Kaffeesatzleserei. Dann müssten die Initiatoren für einen Volksentscheid gut 100.000 Unterschriften im ganzen Land sammeln, was sicher nicht unrealistisch ist und was diese auch schon angekündigt haben. Der Antrag zur Durchführung eines **Volksbegehrens** muss innerhalb von vier Monaten nach Bekanntmachung des ablehnenden Beschlusses des Landtages erfolgen. Sollte das Volksbegehren erfolgreich und zulässig sein, muss der Landtagspräsident innerhalb von neun Monaten einen Abstimmungstag zur Durchführung des **Volksentscheides** bestimmen. So steht es in den Bestimmungen. Diesen zeitlichen Ablauf müssen wir uns aber vor Augen halten, weil es ja nicht unwesentlich ist, wann ein möglicher Volksentscheid zu dieser wichtigen Frage durchgeführt werden kann.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Mit der Kommunalwahl!)

- Das war mein Punkt, lieber Kollege Kubicki; darauf komme ich jetzt zu sprechen. Denn aus Sicht des SSW gibt es zwei Aspekte, die es zu bedenken gibt. Zum einen darf ein Volksentscheid natürlich nicht erst so spät angesetzt werden, dass der Landtag womöglich schon per Gesetz über neue Kreisgrenzen entschieden hat. Das wäre für den demokratischen Prozess hier im Land und für das Instrument der Volksbefragung fatal. Zum anderen wäre es aus unserer Sicht äußerst vernünftig, wenn die Wählerinnen und Wähler gleichzeitig mit den Kommunalwahlen im Mai nächsten Jahres die Gelegenheit bekommen würden, auch über diese Volksinitiative abzustimmen. Denn es ist ja schon merkwürdig, dass wir im nächsten Jahr Kommunal- und Kreistagswahlen durchführen und gar nicht wissen, wie lange es einige Kreise noch geben wird.

Wir plädieren also dafür, dass der Landtag seinen Spielraum beim zeitlichen Ablauf oder bei dem Verfahren so nutzt, dass wir am 25. Mai 2008 auch

(Anke Spoorendonk)

über einen möglichen Volksentscheid zu dieser Frage abstimmen können.

(Beifall bei SSW und FDP)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Das Wort für die Landesregierung erteile ich Herrn Minister Dr. Stegner.

Dr. Ralf Stegner, Innenminister:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe der Debatte mit Interesse zugehört. Manch einer hat gar nicht zum Thema gesprochen. Zum Herrn Oppositionsführer komme ich gleich noch.

Erstens. Die **Volksinitiative** entspricht den Vorgaben des Art. 41 der Landesverfassung und den Antragsvoraussetzungen des § 6 des Volksabstimmungsgesetzes. Dies hat der Innen- und Rechtsausschuss festgestellt. Ich teile dessen rechtliche Bewertung uneingeschränkt und halte die Volksinitiative für zulässig.

Zweitens. Die **Zulässigkeitsentscheidung** ist an unabdingbare Voraussetzungen geknüpft. So haben mindestens 20.000 Stimmberechtigte die Volksinitiative unterstützt. Ich hatte Herrn Landtagspräsidenten mit Schreiben vom 21. Februar 2007 mitgeteilt, dass dies der Fall ist; es waren 22.076 Unterschriften.

Lassen Sie mich zum Auszählverfahren sagen, dass die landesweit gesammelten Unterschriftsbögen, die in diesem Fall mehr als 30.000 Unterschriften enthielten, im Ministerium aus Gründen der Verfahrenserleichterung paginiert, kopiert und dann den kommunalen Meldebehörden zugeordnet wurden. Fünf Studenten haben dies in drei Wochen in Teilzeitarbeit erledigt.

Der Schwerpunkt bei den Unterschriften in Dithmarschen und insbesondere in Heide mit fast 3.900 Unterschriften hat dazu geführt, dass die beteiligten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der kommunalen Verwaltungen eine ganze Menge Arbeit geleistet haben, für die ich mich bedanken möchte. Dies ist nämlich Teil dessen, dass direkte Demokratie möglich ist und dass die in der Landesverfassung eingeräumten Rechte wahrgenommen werden können.

(Beifall)

Hier fiel teilweise der Begriff „Zwangsfusion“ und es wurde gefordert, man möge sich das als Landtag zu eigen machen. Von daher frage ich mich, welches Verständnis einige Parlamentarier von Landtag haben. Der Landtag ist das oberste Gremium

der Willensbildung in diesem Lande und die Entscheidung des Landtags wird als „Zwangsfusion“ betrachtet. Als Abgeordneter in diesem Hause empfinde ich das als ein sehr befremdliches Verständnis von Landtag. Er ist schließlich das oberste Gremium der Willensbildung in diesem Lande und von daher wäre ich mit solchen Vokabeln vorsichtig.

Nun zu Ihnen, lieber Herr Oppositionsführer! Sie haben im Zusammenhang mit meiner überschlägigen **Wirtschaftlichkeitsberechnung** von der Wahrhaftigkeit von Konfirmanden gesprochen. Nun, im letzten Jahr ist mein Sohn Fabian konfirmiert worden. Am letzten schönen Wochenende ist mein Sohn Simon konfirmiert worden und nächstes Jahr wird mein Sohn Tilman konfirmiert. Ich weiß zwar nicht, ob Sie in der Kirche sind,

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Selbstverständlich!)

aber ich habe mich mit der Wahrhaftigkeit von Konfirmanden sehr intensiv befasst. Gemessen an dem, was Sie über meine Wirtschaftlichkeitsberechnung gesagt haben, waren Sie von dieser Wahrhaftigkeit meilenweit entfernt.

Sie halten mir vor, ich hätte Dinge über den Haushaltsplan des Kreises Rendsburg-Eckernförde fälschlicherweise aufgeschrieben. Sie unterschlagen, dass das darauf beruht, dass dieser schöne Kreis, in dem ich wohne, das leider selbst falsch veranschlagt hat. Wir haben es korrigiert, nachdem wir es festgestellt haben, und ich habe den Herrn Landrat nicht einmal dafür gerügt. Mein Respekt vor dem Herrn Landrat ist sehr groß. Vor diesem Hintergrund halten Sie mir das vor.

Zweitens verweise ich darauf, dass ich eine Berechnungsmethode verwende, die der Landesrechnungshof exakt so für richtig hält.

Sie stellen hier Behauptungen auf, die nicht stimmen. Jeder Ihrer Mitarbeiter - persönlich werden Sie es nicht erfunden haben - müsste dafür einen Rüffel kriegen. Insofern verstehe ich, warum Sie gesagt haben, dass Sie nicht zu promovieren versucht haben. Denn eines ist wahr, lieber Herr Kubicki: Ohne Zitate kommt man nicht aus.

Ich schlage Ihnen eine Promotion ehrenhalber vor. Das geht zwar ohne Zitate, aber nicht ohne Verdienste. Das ist das Problem daran. In diesem Sinne müssen Sie noch ein bisschen arbeiten.

(Beifall bei SPD und CDU)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Weiter Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Ich lasse zunächst über die Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses, Drucksache 16/1348, abstimmen; da geht es um die Zulässigkeit des Volksentscheids. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist die Zulässigkeit einstimmig festgestellt worden.

Nach Art. 41 Abs. 4 und Art. 18 der Landesverfassung haben die Vertreter der Initiative das Recht auf Anhörung vor dem Petitionsausschuss. Üblicherweise wird auch der zuständige Fachausschuss mit der Volksinitiative befasst. Vor diesem Hintergrund ist auch von Herrn Berichterstatter beantragt worden, den Antrag der Volksinitiative, Drucksache 16/1147, federführend an den Innen- und Rechtsausschuss sowie mitberatend an den Petitionsausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Es ist einstimmig so beschlossen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, vor dem zeitlichen Hintergrund und da der Innenminister des Landes Schleswig-Holstein morgen nicht vor Ort sein kann,

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Wie traurig!)

rufe ich Tagesordnungspunkt 44 auf:

Bericht des Unabhängigen Landeszentrums für den Datenschutz Schleswig-Holstein - Tätigkeitsbericht 2007**Drucksache 16/1250**

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die CDU-Fraktion der Frau Abgeordneten Ursula Sassen das Wort.

Ursula Sassen [CDU]:

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Datenschutz ist die Kunst, Persönlichkeit und Privatsphäre zu schützen und gleichzeitig genug Raum für Übermittlung von Daten, die der Entbürokratisierung, dem Wohl der Bürgerinnen und Bürger und vor allem dem großen Ziel der inneren Sicherheit und Verbrechensbekämpfung dienen, zu lassen.

Es ist begrüßenswert, dass das ULD Schleswig-Holstein den ständigen Dialog mit allen relevanten Stellen sucht und an anschaulich dargelegten Ein-

zelfällen aufzeigt, wo es Versäumnisse und Verbesserungsvorschläge gibt.

Ebenso erfreulich ist die Tatsache, dass **Datenschutz** immer mehr in das Bewusstsein der Bevölkerung rückt. Es ist allmählich selbstverständlich geworden, dass Wirtschaft und Politik bei ihren Vorhaben und Zielen sowie bei gesetzlichen Regelungen den Datenschutz, das ULD, einbinden. So lässt sich manch unbeabsichtigter datenschutzrechtlicher Fehltritt vermeiden.

Die frühzeitige Einbindung des ULD beim **Testlauf** der „**Elektronischen Gesundheitskarte Schleswig-Holstein**“ hat zum Vorsprung der Testregion Flensburg beigetragen. Ich hoffe sehr, dass sich Schleswig-Holstein gegenüber den anderen Testregionen erfolgreich behaupten kann.

Wir, alle Fraktionen dieses Hohen Hauses, bemühen uns seit einiger Zeit, ein wirkungsvolles **Frühwarnsystem** und Hilfsangebot zur Vermeidung von Vernachlässigung und **Misshandlung von Kindern** zu entwickeln. Dies ist nur mit der Weitergabe von Daten innerhalb eines Netzwerkes von Behörden, Ärztinnen und Ärzten, Hebammen, Kindergärten und Schulen möglich. Hier ist die Unterstützung des ULD besonders wichtig, um schnelle und zuverlässige Hilfe für Kinder zu erhalten, die nicht an datenschutzrechtlichen Vorgaben scheitern darf.

(Beifall)

Ich begrüße daher, dass sich der Datenschutzbericht auch mit dem Schutz des Kindeswohls beschäftigt, und hoffe bei der Umsetzung eines Handlungskonzeptes mit einem Kinderschutzgesetz auf die Unterstützung des ULD.

Der Datenschutz hat in unserem Land zu Recht einen hohen Stellenwert. Für uns als CDU ist jedoch eines ganz wichtig: Die Sicherheit von Daten kann keinen Vorrang vor der Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger haben. Deshalb hat das neue Polizeirecht für Schleswig-Holstein hier eine eindeutige Handschrift: Datenschutz darf nicht die Täter schützen.

(Beifall bei CDU und SPD)

Für die Verhütung und Aufklärung schwerer **Straftaten** müssen die erforderlichen Daten zur Verfügung stehen. Gerade für die **Terrorismusbekämpfung** ist die Erhebung und auch Weitergabe von Daten unverzichtbar. Es geht der CDU nicht um eine willkürliche Datenerhebung und Datenspeicherung, sondern um das richtige Maß dessen, was erforderlich ist.

(Ursula Sassen)

Manchmal müssen Daten auch vor Datenschützern geschützt werden, so zum Beispiel dann, wenn es um staatsanwaltschaftliche Ermittlungsakten geht. Der Generalstaatsanwalt hat sicherlich im Interesse der Betroffenen gehandelt, als er die Akteneinsicht des ULD beschränkt hat. Hier ist - wie so häufig - deutlich geworden, dass der goldene Weg irgendwo in der Mitte liegt.

Ein weiteres Thema ist in diesem Zusammenhang die **Speicherung der Daten** eingeleiteter Ermittlungsverfahren. Für die Polizei ist dies ein unverzichtbares Mittel. Es muss aber auch klare und praktikable Regeln für die Löschung geben.

Herr Dr. Weichert, Leiter des ULD, hat seinen Tätigkeitsbericht 2007 unter das Motto: „Der präventive Datenschutz startet durch“, gestellt. Dieser Satz hat mich nachdenklich gemacht. Was bedeutet „präventiver Datenschutz“? - Prävention ist - insbesondere aus der Sicht der gesundheitspolitischen Sprecherin sage ich das - das derzeitige Zauberwort.

Präventiver Datenschutz klingt für mich ein wenig so, als müsste man von vornherein sehr viel mehr Datenschutz betreiben als erforderlich. Könnte da, Herr Dr. Weichert, unser Missverständnis liegen? Fühlen Sie sich - das ULD - etwa Angriffen ausgesetzt, denen Sie mit „präventivem Datenschutz“ begegnen müssen? - Ich hoffe, nein.

Ich glaube daran, dass wir einen Punkt gefunden haben oder finden werden, der Datenschutz nicht um seiner selbst willen betreibt. Wir müssen von Fall zu Fall neu abwägen, wie viel Datenschutz sein muss.

Das ULD hat gute Arbeit geleistet, einen interessanten Bericht vorgelegt und sollte meiner Auffassung nach auf Kritik etwas weniger empfindlich reagieren.

Gestatten Sie mir zum Schluss noch eine Bemerkung. - Ich bin glücklich und stolz darauf, dass ich heute an diesem denkwürdigen Tag an diesem wunderschön geschmückten Rednerpult stehen darf.

(Beifall)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Ich danke der Frau Abgeordneten Ursula Sassen und erteile für die SPD-Fraktion Herrn Abgeordneten Thomas Rother das Wort.

Thomas Rother [SPD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach dem Beschluss über das neue

Polizeirecht, dem Erhalt des Informationsfreiheitsgesetzes, dem neuen Umweltinformationsgesetz, dem neuen Schulrecht und der Klärung der letzten Punkte aus dem Datenschutzbericht des Vorvorjahres mit dem Bericht des Innen- und Rechtsausschusses zum Thema Auskunftersuchen nähern wir uns mit dem aktuellen Tätigkeitsbericht des Unabhängigen Landeszentrums für den Datenschutz wieder mehr den Alltagsfragen des Datenschutzes und das ist sicherlich auch gut so.

Vielleicht hat das ULD auch daher diesen Bericht mit der optimistischen Überschrift „Der präventive Datenschutz startet durch“ versehen und hebt zu Recht die Instrumente Datenschutz-Gütesiegel und **Datenschutz-Audit** hervor. Die Zunahme der Bedeutung der Beratung und Zertifizierung von Behörden und Unternehmen ist zu begrüßen und trägt nicht nur zur Datensicherheit für Bürgerinnen und Bürger, Kundinnen und Kunden bei, sondern verbessert hoffentlich auch die Wirtschaftlichkeit der Arbeit des ULD. Wir freuen uns über die Feststellung des ULD, dass das Land Schleswig-Holstein an dem positiven internationalen Ranking für Deutschland zum Datenschutz nicht ganz unbeteiligt ist.

Wir sehen auch keinen ständigen Zielkonflikt zwischen Datenschutz und **Sicherheit**. Anregungen des Unabhängigen Landeszentrums sind von uns sorgfältig geprüft und in Teilen auch in Gesetzestexte umgesetzt worden. Allerdings war es gerade bei der Auseinandersetzung um das Polizeirecht so - da gehe ich doch in die Vergangenheit -, dass nicht alle Stellungnahmen immer durch besondere Sachlichkeit gekennzeichnet waren. Ich bedaure das, aber wir alle sind ja nicht nur Politik- oder Verwaltungsroboter.

Liebe Anke Spoorendonk, dass aber das Verhältnis zwischen Landesregierung und Datenschutzbeauftragtem nie so schlecht gewesen sei wie heute - so der SSW in einer Pressemitteilung -, oder lieber Wolfgang Kubicki, dass der Landesgesetzgeber das Recht auf **informationelle Selbstbestimmung** zunehmend missachte und aushöhle, der Innenminister die Arbeit des Landesdatenschützers behindere und anscheinend auch gering schätze, Fachkompetenz im Innenministerium anscheinend nicht gefragt sei - so die FDP ebenfalls in einer Pressemitteilung -, sind beides krasse Fehleinschätzungen - oder liefern Sie die Belege! -, die der Realität tatsächlich längst entwachsen sind.

Außerdem ist es ja kein Geheimnis - ich nenne ein Beispiel -, dass auch in der Großen Koalition auf Bundesebene doch arge Differenzen über die Schaffung **zusätzlicher Befugnisse** für die **Sicher-**

(Thomas Rother)

heitsbehörden zur Terrorabwehr und zur Kriminalitätsbekämpfung bestehen und dass meine Partei und unser SPD-Landesvorsitzender einen Großteil der von Wolfgang Schäuble vorgeschlagenen Maßnahmen schlicht und ergreifend ablehnen. Das ergibt ganz neue inhaltliche Bündnismöglichkeiten außerhalb unserer Großen Koalition, aber auch außerhalb dieses Parlaments. Parlament und Partei werden ja in den unterschiedlichen Funktionen, die man hier und dort ausübt, gern einmal miteinander vermengt und das führt zu Irritationen. Wir müssen feststellen, dass es auch außerhalb dieses Landtages ein politisches Leben gibt.

Doch zurück zu den Alltagsfragen, insbesondere zu einer. Bedeutsam waren für mich beim Lesen des Berichtes insbesondere die Hinweise über den erschreckend **fahrlässigen Umgang** mit dem **Datenschutz** gegenüber **Empfängern von Sozialleistungen**. Diese Menschen sind kein Behördenfreiwill. Wenn der Bericht anmerkt, dass in acht von zehn nach dem Zufallsprinzip ausgewählten Akten einer ARGE - Lübeck; hör gut zu, Wolfgang Baasch - gleich mehrere, zum Teil erhebliche Datenschutzverletzungen festgestellt werden mussten, sind das offensichtlich nicht mehr die berühmten bedauerlichen Einzelfälle, sondern das ist Ausdruck einer Haltung und Arbeitsweise gegenüber den Rechten von Bürgerinnen und Bürgern, die hinsichtlich der Sorgfalt und Qualität bei den Sachentscheidungen nicht viel Gutes erwarten lassen. So etwas ans Licht der erstaunten Öffentlichkeit zu befördern, ist zweifellos eine wichtige Aufgabe und ein Verdienst des Datenschutzes.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Diesen Anmerkungen sollte nicht nur im Sozialausschuss, sondern auch in den **ARGEn** und bei den Maßnahmeträgern nachgegangen werden. Das wäre eine sinnvolle und lohnende Aufgabe für jeden Abgeordneten dieses Landtages. Das kann interessante Veranstaltungen geben.

Ich möchte an dieser Stelle den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des ULD ganz herzlich für ihre Arbeit danken. Herr Bizer, Sie tragen das hoffentlich weiter. Diese Arbeit wird vor dem Hintergrund zunehmend unbedarfter Nutzung des Internets ebenso als Verbraucherschutz immer wichtiger, aber auch als Rat- und Stichwortgeber des Parlaments erfüllt das ULD eine wichtige Aufgabe, aus der wir alle unseren Nutzen ziehen.

Ich bitte um Überweisung des Berichts an den Innen- und Rechtsausschuss zur abschließenden Beratung, aber wegen der Vielfalt der Themen natürlich auch zur Mitberatung an alle anderen Ausschüsse.

(Beifall bei SPD und CDU)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Ich danke Herrn Abgeordneten Thomas Rother und erteile für die FDP-Fraktion dem Fraktionsvorsitzenden, Herrn Wolfgang Kubicki, das Wort.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Dieses Jahr geht von der FDP-Fraktion ein besonderer Dank an das Team von Dr. Weichert vom ULD. Zwar leistet die Landesdatenschutzbehörde jedes Jahr hervorragende Arbeit, aber im letzten Jahr mit den verschiedenen Gesetzentwürfen zum Informationsfreiheitsgesetz und insbesondere zum neuen Polizeirecht lagen doch politische Schwerpunkte, denen der Landesdatenschützer mit seiner Fachkompetenz seinen eigenen Stempel aufgedrückt hat.

Kollege Rother, Sie erinnern sich vielleicht noch daran, wie der Innenminister des Landes Schleswig-Holstein, Ihr neuer Landesvorsitzender, in der Frage des neuen Polizeirechts den Datenschützer - sagen wir einmal sehr vorsichtig formuliert - als allein stehend im Rahmen der von ihm sonst ausgewiesenen Fachkompetenz bezeichnet hat.

War die Kritik der Mannschaft um Herrn Dr. Weichert beim Gesetzentwurf der Landesregierung zum Informationsfreiheitsgesetz zumindest noch teilweise erfolgreich, so stieß seine Kritik zum Polizeigesetz nur auf taube Ohren, wie im Übrigen auch auf die Kritik der gesamten Fachwelt.

Dennoch hat die Stellungnahme des Landesdatenschützers eines offengelegt: Um die Sache ist es der Großen Koalition beim neuen Polizeirecht nicht gegangen, sondern um das Gesicht. Der Koalitionsvertrag, der ja an anderen Stellen bereits heute nicht das Papier wert ist, auf dem er steht, musste umgesetzt werden, egal, ob dies rechtlich zulässig ist oder nicht. Herr Minister, ich sage nichts Neues, dass es in dieser Frage mit Sicherheit eine juristische Überprüfung geben wird. Jedenfalls hat mir der Kollege Burkhard Hirsch dies mitgeteilt.

Wir haben es immer wieder gesagt und es gilt heute mehr denn je: Das **Recht auf informationelle Selbstbestimmung** und der **Datenschutz** sind kein Luxusgut. Das gilt auch in Zeiten der Bedrohung durch internationalen Terrorismus.

Die Aussage, dass niemand, der nichts zu verbergen habe, sich vor ungerechtfertigten Maßnahmen fürchten müsse, ist intellektuell eher schlicht. Sie trifft darüber hinaus auch nicht zu. So ziemlich je-

(Wolfgang Kubicki)

der hat etwas zu verbergen, das sie oder er der Öffentlichkeit nicht preisgeben will und auch nicht preisgeben muss. Auch ich will nicht alles, was mein Leben bestimmt, der Öffentlichkeit preisgeben. Das gilt auch für unsere Runde hier insgesamt. Liebe Kolleginnen und Kollegen, schauen Sie sich einfach mal um und denken sie darüber nach, wer Ihnen gelegentlich einmal etwas im Vertrauen mitgeteilt hat.

Dabei möchte ich eine Textzeile aus dem Bericht des Landesdatenschützers zitieren, die ich als sehr treffend empfinde:

„Wenn viele Menschen meinen, sie hätten nichts zu verbergen, so mag dies ihre persönliche Überzeugung sein ... Niemand kann daran gehindert werden, sein Innerstes nach außen zu wenden ... Wer meint, nichts zu verbergen zu haben, darf von anderen nicht verlangen, dass auch sie sich nackt ausziehen ... Mag sein, dass ein Mensch nichts dagegen hat, dass bei der Polizei - gut abgeschottet gegen Missbrauch durch Dritte - alles über sie gespeichert ist. Es ist aber nicht vorstellbar, dass irgendjemand wirklich damit einverstanden ist, dass er unberechtigt als Terrorismusverdächtiger gespeichert und behandelt wird.“

Lassen Sie mich an dieser Stelle zur geplanten **Online-Durchsuchung** durch das BKA etwas sagen. Herr Innenminister, der Rechtsstaat zeichnet sich dadurch aus, dass gerade die Polizei auf ein Mindestmaß reduziert geheime Aktionen gegen Bürgerinnen und Bürger durchführen kann; der Rest muss prozessual ordentlich geregelt werden. Mir ist es völlig wurscht - meiner Frau übrigens auch -, ob ein Krimineller in unsere Wohnung oder in unseren Computer einbricht oder das Bundeskriminalamt. Es ist eingebrochen worden, das ist mein Empfinden und das Empfinden vieler Menschen. Das muss verhindert werden.

(Beifall bei der FDP)

Nun schauen wir einmal, was in dem **Anti-Terror-Dateien-Gesetz** der Großen Koalition in Berlin festgeschrieben ist. Die Sicherheitsbehörden können Personen, die mit anderen Personen in Verbindung stehen, die wiederum rechtswidrig Gewalt als Mittel zur Durchsetzung international ausgerichteter Gewalt befürworten, in die Datei aufnehmen. Frau Kollegin Sassen, was heißt denn das? Soll Angela Merkel in eine Anti-Terror-Datei aufgenommen werden, weil sie in einer Rede den Einmarsch George Bushs im Irak unterstützt hat, den viele als völkerrechtswidrig deklariert haben? Übrigens in

einer nachlesenswerten Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts zur Verweigerung des weiteren Dienstes eines Bundeswehrangehörigen mit durchaus zutreffenden juristischen Argumenten unterstützt. Wegen einer nach dem Grundgesetz freien Meinungsäußerung? - Wohl eher nicht. Aber nach dem Anti-Terror-Dateien-Gesetz könnte man den Tatbestand als erfüllt ansehen.

Was ich damit sagen will, ist, dass wir schon seit Langem in Fragen des Datenschutzes Grenzen überschritten haben. Wir haben Gesetze geschaffen, die es den **Sicherheitsbehörden** möglich machen, praktisch jedermann, wenn es nur gewollt ist, auch ohne dessen Wissen in Dateien aufzunehmen und entsprechende Ermittlungshandlungen zu verursachen. Wir sind schon seit Langem zu weit gegangen. Frau Sassen, ich empfehle auch Ihnen als Leserin die Rede des Vorsitzenden des Verbandes der Verwaltungsrichter zur Abgrenzung zwischen angeblichen Sicherheitsanforderungen und **rechtsstaatlichen Notwendigkeiten**, die es der Verwaltungsgerichtsbarkeit immer schwerer machen, Anregungen der Sicherheitsbehörden zu folgen, weil sie mit rechtsstaatlichen Mindeststandards nicht in Übereinstimmung stehen.

Wir haben als FDP schon seit Dezember 2005 mit einem Antrag im Landtag die im Bericht aufgeführte Vorratsdatenspeicherung thematisiert und abgelehnt. Unser Antrag liegt heute noch im Ausschuss und war mittlerweile Auslöser für einen Rechtsstreit des Landtages gegen die EU-Kommission zur Herausgabe von Unterlagen, die uns die Kommission vorenthalten will.

Diese **Vorratsdatenspeicherung** greift nach einem Gutachten unseres Wissenschaftlichen Dienstes verfassungswidrig in die Unabhängigkeit der Abgeordneten ein, weil jede Telekommunikationsverbindung zunächst einmal gespeichert werden muss und dadurch Bewegungsprofile, Kontaktpersonen von Abgeordneten und anderes offengelegt werden können.

Was geschieht hier künftig mit Journalisten, Rechtsanwälten, Ärzten, Geistlichen und sonstigen Berufsheimlichkeitsgeheimnistägern, deren Tätigkeit auf einem besonderen Vertrauensverhältnis zu den sie aufsuchenden Personen basiert?

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es wird Zeit, dass wir ein wenig zurück in die Zukunft gehen. Es wird Zeit, dass die persönliche Freiheit nicht weiter einem kollektiven Sicherheitswahn geopfert wird. Denn machen wir uns eines nicht vor: Diese **kollektive Sicherheit** wird es nicht geben, egal, wie weit wir unsere Gesetze noch ausweiten. Die per-

(Wolfgang Kubicki)

sönliche Freiheit aber, das Gut, um das viele Menschen in der Welt noch kämpfen, könnte dabei verloren gehen.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Ich erteile das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dem Herrn Abgeordneten Karl-Martin Hentschel.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Werte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Landesdatenschutzbeauftragte hat wie in jedem Jahr seine Aufgabe sehr ernst genommen. Ich bedanke mich ausdrücklich für die damit geleistete Arbeit. Er hat in seinem Bericht sehr viele Details zu unterschiedlichen Bereichen dargestellt, wie er es immer gemacht hat. Das sind wichtige Anregungen für unsere weitere Arbeit.

Ich werde an dieser Stelle nicht darauf eingehen, sondern möchte mich auf die Seiten 13 bis 16 des Berichts konzentrieren. Da geht es um die Großwetterlage. Man kann auch sagen: Die Großwetterlage wirft die Frage auf, wie es in dieser Republik mit den **Bürgerrechten** steht.

Um es mit meinen Worten zu sagen: Der staatliche Kampf gegen den Terror wird immer mehr selber zu einer Gefahr für Demokratie und Rechtsstaat.

(Beifall bei der FDP)

Da ist beispielsweise die Umsetzung der **Europäischen Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung** zu nennen, von der schon die Rede war und gegen die sich eine breite Bewegung formiert.

Es sind auch die geplanten **Online-Durchsuchungen** von Festplatten. Der in der vorletzten Woche verhängte einstweilige Stopp kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Bundesinnenminister die Online-Durchsuchung immer noch als wichtigen Teil seiner Strategie des Generalverdachts betrachtet. Wir lehnen dieses Projekt ganz klar ab. Der Staat ist kein Hacker und darf es auch nicht werden.

Zu nennen ist auch die Speicherung **biometrischer Daten**. Niemand konnte bisher begründen, warum diese erforderlich ist und welcher Art die Probleme zurzeit mit dem Bundespersonalausweis sind.

Im Gegenteil, mit den Fingerabdrücken und dem Online-Zugriff auf die Passfotos werden sogar neue Gefahrenquellen eröffnet. Man denke nur an die Verwendung der Daten durch dubiose Drittstaaten.

Wir dürfen auch uns selbst nicht vergessen. Auch in Schleswig-Holstein hat dieser traurige Trend mit dem kürzlich verabschiedeten Polizeigesetz Fuß gefasst. Das war kein Glanzstück, Herr Minister.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Der Datenschutzbeauftragte hat bei diesen Gelegenheiten sehr deutlich Stellung genommen. Dafür bedanke ich mich außerordentlich.

Wir werden tagtäglich mit den Wünschen der Sicherheitsbehörden konfrontiert, die alles im Sinne unserer Sicherheit tun und entsprechend neue Wünsche formulieren. Es gibt aber keine Expertisen von Fachleuten, die das stützen. Im Gegenteil, es gibt genügend Experten, die davor warnen, dass sogar neue Gefahrenquellen eröffnet werden.

Das Ziel des **Bundesinnenministers** ist die Verknüpfung möglichst vieler Daten der Bürgerinnen und Bürger mit dem Ziel, am Ende den gläsernen Bürger zu haben. Ich bin davon überzeugt, dass das nicht mehr die Welt des Grundgesetzes, sondern die neue Welt des Dr. Schäuble ist. Das ist aber keine fachlich fundierte Politik. Ich habe den Eindruck: Das wird zunehmend zu der regierungsamtlich zelebrierten Paranoia.

Wer Wind sät, wird Sturm ernten. Ich erinnere mich sehr gut an das Jahr 1982. Damals hatten wir eine breite Volksbewegung gegen die Volkszählung. Was damals in Vorbereitung war, ist aber nichts im Vergleich zu dem, was wir zurzeit hier erleben. Ich glaube nicht, dass sich die liberale Öffentlichkeit dieses Landes solches bieten lassen wird. Ich warne Sie davor, so weiter vorzugehen. Wenn es so weitergeht, werden Sie sich unweigerlich eine entsprechende Volksbewegung einkassieren. Die Demonstration in Frankfurt war nur der erste Anfang.

Auch die Gerichte schlagen Alarm. Man muss sich einmal die Zeitspanne bis zu den Urteilen überlegen. Die Zeitspanne zwischen den gesetzgeberischen Maßnahmen der Regierung und der Erklärung von Gesetzen für verfassungswidrig wird immer kürzer.

Der große Lauschangriff 2004, die präventive Telekommunikationsüberwachung 2005, die Überwachungsbefugnis des Zollkriminalamts 2004, der europäische Haftbefehl 2005, der Fluggastdatentransfer an US-Sicherheitsbehörden 2006, die Rasterfahndung ohne konkrete Gefahrenlage 2006 - das sind allein in drei Jahren sieben Fälle, wo Gesetze der Bundesregierung aus verfassungsrechtlichen

(Karl-Martin Hentschel)

Gründen kassiert worden sind. Soll das so weitergehen?

Wenn wieder und wieder Regierungen und Parlamente - Frau Sassen, Sie müssen sich einmal vor Augen führen, was hier passiert - den **Verfassungsbruch** bescheinigt bekommen, dann untergräbt das auch das Vertrauen der Bürger in die Urteilsfähigkeit der Politik.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn die Regierung die Bürgerrechte gering achtet, gefährdet sie die **Bürgergesellschaft**, die das Fundament bildet, auf dem unsere Sicherheit gegründet ist.

Meine Damen und Herren, wir haben heute Morgen sehr interessante Vorträge zu diesem Thema gehört. Was ist Parlament, und was ist Verfassung? Wir müssen uns über das Thema Parlament nicht nur in einer Feierstunde etwas anhören, sondern wir müssen auch die Praxis dieses Parlaments ernst nehmen.

Die Abgeordneten der Großen Koalition, Sie alle also, die Sie hier sitzen, wären ausgesprochen gut beraten, wenn Sie den Bericht des Datenschutzbeauftragten, insbesondere die Seiten 13 bis 16, einmal läsen. Das würde Ihnen guttun.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Das Wort für den SSW hat die Frau Abgeordnete Anke Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch im Namen des SSW möchte ich mich für den Bericht des Landesdatenschutzbeauftragten bedanken. Zum wiederholten Male möchte ich hervorheben, dass dieser Bericht auch hinsichtlich seiner Sprache vorbildlich ist. Er ist auch für den datenschutztechnischen Laien verständlich. Ich denke, das ist wichtig. Der Beauftragte ist eben kein Datenfreak, sondern ein Technikfolgenabschätzer im besten Sinne des Wortes.

Zu der Großwetterlage hat Herr Kollege Hentschel vorhin schon einiges gesagt. Darum möchte ich nur kurz ansprechen, dass der **Landtag** im letzten Sommer einstimmig beschlossen hat, gegen die **EU-Kommission** - und zwar aufgrund des Antrags der FDP - bezüglich der **Vorratsspeicherung von Daten** über Telefonverbindungen und den E-Mail-Verkehr zu klagen. Ich möchte diesen Beschluss nur einmal in Erinnerung rufen, um anzudeuten, mit

welchen gesellschaftspolitischen Szenarien wir es zu tun haben, wenn wir heute über Datenschutz reden.

Aus Zeitgründen werde ich jetzt nur auf ein paar Stichworte eingehen.

Ich sagte vorhin, dass der Landesdatenschutzbeauftragte ein Dienstleister ist und in seiner Arbeit deutlich macht, wie wir modernen Datenschutz überhaupt auffassen sollten und können. Denn wer neue Verfahren ohne ausreichende Vorbereitung einführt und sich nicht die Zeit nimmt, zu erklären, was es mit dem Verfahren auf sich hat, darf sich natürlich nicht über Skepsis und Ablehnung wundern. In diesem Zusammenhang heißt das Zauberwort in dem Bericht des Landesdatenschutzbeauftragten „Transparenz“. Also: Sage, was du machst, und sage, aus welchen Gründen.

Die Bürgerinnen und Bürger sind nicht generell dagegen, dass ihre Daten gespeichert werden. Sie wollen aber gern wissen, was mit den Daten geschieht, wer sie auswertet und wie lange sie gespeichert werden. Die Möglichkeit der **Selbstauskunft** gehört zum Grundrecht der **informationellen Selbstbestimmung**. Das ist ein Grundrecht, für das sich auch der SSW seit Jahren eingesetzt hat.

Das **Informationsfreiheitsgesetz** garantiert dieses Grundrecht. Ich werde jetzt nicht noch einmal darauf eingehen, welche Schwierigkeiten wir bei der Novellierung des Informationsfreiheitsgesetzes gehabt haben. Es waren Schwierigkeiten, die nicht zuletzt auch durch den Einsatz des Kollegen Rother doch noch irgendwie beseitigt werden konnten. Aber das Verfahren machte deutlich, dass wir es hier anscheinend mit zwei unterschiedlichen Kulturen zu tun haben: mit der Kultur, die vielleicht im Innenministerium vorherrscht, die mit einem Denken innerhalb der Sicherheitsarchitektur zusammengefasst werden kann, und dann mit einer Kultur, für die letzten Endes der Datenschutzbeauftragte steht. Dies ist die Forderung nach dem informationellen Selbstbestimmungsrecht der Menschen. Das sind zwei gegensätzliche Positionen, die in den letzten Jahren deutlicher geworden sind. Das ist nicht immer so gewesen und ich hoffe, dass sich diese beiden Gegenpole einander wieder annähern werden. Die Debatte um das neue Polizeirecht hat letztlich auch damit zu tun gehabt.

Wir bleiben dabei: Zum modernen Datenschutz gehört letztlich das informationelle Selbstbestimmungsrecht der Menschen und Informationsfreiheit ist eigentlich der beste Datenschutz.

Die letzte Bemerkung: Im Ausschuss müssen wir uns natürlich dringend mit einigen konkreten Fra-

(Anke Spoorendonk)

gen beschäftigen, zum Beispiel, wie in den ARGEn mit Daten umgegangen wird. Zum Beispiel stand in der Presse zu lesen, dass Vereine Fragen erhalten haben, wem man eine Kaffeemaschine geschenkt hatte, um zu überprüfen, ob der Hilfeempfänger dieses Geschenk auch angegeben hat. Alles das macht exemplarisch deutlich, wie wichtig es ist, dass wir uns in den Ausschüssen mit den konkreten Kritikpunkten des Berichts befassen.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Das Wort für die Landesregierung erteile ich Herrn Innenminister Dr. Stegner.

Dr. Ralf Stegner, Innenminister:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Um den Datenschutz in Schleswig-Holstein ist es gut bestellt. Das kann man als Fazit des Tätigkeitsberichts des ULD feststellen. Schwerwiegende Beeinträchtigungen des Grundrechts auf informationelle Selbstbestimmung sind im Berichtszeitraum 2006 bei schleswig-holsteinischen Behörden nicht festgestellt worden. Es liegt in der Natur der Sache, dass manches, was auf das Vorjahr bezogen ist, nicht mehr gültig ist. Das gilt zum Beispiel für die Ausführungen zum **Online-Datenabruf für öffentliche und private Stellen**, wo die Befürchtung geäußert wurde, Schleswig-Holstein würde bundesweit das Schlußlicht werden. Das ist nicht der Fall. Wir haben im Februar dieses Jahres einen Vertrag mit Dataport bezüglich der Erweiterung der Funktionalität der **Clearing-Stelle** unterzeichnet. Ab dem 29. Juni 2007 nimmt das neue Verfahren seinen Dienst auf, mit dem die Bedenken ausgeräumt werden.

Zweitens. Ab dem 28. September 2007 wird bundesweit der automatisierte elektronische Datenabruf von öffentlichen Stellen sowie die einfache Melde-registerrauskunft für private Stellen eröffnet. Wir werden für Bürgerinnen und Bürger deutliche Vereinfachungen erreichen und gleichzeitig die **Datenschutzvoraussetzungen** erfüllen, die an uns gerichtet worden sind. Wir haben im Übrigen mit diesen Konzepten im bundesweiten Vergleich eher eine vordere Position, man kann geradezu sagen, wir haben eine Spitzenstellung beim **präventiven Datenschutz**, wenn ich an Datenschutz-Gütesiegel oder Datenschutz-Audit denke, dass gerade vom ULD an die Firma Microsoft verliehen worden ist.

Ich werde übrigens wie üblich zu den weiteren im Tätigkeitsbericht angesprochenen Themen für die

Landesregierung zur Vorbereitung der Ausschussberatung ausführliche schriftliche Stellungnahmen abgeben.

Lassen Sie mich also dem Unabhängigen Landeszentrum für Datenschutz für die Arbeit und für den Bericht danken. Aber die Debatte führt mich doch zu drei Anmerkungen, denn das, was Frau Kollegin Anke Spoorendonk über die Gegensätzlichkeit der Sichtweisen im Innenministerium gesagt hat, ist nicht richtig.

Ich bin auch für den Datenschutz zuständig und finde, Datenschutz ist wichtig. Datenschutz ist allerdings nicht der einzige zu berücksichtigende Aspekt, liebe Kollegin Spoorendonk. Da ist nichts, was zusammenzuführen wäre.

Erstens meine ich, dass die Hauptquelle des liederlichen Umgangs mit Daten nicht der Staat ist, sondern die Menschen selbst sind. Deshalb muss man auch einmal darüber reden, was man mit seinen Kreditkarten und vielen anderen Informationen so treibt. Ich muss sagen, dass die Menschen doch deutlich zu sorglos sind. Ich vermisse, dass einmal angesprochen wird, was manche Menschen allen möglichen anderen an Daten geben. Das ist ein Punkt, der in der Debatte auch vorkommen sollte.

Zweitens. Ich finde, dass wir in der Debatte um das schleswig-holsteinische Polizeirecht und auch um andere Punkte teilweise ein Zerrbild von der Wirklichkeit malen. Wir leben hier nicht im Überwachungs- oder Polizeistaat. Die Polizei ist gut ausgebildet und wendet die Gesetze gut an. Ich finde manche Debatte schrill und hysterisch. Bei aller Anerkennung für den Datenschutzbeauftragten: In den Punkten, bei denen er anfängt zu agieren wie ein Politiker, muss er sich auch gefallen lassen, dass man auch entsprechend in die Debatte eintritt. Das ist mein Teil der politischen Verantwortung.

(Beifall des Abgeordneten Holger Astrup
[SPD])

Drittens. Frau Kollegin Spoorendonk, ich habe Ihre Bemerkung gar nicht verstanden. Ich habe mich in den letzten Wochen sehr nachdrücklich - zuletzt vorgestern im ZDF-Morgenmagazin - dazu geäußert, dass ich nicht der Meinung bin, dass wir das Grundgesetz ändern dürfen, um einen Überwachungsstaat einzuführen. Ich bin massiv dagegen, dass wir präventiv 82 Millionen Fingerabdrücke speichern. Das geht nicht. Das ist ein Überwachungsstaat, den wir nicht wollen. Es ist etwas völlig anderes, der Polizei Technik zur Verfügung zu stellen, sodass Fotos nicht mehr herausgesucht und per Fax übermittelt werden müssen, was heute kei-

(Minister Dr. Ralf Stegner)

nen Sinn mehr macht. Wir wollen aber keine neuen Eingriffsbefugnisse.

Was die **Online-Durchsuchung** angeht, muss ich sagen, dass man dazu drei Dinge erfüllen muss: Erstens muss nachgewiesen werden, dass sie überhaupt erforderlich ist. Da habe ich große Zweifel. Zweitens muss man nachweisen, dass es technisch überhaupt möglich ist. Da habe ich auch große Zweifel. Drittens muss sie unserer Verfassung entsprechen. Das ist der Hauptpunkt. Wir haben uns im Rahmen unserer Verfassung zu bewegen und nicht die Verfassung zu verändern und da wird es auch keine Veränderung geben.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir wollen das nicht und wir dürfen das Bundesverfassungsgericht auch nicht immer beschimpfen, es hindere uns am Kampf gegen den Terror. Wer für extreme Situationen Gesetze fordert, der macht extreme Gesetze. Das wollen wir nicht. Dann würden wir nämlich einen Teil der **Freiheiten** aufgeben, die wir alle miteinander verteidigen wollen. Aber zu diesen drei Punkten in dieser Differenziertheit die Lage zu betrachten, heißt für mich, ein realistisches Bild dieses Landes zu zeichnen. Da gilt für mich: Man ist für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger zuständig, das erwarten die auch. Man ist aber auch Wahrer der Bürgerrechte und der Freiheiten, die in unserem Staat eine wichtige Rolle spielen.

(Beifall bei SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Ich danke dem Herrn Innenminister Dr. Stegner und erteile für einen Kurzbeitrag dem Herrn Abgeordneten Karl-Martin Hentschel das Wort.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Liebe Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Minister, ich möchte einen Punkt ansprechen, von dem ich wirklich glaube, dass Sie noch einmal über ihn nachdenken sollten. Sie sagten, dass es an den Menschen selbst liegt, welche Daten sie herausgeben. Das verkennt die Funktion des Rechtsstaates. Wozu haben wir eine Polizei? Die Polizei ist dafür da, dass wir nicht alle mit Schutzweste und Revolver herumlaufen, wie es teilweise in Amerika idealisiert wird. Wir haben eine Polizei, damit wir uns sicher fühlen und nicht ständig auf der Hut sein müssen. Ich verstehe auch den **Datenschutz** so. Ich

verstehe den Datenschutz nicht so, dass jeder Bürger aufpassen muss, dass er seine Daten schützt. Ich möchte in Ruhe auch in Geschäften meine Daten weitergeben können, ich möchte im Internet Aufträge geben können, ich möchte meine E-Mail-Adresse oder meine Telefonnummer weitergeben können, ohne befürchten zu müssen, dass meine Daten illegal oder legal gespeichert werden oder in irgendwelchen abstrusen Dateien oder sonst wo landen. Es ist doch der Zweck des Datenschutzes, dass der Bürger nicht ständig selber aufpassen muss, sondern der **Staat** mit einem **Rechtsrahmen** garantiert, dass es funktioniert.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Deswegen glaube ich, dass Ihre Argumentation an diesem Punkt nicht sauber war. Wir müssen die rechtliche Lage und den Datenschutz so organisieren, dass der Mensch eine gewisse Freiheit und einen Spielraum hat, ohne dass er vom Staat überwacht wird. Ich glaube, das sehen Sie auch so. Wir sollten das dann aber auch in der Praxis umsetzen.

Die Frage des Polizeigesetzes werden wir noch gemeinsam ausfechten. Das wird sich juristisch klären. Ich finde es aber einfach problematisch, wenn fast jedes Gesetz im Innenbereich vom Verfassungsgericht kassiert wird. Dann stimmt doch irgendetwas mit der Gesetzgebung nicht. Es kann doch nicht sein, dass permanent das Parlament Gesetze beschließt, und anschließend diese wieder vom Verfassungsgericht kassiert werden. Was ist das für eine Welt, was ist das für ein Parlamentarismus? Da müssen wir uns an die eigene Nase fassen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Das Wort für einen weiteren Beitrag erhält Herr Innenminister Dr. Stegner.

Dr. Ralf Stegner, Innenminister:

Lieber Herr Abgeordneter Hentschel, ich will Ihre Geduld im Haus nicht überstrapazieren, aber ich will doch ein Missverständnis ausräumen. Sie haben mich völlig missverstanden. Ich habe gesagt, die größte Quelle für den nicht sorgfältigen Umgang mit Daten sind die Bürger selbst, weil sie manchmal Daten herausgeben, die man gar nicht herausgeben muss. Manchmal bin ich ganz froh, dass bestimmte Daten wie bei Kreditkarten abgefragt werden können. Wir sind nämlich einer Kinderpornografie-Großorganisation im Bereich von

(Minister Dr. Ralf Stegner)

Internetkriminalität in Sachsen-Anhalt nur dadurch auf die Spur gekommen, weil das über die Kreditkartendaten nachgewiesen werden konnte. Ich finde das völlig in Ordnung. Gott sei Dank ist das erfolgt.

(Beifall bei der CDU)

Ich habe gesagt, dass man nicht an jedem Punkt aus Bequemlichkeit mit seinen Daten so umgehen muss. Das war kein Gegenargument, sondern ein zusätzlicher Appell an Bürger, dass auch sie eine Möglichkeit haben, mit ihren Daten sorgsamer umzugehen, als sie es teilweise tun. Es war kein Gegenpunkt, das wollte ich noch einmal gesagt haben.

(Beifall bei SPD und CDU)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Ich danke Herrn Innenminister Dr. Stegner für die Klarstellung. Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe damit die Beratung. Es ist beantragt worden, den Bericht Drucksache 16/1250 federführend dem Innen- und Rechtsausschuss und

mitberatend allen weiteren Ausschüssen des Landtags zur abschließenden Beratung zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist erstaunlich, welche Fantasien der Blumenschmuck bei einigen Kollegen auslöst, zum Beispiel beim Kollegen Geerds. Es ist uns zu Ohren gekommen, dass er gesagt hat, es sei eine Werbung für den Muttertag, wenn wir hier so im Blumenschmuck sitzen und dann auch noch eine Kollegin spricht.

Ich schließe die Sitzung und freue mich, Sie morgen früh hier wiederzusehen.

Schluss: 18:20 Uhr